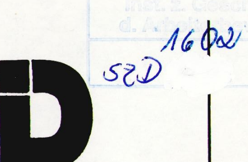


Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 147 16.OKTOBER 1976

D 1870 CX

INLAND

INTERNATIONALES

frankfurter
informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611 70 43 52

postadresse
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

redaktionsschluß
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstraße 79
tel. 040 410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234 70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher straße 197
tel. 0221 42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstraße 20
tel. 07071 23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstraße 41 b
tel. 0811 280 95 22

schweiz
eco libro
8004 zürich
engelstraße 62
tel. 01 39 12 67

druck: druckladen

einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort ‚neuabo' oder ‚adressänderung'

INLAND

WYHL – 3 WOCHEN VOR ENDE DES BAUSTOPS

WYHL(ID) 14. Oktober

Seit es um das geplante KKW-Whyl kaum noch spektakuläre Aktionen gibt, die Bürgerinitiativen mit der Landesregierung verhandeln, scheint es, als sei der Kampf schon gewonnen.

Aber der Schein trügt. Die Atomindustrie samt der Regierung halten weiterhin unbeirrt an ihrem Plan fest, das KKW-Whyl eben nach der vereinbarten Baustopzeit zu bauen. Die Abkommen und neuen Gutachten dienen der Landesregierung nur dazu, die Bürgerinitiativen, die Bauernverbände und die Gemeinden immer mehr zu binden, den Konflikt zu verparlamentarisieren und von der Hauptfrage: KKW ja – oder nein? abzulenken zu der Frage nach der Beschaffenheit des KKW.

Es wurde und wird viel gemessen, aber Radioaktivität bleibt eben gefährlich auch wenn sie tausendmal gemessen worden ist. Am 1. November, drei Wochen nach der Bundestagswahl läuft der im Offenburger Papier vereinbarte Baustop ab. Seit Ende September werden um und auf das Gelände riesige Meßstationen errichtet die von ihrer Bauweise her Jahrzehnte halten. (Dies gemäß dem Meßdatenabkommen). Demach sind diese Meßstationen auch nicht für drei Wochen geplant, sondern gehören zu den Vorbereitungsmaßnahmen des Baus.

Die Bürgerinitiativen, die sich in langen Gesprächen mit der Landesregierung ihren Maulkorb eingehandelt haben, sind angesichts dieser Tatsache verunsichert Sie wollen nach dem 1. November 76 weiterverhandeln. Viele haben die Verhandlungstaktik auch durchschaut und wollen wieder mit der Bevölkerung gemeinsam das KKW verhindern. Daß die Bevölkerung nicht schläft, sondern die Verhandlungszeit als Verschnaufspause benutzt hat, zeigt die spontane Aktion vom Freitag, dem 8. Oktober.

Am Spätnachmittag war in der Kaiserstuhlgemeinde Kiechlinsbergen ein Arbeitsessen des Ministerpräsidenten Filbinger mit einigen honoren Herren der Kaiserstuhlgemeinden angesetzt, um Einigkeit zu demonstrieren und der Bevölkerung vorzugaukeln wie ‚versachlicht' der Konflikt doch wäre. Dies nutzten einige hundert Bauern und Winzer aus, um sich dem Herrn Filbinger mal wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Ganz spontan machten sie eine Traktorendemonstration und sammelten sich vor der Gastwirtschaft in der das Essen stattfand. Als Filbinger mit seiner Leibgarde um 18.07 Uhr eintraf umringten die Leute ihren Landesvater und forderten von ihm, daß er vom Bau des KKW absehen solle. Als er jedoch nur meinte, die bisherigen Messungen sprächen nicht gegen ein KKW, wurden die Demonstranten wütend, buhten ihn aus und antworteten in Sprechchören: „Das KKW wird nicht gebaut" und „Nazi", da es nach dieser Aussage Filbingers nichts mehr zu sagen gab. Während der Essenszeit wurden mit Traktoren die Strassen in und um Kiechlingsbergen abgesperrt, während die Männer und Frauen vor dem Gasthaus „Wir wollen unsern Führer sehen" riefen. Dieses Essen sollte dem Herrn Filbinger nicht munden. Da der Landesvater um 20oo in Emmendingen einen anderen Termin hatte, wollte er um 19.10 schnell aufbrechen. Die Leute allerdings bildeten einen festen Kreis um ihn, sodaß er keinen Schritt vor oder zurück machen konnte. So eingeklemmt, über seinem Kopf das Knallen der Leuchtraketen, schön in Bürgernähe, mußte er sich noch mal sechzig Minuten lang die Meinung seiner Landeskinder anhören, bis ihm durch einen Polizeieinsatz der Weg zum Auto freigemacht wurde.

Es haben sich also nicht alle Kaiserstühler durch die Verhandelei einlullen lassen. Nach dem 1.11.76 wird sich zeigen, welche Taktik die Landesregierung weiterhin anwenden wird, um das KKW in Whyl durchzusetzen. Wahrscheinlich wird die Landesregierung versuchen, die Teilnehmer von Demonstrationen wie der in Kiechlingsbergen zu kriminalisieren. Schon jetzt läßt die Staatsanwaltschaft Freiburg verlauten, daß sie den Zwischenfall in Kiechlingsbergen untersuchen will. „Es handle sich dabei zunächst um allgemeine Ermittlungen, teilte Oberstaatsanwalt Kurt Geiger am Montag mit. Erst danach werde entschieden, ob gegen einzelne Personen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde." (aus: „Badische Zeitung" vom 12.10.76)



REGIERUNG SCHWEIGT SICH AUS – BÜRGERINITIATIVEN HANDELN

FREIBURG (ID) 12. Oktober

Der Regierungspräsident Baden-Württembergs in Person hat auf den Offenen Brief der zwölf Bürgerinitiativen nicht reagiert, in dem die Offenlegung des Katastrophenplanes für das KKW Fessenheim (Frankreich) gefordert wurde (siehe ID 146). Zu ihrem weiteren Vorgehen teilen die Bürgerinitiativen mit:

„Die Offenlegung fordern wir, damit der Katastrophenschutzplan von der Bevölkerung durchgeprobt werden kann. Ein Katastrophenschutzplan, der nie geübt wird, ist so viel wert wie eine Feuerwehr, die ihren Einsatz nie probt. Bei dem Beharren des Regierungspräsidiums auf Geheimhaltung drängt sich allerdings der Verdacht auf, daß die im Katastrophenplan vorgesehenen Maßnahmen sinnlos sind:

Bei einer Windgeschwindigkeit von nur 20 km/h ist Freiburg bei einem größeren Unfall in Fessenheim in einer Stunde überdeckt von der freigelassenen Radioaktivität. Wie soll in solch kurzen Zeitspannen eine Evakuierung möglich sein?

Wenn davon gesprochen wird, daß Straßensperrpläne ausgearbeitet seien (BZ 7.10.), dann werden wir den Verdacht nicht los, daß so die verseuchte Bevölkerung imbetroffenen Gebiet eingeschlossen werden soll (vom Einsatz der Bundeswehr in diesen Fällen wird bezeichnenderweise geschwiegen).

Aus dem veröffentlichten Katastrophenplan für das Kernforschungs zentrum Karlsruhe und aus Berichten über den Katastrophenplan des Atomkraftwerks Biblis (FR, 18.8.) geht hervor, daß der Bevölkerung im Katastrophenfall kaum geholfen werden kann: Während starke Polizeikräfte das Gefahrengebiet abriegeln, wird die betroffene Bevölkerung über Lautsprecherwagen zum Schutz ihrer Gesundheit dringend gebeten, „sich sofort in die Häuser zu begeben und alle Öffnungen wie Fenster und Türen zu schließen". Wer sich im Freien aufgehalten hat, soll Kleidung und Schuhe vor das Haus legen und ‚vorsorglich' die ‚unbedeckten Körperflächen wie Gesicht und Hände' reinigen, der Genuß von Frischnahrung müsse vermieden werden.

Unterdessen rücken zwecks Entseuchung („Dekontamination") Spezialtrupps der Bundeswehr und der Feuerwehr in das verseuchte Gebiet ein, um Brunnen stillzulegen, verstrahlte Gegenstände sicherzustellen, Häuser und Straßen abzuwaschen, verseuchte Erde abzutragen und einzuasphaltieren. (siehe Katastrophenplan des Kernforschungszentrums Karlsruhe) Daß ärztliche Hilfe bereitstände, ist ein schwacher Trost; in den meisten Fällen kann sie wohl aus-

ser notdürftiger Dekontamination nicht viel leisten. Daß diese medizinische Hilfe bei Schädigungen des Erbguts, an Kindern im Mutterleib, an Säuglingen und Menschen mit schwächlicher Konstitution kaum Aussicht auf Erfolgt hat, ist offensichtlich.

Ein Katastrophenplan wird die Katastrophe nicht verhindern. Das Atomkraftwerk Fessenheim ist gegen Flugzeugabsturz nicht gesichert — und genau gegenüber in Bremgarten ist eine große Aufklärungsstaffel stationiert. Auf den ersten Knall braucht man nur zu warten ...

Der wirksamste Schutz der Bevölkerung vor einer Katastrophe ist kein Katastrophenplan, sondern die Stillegung Fessenheims. Zusammen mit den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und den Bürgerinitiativen aus dem Markgräferland wenden wir uns gegen die Inbetriebnahme Fessenheims und fordern ein Moratorium (=Aufschub).

Aus diesem Anlaß werden wir vier Tage lang vom Morgen bis in die Nacht eine Mahnwache vor dem Regierungspräsidium Freiburg abhalten, um unserer Betroffenheit Ausdruck zu verleihen und Regierungspräsident Person, einen der Hauptverantwortlichen für den Katastrophenplan, unsere Forderungen nahezubringen Die Mahnwachen beginnen wir am 13. Oktober um 8.00 Uhr.

Gewaltfreie Aktion Freiburg, GAF, c/o Peter Modler, Händelstraße 20a, 7800 Freiburg "

DIE SKRUPEL EINES KKW–INGENIEURS

BIBLIS (ID/Ua)
12. Oktober

Anfang dieses Jahres machten drei amerikanische Ingenieure in den Zeitungen Schlagzeilen. Sie waren in der Reaktorabteilung der GENERAL ELECTRIC COMPANY beschäftigt, eines führenden amerikanischen Atomkraftwerksherstellers, nach dessen Lizenzen auch viele Atomkraftwerke in Deutschland gebaut werden, unter anderem Würgassen, Philipsburg I und Gundremmingen. Diese Ingenieure traten von ihren Posten zurück, weil sie die Herstellung von Atomkraftwerken mit ihrem Gewissen nicht länger vereinbaren konnten, und traten amerikanischen Bürgerinitiativen bei.

Vielfach wurde behauptet, man wisse überhaupt nicht, welche Gründe sie für diesen Schritt hatten. Deshalb drucken wir nachstehend das Kündigungsschreiben eines der drei Ingenieure ab:

„Hiermit setze ich Sie davon in Kenntnis, daß ich ab heute aus der GENERAL ELECTRIC COMPANY austrete.

Mein Grund dafür ist die tiefe Überzeugung, daß Kernreaktoren und Kernwaffen heute eine schwere Gefährdung für die Zukunft allen Lebens auf diesem Planenten darstellen. Ich bin überzeugt, daß die Reaktoren, der nukleare Brennstoffkreislauf und Abfalllagerungssysteme nicht sicher sind. Wir können keine schweren Unfälle und Sabotagehandlungen verhindern. Ich befürchte, daß die fortgesetzte Weiterverbreitung der Kernenergie die begrenzten Uranvorräte rasch aufzehren wird und uns zur Umstellung auf eine Plutonium-Energiewirtschaft zwingt mit ihren noch weit größeren Gefahren genetischer Schäden und der Ausbreitung von Terror und Vernichtungswaffen.

Vom ersten Tag meiner Arbeit in Hanford an war ich zutiefst besorgt über die Gefahren der Radioaktivität. Ich erinnere mich noch an den Schock, den meine Frau erlitt beim Anblick des Urinprobensammelbehälters, der zum Gebrauch unserer Familie vor der Tür stand. Möglicherweise war jene Polizeistaatsathmosphäre in Hanford ein Omen für die Zukunft aller Menschen

Ich kann nicht teilhaben an einer Industrie, die ein Politik vorantreibt, die unsere Generation dazu bringt, 30 Jahre lang für unsere eigenen selbstsüchtigen Zwecke Kernenergie zu verbrauchen und radioaktiven Abfall zurückzulassen, der die Gesundheit tausender nach uns kommender Generationen in Frage stellt. Während der letzten Monate ist meine Bestüzung darüber gewachsen, wie sehr die Industrie sich der Initiative, die Kernenergie sicherer zu machen, widersetzt. Ich habe die Versuche gesehen, die Tatsachen zu verdrehen und zu beschönigen durch die Behauptung, es gäbe keine unlösbaren Probleme; außerdem wurde die Angst des Einzelnen um seinen Arbeitsplatz geschürt. Die Öffentlichkeit muß wissen, daß es viele Probleme gibt. Ich bin sicher, daß eine informierte Öffentlichkeit, — wenn man ihr die Wahrheit sagt — sich gegen die Weiterverbreitung der Kernenergie aussprechen wird.

Gleichfalls bin ich sicher, daß es in der Industrie noch viele andere gibt, die meine Besorgnis teilen, und hoffe, daß meine Entscheidung sie veranlassen wird, einzuhalten und die gewaltigen Verflechtungen und Gefahren des atomaren Vermächtnisses zu bedenken, die wir schaffen.

gez.
Gegory C. Minor
Manager, Advanced Control & Instrumentation. "

Anmerkung: Hanford ist eine amerikanische Kernforschungsanlage.

(aus: „Umwelt akut", Nr. 1, September 76)

ACHTUNG: Korrektur Seite 15 rechte Spalte: bis Ende Absatz „Ioannidis und Papadopoulos vergleichen." lesen dann weiter Seite 16 die Kolumne unter der Überschrift „Bewaffneter Widerstand gegen Imperialismus" zu Ende dann den Rest („Die liberalen Feigenblätter" . . ., S. 15).

„... IM RAHMEN DES ÜBLICHEN" — SICHERHEIT IM ATOMKRAFTWERK

BIBLIS (ID/UA)
6. Oktober

Wir veröffentlichen im folgenden einen Bericht über den lebensgefährlich sicheren Betrieb des KKW Biblis. Diese Dokumentation entnehmen wir der neuen Zeitung , Umwelt akut '(siehe Bericht in letzten ID). Da dieses KKW von offiziellen Stellen immer wieder als einer der sichersten Reaktortypen vorgestellt worden ist, dürfte jedem klar sein, daß wir in ständiger Lebensgefahr schweben.

"Keiner darf erwarten, daß wir hier auch nur annähernd einen Überblick über die Fälle der bisher aufgetretenen Schäden und Störungen in Biblis Block A geben können. Dazu bedürfte es schon heute eines Buchs, geschrieben von Technikern und Kriminalisten. Und selbst dann blieben gerade einige der übelsten Schäden im Dickicht der in der Öffentlichkeit angewendeten Taktik der Entstellung, Verdrehung und Verharmlosung und vor allem im Dunkel des Schweigens.

Was wir aufgrund unserer Recherchen feststellten, reicht aus, um an den ausgewählten Beispielen folgendes zu zeigen:

- Der Umfang der Schäden und Störungen in Biblis A betrifft sowohl Betriebs-wie auch Sicherheitssysteme.
- Das Fehlerhafte an Biblis A liegt sowohl in der theoretischen Auslegung wie in der praktischen Ausführung wie auch im unzulässigen Betrieb.
- Nicht nur die Fehler in den Sicherheitssystemen, sondern auch die meisten Fehler in den Betriebssystemen sind eine Gefahr.
- Die Fehler und deren Konsequenzen gehen weit über das veröffentlichte Maß hinaus.

Die Beispiele dazu bringen wir in der Reihenfolge, daß wir mit durchaus gefährlichen Defekten, im Vergleich zu den folgenden jedoch „harmlosen", beginnen. Dann über in der Öffentlichkeit bereits bekannt gewordene und verharmloste zu bisher unbekannten Schäden kommen, die bei den „üblicherweise unterstelllten Störfällen" zu Katastrophen führen müssen:

Heizstäbe

Dreiviertel aller Heizstäbe im Druckhalter des Primärsystems waren bis zur Abschaltung am 23.4.76 ausgefallen. Die Heizstäbe sind notwendig, um im Primärsystem, dem Reaktorkühlmittelkreislauf, einen gleichmäßig hohen Druck zu halten.

Diese Heizstäbe sind falsch ausgelegt. Siemens/KWU(Kraftwerks-

union) hat sie bei Biblis A mit einer ungewöhnlich hohen Leistungsdichte ohne vorherige Betriebserfahrung eingesetzt. Die Werkstoffe der Heizstäbe hielten die hohen Temperaturen nicht aus, so daß sie bald zerstört waren.

Beim Ausfall eines großen Teils der Heizstäbe kann der Druck im Primärsystem nicht mehr gleichmäßig hochgehalten werden. Schäden treten dann in diesem hochradioaktiven System eher auf. Schwankt der Druck zu stark, so müssen, um noch gefährlichere Auswirkungen zu vermeiden, automatische Sicherheitsmaßnahmen erfolgen, die eigentlich nur für wirkliche Notfälle vorgesehen sind. Dadurch wird das Kraftwerk noch stärker belastet und die Häufigkeit von gefährlichen Situationen vergrößert sich erheblich.

Hauptkühlmittelpumpen

(ein Betriebssystem, das auch Sicherheitsfunktionen hat). 1975 mußten zweimal im März und einmal im August wegen Leckagen die Dichtungen an den Hauptkühlmittelpumpen im hochradioaktiven Primärkreislauf ausgewechselt werden. Zusätzlich fielen 1975 dreimal Hauptkühlmittelpumpen aus. Ohne diese Pumpen kann kein Leistungsbetrieb erfolgen. Deshalb und auch wegen des hohen Drucks und der starken Strahlung am Primärsystem muß zu Reparaturen der Pumpen das Kraftwerk „abgefahren" werden. (abfahren heißt, die Wärmeerzeugung stark zu reduzieren, denn ganz abschalten kann man einen Kernreaktor grundsätzlich nicht).

Der Grund für die Schäden an den Pumpen ist die Unerprobtheit und Fehlkonstruktion dieser riesigen Aggregate. Die KWU lobt diese Pumpen in ihrer Reklame über den grünen Klee. Zu den Dichtungen schreibt sie z.B. „„. . . eine Hochdruckdichtung, die ver - schleißfrei ist und deshalb eine Standzeit von mehreren Jahren hat."

Wir berichten hier über diese Schäden, weil durch sie die Radioaktivität im Reaktorgebäude (in der Sicherheitshülle) ansteigt und Reparaturen unter starker radioaktiver Strahlung notwendig werden. Dadurch wird die Bedienungs- und Wartungsmannschaft der Radioaktivität noch stärker als ohnehin schon ausgesetzt, und Strahlung dringt verstärkt aus dem Primärkreislauf letztlich in die Umwelt.

In diesem Zusammenhang muß auch gesehen werden, daß vor der Abschaltpause am 23.4 76 etwa ein Vierteljahr lang stündlich 1,8 Tonnen hochradioaktives Primärkühlmittel durch Lecks im Primärsystem in beide Raumgruppen des Reaktorgebäudes gelangten. Ein Betreten der Betriebsräume war damit unmöglich. Dazu wieder die KWU-Reklame: , , ... Um zu verhindern, daß sich radioaktive Gase oder Dämpfe im ganzen Reaktorgebäude verbreiten, ist dies in zwei Raumgruppen — die Anlagen und Betriebsräume — aufgeteilt, die getrennt belüftet werden. Die Forderung nach weitgehender Aktivitätsfreiheit der Betriebsräume wird durch einen leichten Unterdruck in den Anlageräumen erfüllt ...' Wer fordert denn eigentlich? Wie wärs mal mit der Genehmigungsbehörde!

In der Abschaltpause im April dieses Jahres wurden etwa 20 Schrauben, die von den Hauptkühlmitttelpumpen stammten, unter dem Reaktorkern gefunden. Wegen fehlender Schraubensicherungen waren sie vom Primärkühlmittel mit zum Reaktorkern gerissen worden, an dem sie hängengeblieben waren.

Lose Teile im Primärsystem können sehr gefährliche Zustände herbeiführen: bleiben diese Teile so im Reaktorkern hängen, daß sie den Durchfluß des Kühlmittels zwischen einigen Brennelementen verstopfen, so werden diese Brennelemente zu heiß und durch die Hitze zerstört. Die dabei zusätzlich in den Primärkreis gelangende Radioaktivität kann von diesem nicht mehr verkraftet werden. Treffen harte Teile wie Schrauben auf Pumpen oder Armaturen, so können sie diese unbrauchbar machen, zerstören oder weitere Teile losschlagen. In Rohrleitungen können diese Teile zum Zerreißen der Leitungen führen. Das Primärkühlmittel tritt dann aus, die Kühlung des Reaktorkerns ist gefährdet, es tritt der sogenannte Kühlmittelverlustunfall ein. Das sind die Unfälle, die, legt man gewisse Annahmen zugrunde, angeblich gerade noch beherrscht werden und noch nicht zu Katastrophen führen (in der Presse werden sie meist GAU genannt.)

Für Kernkraftwerksdirektor Meyer und RWE Chef Mandel ist das nicht weiter schlimm (vergl. beim folgenden Kapitel „Speisewasserbehälter" die Fernsehaussage der beiden). Anscheinend hat das RWE Erfahrungen im Umfang mit harten Teilen in Kreisläufen: Ende Februar 1975 wurden in zwei Dampferzeugern nach den Bruchstücken einer Hauptspeisewasserpumpe gesucht (warum eigentlich, wo das doch so ungefährlich ist.—Das Suchen ist immerhin ganz schön teuer und strahlungsintensiv.)

Primärsystem

(Das Primärsystem mit dem Reaktordruckbehälter ist gleichzeitig Betriebs- und Sicherheitssystem.) Zweimal schon fiel während des Betriebs der Druck im Primärsystem extrem schnell ab. Aus Sicherheitsgründen muß dann sofort eine Schnellabschaltung und die Anregung der Notkühlung erfolgt sein.

Ein solcher Druckabfall darf beim normalen Betrieb überhaupt nicht auftreten. Große schnelle Druckabfälle dürfen „eigentlich nur bei großen Kühlmittelverlustunfällen im Primärsystem (wenn das Druckwassersystem bricht und das Wasser durch ein großes Leck austritt) auftreten. Der Grund für diese beiden Vorfälle ist unbekannt. Ein Ausfall der Heizstäbe allein kann diesen starken Druckabfall nicht bewirken.

Die traurige Konsequenz für das RWE und die Bevölkerung ist bei solchen Vorfällen: Das Material des Druckgefäßes des Reaktorbehälters versprödet bei einem starken Druckabfall, weil dabei gleichzeitig ein Temperaturschock von heißer auf kalte Temperatur stattfindet. Der Druckbehälter ist nach einem solchen Schock nicht mehr so fest und hält nicht mehr so viel aus wie vorher. Nach einer gewissen Anzahl von Temperaturschocks kann der Druckbehälter auch schon bei kleineren zusätzlichen Belastungen platzen.

Im Sommer 1975 fiel der Antriebsmotor einer Hauptkühlpumpe aus. Bis zur Reparatur konnte das Kraftwerk nur mit halber Leistung gefahren werden. Dabei wurden nur zwei der vier Primärkreislaufstränge (bestehend aus je einer Hautpkühlmittelpumpe und einem Dampferzeuger) benutzt. Dem RWE wird in der Betriebsgenehmigung vorgeschrieben, bei dieser Betriebsart die zwei Stränge zu benutzen, die über Kreuz zueinander liegen. Das RWE verwendete aber zwei Stränge, die nebeneinander lagen, was in der Genehmigung ausdrücklich verboten ist. Einige Mitglieder der Bürgerinitiativen befragten damals einen Kraftwerksingenieur dazu. Er gab zur Antwort es wäre bekannt, daß in der Genehmigung diese Betriebsart verboten sei, Man brauche sich aber in diesem Fall nicht an die Vorschriften zu halten, weil die Genehmigungsbehörden sowieso keine Ahnung von Atomkraftwerksbetrieb hätten. Uns würde mal interessieren, wie oft das RWE noch mit dieser Begründung gegen Genehmigungsauflagen verstoßen hat.

Speisewasserbehälter

(„eigentlich" ein Betriebssystem.) Siet langem sind Risse am Speisewasserbehälter bekannt. Sowohl im Mai wie auch im Juni 1975 wurden Risse an Schweißnähten beseitigt. Eine wichtige Aufgabe in der Abschaltpause war es, sämtliche Risse am Speisewasserbehälter zu überprüfen.

Die Risse sind zurückzuführen auf Berechnungs-, Konstruktiosn- und Materialfehler des Speisewasserbehälter. In der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen wird immer wieder behauptet, daß diese Risse ungefährlich seien, da der Speisewasserbehälter Teil des angeblich nicht aktiven Sekundärkreislaufs ist. Der Sekundärkreislauf ist jedoch radioaktiv (durch Undichtigkeiten im Dampferzeuger treten die Radioaktivitäten vom Primärkreislauf in den Sekundärfkreislauf ein.) Es trat sogar über Undichtigkeiten im Sekundärkreislauf soviel Radioaktivität in das Maschinenhaus aus, daß dieses zum Kontrollbereich erklärt werden mußte (hoffentlich war es das in der letzten Zeit auch immer.).

Es ist äußerst gefährlich, wenn eine solch riesige radioaktive Wassermenge von 400 bis 700 Kubikmetern bei 13 atü Druck und 160 Grad Temperatur, wie sie im Speisewasserbehälter vorhanden ist, durch einen Riß des Behälters „hochgeht" Die Verwüstung und radioaktive Verseuchung allein wäre schon kriminell. Es käme hinzu, daß durch den Ausfall des Speisewasserbehälters oder durch die stattfindende Verwüstung die Dampferzeuger gefährdet würden, die auch im Notfall zur Wärmeabfuhr aus dem Reaktorkern bei hohen Reaktordrücken notwendig sind. Zusätzlich sind die Notkühlsysteme erforderlich, um den Reaktor vor einem Kernschmelzen zu bewahren. Wir wollen an dieser Stelle gar nicht diskutieren,

ob die Notkühlung im entscheidenden Moment funktioniert. Eine Katastrophe ist durch etwas anderes viel akuter.

Der 50 Meter lange Speisewasserbehälter ist mit einem Loch an einer Stelle und seinem großen, heißen Druckwasservorrat eine Rakete von ungeheurer Energie - (Flugzeuge auf Flugzeugträgern werden mit kleinen Heißwasserdampfraketen beschleunigt). Der Speisewasserbehälter würde sich bei einem Leck sofort aus seiner Verankerung reißen und, je nach Lage der Bruchstelle (Leck), in eine bestimmte Richtung davon, vielleicht nach unten oder zur Seite, aber da würde er nicht weit kommen. Er würde wahrscheinlich auf das Fundament des Maschinenhauses oder den Turbosatz stoßen. Von beiden würde er wahrscheinlich abprallen und in eine andere Richtung fliegen, vielleicht noch oben, oder entgegengesetzt zum Reaktorgebäude. Bei einem Flug nach oben würde er mit Sicherheit das Dach oder die Wand des Maschinenhauses durchbrechen und dann nach einigen Kilometern Flug wieder auf der Erde landen.

Schießt er jedoch in das Reaktorgebäude oder auf die Seite gegenüber der Turbine in die Elektronikräume (Schaltanlagen) dann tritt die Katastrophe ein: der Speisewasserbehälter würde das Reaktorbegäude glatt durchschlagen und den Reaktor zerstören, was das Zerschmelzen des Kerns zur Folge hätte. Bei Zerstörung der Elektronikräume würde die Regelung des Reaktors und das Sicherheitssystem anfangen zu „spinnen". Eine Zerstörung des Reaktors wäre ebenso wie im anderen Fall die Folge.

Zu dieser Gefahr durch die Risse im Speisewasserbehälter und zu den ca. 20 Schrauben im Primärkreislauf äußerten sich die Herren vom RWE der Direktor und sein Boß – im Fernsehen. Direktor Meyer in der Hessenschau am 30.7.76: „. . . die Sicherheit ist in keiner Weise gefährdet . . ." und Prof. Dr. Mandelin den ZDF-Nachrichten „heute" am 9.8.76 „. . . etwas völlig Normales . . ." und „. . . die Schäden liegen im Rahmen des üblichen ..."

Die Herren von der Gnehmigungsbehörde sind da schon etwas zaghafter. Sie beschlossen, den Druck im Speisewasserbehälter auf ein Drittel herabzusetzen, um die Risse zu „beruhigen". Nur – reißt der Speisewasserbehälter trotzdem an einer Stelle – die Durchschlagskraft der „Rakete" reicht noch allemal.

Nachkühlpumpen

(ein Sicherheitssystem, das auch betriebliche Aufgaben übernimmt). Da ein Atomkraftwerk auch nach einer „Abschaltung" der Kettenreaktion nicht sofort ausgeht, sondern durch den noch weiter stattfindenden radioaktiven Zerfall in den Brennelementen im ersten Moment nur auf 7 % seiner Wärmeproduktion absinkt (nach einer Stunde auf 1,7 % nach einem Tag auf 0,7 %, nach einem Monat auf 0,3 % usw.) muß es nachgekühlt werden. Diese Kühlung, nach jeder Abschaltung, übernehmen bei dem Druckwasserreaktor in Biblis die vier Nachkühlsysteme mit ihren Pumpen. Nebenbei müssen sie noch die abgebrannten Brennelemente im Lagerbecken kühlen. Diese Aufgaben sollten im Normalbetrieb nicht weiter problematisch sein, da sie für die viel schwierigere Aufgabe ausgelegt sein sollen, bei einem Kühlmittelverlustunfall automatsich den Reaktor zu kühlen. Dazu sind mindestens zwei dieser Systeme mit je einer Pumpe erforderlich. Versagen sie in diesem Fall, so ist eine Katastrophe mit Kernschmelzen unvermeidlcih. Diese Katastrophe kann dann durch nichts mehr abgewendet werden.

Nach der Abschaltung am 23.4.76 wruden die Nachkühlpumpen in Betrieb genommen. Dabei gingen nacheinander zwei Pumpen kaputt. Die restlichen beiden konnten nur durch Manipulationen die nur im Normalbetrieb möglich sind, in gang gesetzt werden.

Der Grund für das Versagen liegt in der falschen Auslegung der Pumpen. Die vier Pumpen sind völlig gleich. Die Schadensursache war 'Kavitation', eine Zerstörung durch Wasser-Dampf-Schläge auf die Laufräder. Sie wirkt sich auf gleiche Pumpen gleich aus. Wir glauben, daß diese Schäden ungeheuerlich sind:

– weil durch einunddenselben Fehler auf keinen Fall alle notwendigen Notkühlsysteme ausfallen dürfen und
– weil das Atomkraftwerk Biblis hätte stillgelegt werden müssen, da der Fehler wahrscheinlich vorher bekannt war.

Der Fehler dürfte bekannt gewesen sein,

– weil sonst die vorgenommene Manipulation nicht erfolgt wäre,
– weil bei diesen Pumpen einfache Nachrechnungen der Fehler erkennen lassen,
– weil vorher in Probeläufen die Fehler hätten auftreten müssen,
– weil ein ähnlicher Fall bei einem Siemens/KWU-Druckwasserreaktor schon einmal vorgekommen ist.

DAs RWE, die KWU, die Gutachter und die Behörden hätten die Konsequenzen ziehen müssen. Sie alle hofften, daß es „gut gehe" damit es die Öffentlichkeit nicht merkte schwiegen sie. Und sie werden auch weiter schweigen, bis zur Katastrophe, nach der dann alles ohne Sinn bleibt.

WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE : „DAT DING KUMMT HIER NICH HER !"

LICHTENHORST (ID) 13. Oktober

Über ihr weiteres Vorgehen und ihre Schwierigkeiten gegen die Wiederaufbereitungsanlage im Lichtenmoor (ID 135,140/1 143 144) informierte die Lagerbesatzung in einem Brief:

„Nachdem wir die Wasserbohrung bei Frankenfeld erfolgreich verhindert haben, geht die Arbeit des Lagers und der Bürgerinitiativen natürlich weiter.

Damit die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bürgerinitiativen besser klappt, haben wir einen ,Koordinationskreis' gegründet zu dem jede Initiativgruppe zwei Delegierte schickt. Dieser Koordinationskreis tagt jeden Freitag um 19 Uhr öffentlich im Lager Lichtenhorst.

Auf den Dörfern tut sich was. In Frankenfeld und in Bosse trafen sich 30 bzw. 20 Leute zu einem Klönabend. Sie hatten zwei Leute aus demLager eingeladen, um zu besprechen, was man so tun kann, gegen das ,Ding".

Was jetzt wichtig ist: Das Lager muß winterfest und mobil werden. Dafür wollen wir uns heizbare Bauwagen anschaffen. Unterstützung durch Spenden können wir dafür gut gebrauchen. Unser Spendenkonto steht am Schluß dieses Artikels.

Es wird überlegt, an einem der nächsten Sonntag ein größeres Planspiel mit den Bürgerinitiativen und der Bevölkerung durchzuführen, um uns auf mögliche Konflikte, die auf uns zukommen, vorzubereiten.

Die 8-10 Leute, die ständig im Lager sind, können die anfallenden Arbeiten alleine nicht bewältigen. Wir brauchen die Unterstützung der Bevölkerung aus der näheren und weiteren Umgebung.

Polizei in Zivl fragt in der näheren Umgebung die Bevölkerung aus: Wer macht beim Widerstand gegen die WAA mit und wer ist führend daran beteiligt. Unser Vorschlag für die Antwort: Wir alle machen mit. Sonst kein Kommentar.

Bis zum 1. November 76 läuft die Einspruchsfrist für das wasserrechtliche Verfahren für das Kernkraftwerk Grohnde. Wir schlagen vor, daß alle Benützer der Weser im weitesten Sinn – Trinkwasser, Fischesser, Erholungsgebiet – Einspruch erheben gegen das Vorhaben, Weserwasser zu Kühlzwecken zu benutzen, und radioaktive Stoffe in die Weser zu leiten.

Auf dem letzten Frühschoppen wurde der Film „Auf der Suche nach einem Versteck" aus dem Regionalprogramm des NDR wiederholt. Danach wurden in drei Gesprächsrunden über folgende Themen diskutiert:

1. Auswirkungen der radioaktiven Emissionen auf die Landwirtschaft und das Leben.
2. Was können wir gegen die WAA tun (mit Beiträgen von Leuten aus Biblis)
3. Welche rechtlichen Folgen hat der Widerstand.

Das UJZ (unabhängige Jugendzentrum) Kornstraße aus Hannover hatte ein Solidaritätsschwein mitgebracht, das — in Stücke geschnitten — hier im Lager gebraten und verkauft wurde."

Hier noch ein Nachtrag:

„Am Sonntag, dem 26.9. hatten wir auf dem Informationsfrühschoppen über die Bohrplatzbesetzung berichtet. Leider wurde die Veranstaltung sehr gestört durch einen großen Auftritt des KBW. Der KBW Bremen ließ eine Veranstaltung über die Große Proletarische Kulturrevolution ausfallen, um hierher zu fahren. Sie hatten eine KVZ-Extrablatt mitgebracht und eine Broschüre über die Wiederaufbereitungsanlage auf der ganz groß KBW zu lesen war.

Die Leute vom KBW waren leider nicht dazu zu bewegen, ihr Propagandamaterial wieder einzustecken. Auf der ganzen Veranstaltung wurde nur noch über Kommunismus und nicht mehr über WAA geredet. Die Leute aus der Umgebung gingen schneller als sonst nach hause. Wir finden es sehr wichtig, daß unsere Aktion überparteilich bleibt. Daß jeder bei uns mitmachen kann, der ernsthaft an der Verhinderung der WAA mitarbeiten will. Wir wollen nicht, daß unser Lager zum Tummelplatz für Partei-Auseinandersetzungen wird. Das kann uns nur schwächen und zersplittern.'

Bürgerinitiativen gegen Atommüllager und Wiederaufbereitungsanlage.

Spendenkonto: z Hdn. Erika Warneboldt, Sparkasse Nienburg, Kontonummer 94 47 44 (BLZ 256 501 06)

NOTIZEN AUS DER PROVINZ
DAS URACHER BRAUNBUCH

URACH (ID)
1. Oktober

In der Juni Nummer der "Therme" einem Monatsblatt des Kultur- und VErkehrsamtes Urach Südbaden, kündigt es sich an:

„Die STadtverwaltung hat sich entschlossen, dieses heute noch gültige und unentbehrliche Werk in einem modernen Fotodruckverfahren nachdrucken zu lassen."

Was da wieder aufgelegt werden soll, ist „Das Uracher Heimatbuch", Autor: Prof. Hans Schwenkel, erschienen im Verleg der Bühlerschen Druckerei Urach. Erstmals erschienen 1933 und „ seit 1945 restlos vergriffen..' '. Folgende Zitate aus diesem Machwerk zeigen allerdings, daß das plötzliche Verschwinden des Buches seit 1945 kein Zufall ist.

Man schreibt das Jahr 1933: „Mit dem Wert oder Unwert der Menschen steht oder fällt auch die Heimat, das Vaterland und das Volk."

„Die NSDAP unter ihrem Führer Adolf Hitler hat nach der Wahl am 5.3. das Ruder auf gesetzlichem Weg ergriffen, um einen völligen Umbau des Staates vorzunehmen ... Alle Maßnahmen der Gleichschaltung im Reich, den Ländern, den Gemeinden, Körperschaften und Kreisen, das Verbot aller politischen Parteien und politischen Jugendvereine soll dazu dienen, alle Deutschen zur Volksgemeinschaft zu erziehen und auch den Arbeiter wieder für den nationalen Gedanken zu gewinnen . . Die Schwaben ... fühlen sich dem Dritten Reich verpflichtet. Mit schwäbischer Zähigkeit, Anspruchslosigkeit und Frömmigkeit wollen sie ihm dienen: furchtlso und treu!"

Nach dem Motto „Alles Schwache muß ausgeschaltet werden", führten die Nazis bereits 1933 Sterilisationen an sogenannten „Erbkranken" in Kreiskrankenhäusern durch. Dazu das „Heimatbuch":

Es ist um des Volkes willen trotz persönlicher Härten nötig die Minderwertigen von der Fortpflanzung auszuschließen, was durch das Gesetz von 1933 zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses erreicht werden soll."

Und:

„Die Familienkunde ... zeigt, daß Blut stärker ist, als alle Gegensätze der Welt und daß es ein Gebiet gibt, in dem die Meinungen überhaupt nicht auseinandergehen.'

Daß es den Herausgebern des Buches weniger um Naturkundliches geht, wird daran deutlich, daß der Großteil der Landschaftsbeschreibungen etc. aus früher erschienenen Büchern abgeschrieben wurde. Wieder Oberamtsbeschreibung von 1909.

Zu der Forderung, es müsse schleunigst ein neues Heimatbuch geschrieben werden, frei von faschistischer Propaganda, ausgearbeitet von kritischen, jungen Heimatforschern, meinte der Uracher Bürgermeister Pascher (SPD) auf einer Bürgerversammlung, er müsse erst einmal diesen fast 800 Seiten starken „Schinken" lesen, im übrigen werde der Wirbel um dieses Buch dem Verkauf nur nützen.

Dieses angeblich „heute noch gültige und unentbehrliche Werk" soll jetzt Anfang Oktober erscheinen. Ein kurzes Vorwort ist noch lange kein Alibi, es kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier wieder bewußt Volksverdummung getrieben wird, daß Heimatliebe mißbraucht wird.

Was das Buch z.B. nicht erwähnt: daß auf der rauen Alb der erste Truppenübungsplatz der Reichswehr entstanden ist, was später zur Zerstörung der Markung Gruorn führte. Noch heute ist dort ein Truppenübungsplatz. Weiterhin wird nicht erwähnt, daß in Grafeneck mehr als 10.000 Menschen im Rahmen des Nazi-Euthanasieprogramms vergast wurden. Nachfragen beim Kulturamt und Verkehrsamt der Stadt Urach, Postfach 1206, 7417 Urach.

DOKUMENTATION: ALTERNATIVEN ZUR RECHTSPRESSE

WALDBRONN (ID)
10. Oktober

In zweiter Auflage erschienen ist eine Dokumentation über alternative, demokratische und fortschrittliche Zeitungen, Zeitschriften und Infos, in der ca. 150 Publikationen vorgestellt werden. Im Anhang gibts ein umfangreiches Adressenverzeichnis. Kostet alles zusammen 5,90 und ist zu beziehen bei G.Kunz, Doku Verlag/Jägerweg 5 7517 Waldbronn 1. Postscheck Karlsruhe G Kunz, 32 26 75 8.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

FÜNF VOR ZWÖLF FÜR DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER HOMOSEXUELLEN GRUPPEN

AACHEN (ID) 5. Oktober Das Bundesverwaltungsgericht hat die Beschwerde der Homosexuellen Aktionsgruppe Aachen/Gesellschaft für Sexualreform (GSR) auf Zulassung der Revision zurückgewiesen. Es ging um ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, in dem der GSR untersagt wird, auf der Straße einen Informationsstand aufzustellen und Flugblätter zu verteilen. Die GSR: " Unser Ziel war es, durch mündliche und schriftliche Information die Bevölkerung Aachens auf die Unterdrückung von Minderheiten, speziell der Homosexuellen aufmerksam zu machen." — Das war im April 73.

Zunächst blockierte die Straßenverkehrsbehörde die Genehmigung des Stands. Mit dem Hinweis, daß sie nicht nur für den Straßenverkehr verantwortlich sei, sondern sich überhaupt nach "den allgemeinen Vorschriften des Ordnungsbehördengesetzes" zu richten hätte, wurde der Antrag abgelehnt. Die GSR legte Widerspruch beim Oberstadtdirektor ein. Die Stadt sah sich plötzlich überfordert und gab die Sache an den Regierungspräsidenten in Köln. Dessen Ansicht war dann:
" Die von Ihnen geplante Veranstaltung hätte in der vorhergesehenen Form die öffentliche Ordnung verletzt. Sie hatte zwar nicht das Ziel, unter den Passanten für homosexuelle Verhaltensweisen zu werben; sie hätte jedoch den Effekt gehabt, daß sie einen breiten Kreis von Passanten in einer aufdringlichen Form auf die homosexuelle Betätigung bzw. Lebensweise hingewiesen hätte. Aufdringlich ist die Form deshalb, weil die Veranstalter sich persönlich zum Homosexuellsein in der Öffentlichkeit bekennen wollten... "

Die GSR klagte gegen diese Haltung vor dem Verwaltungsgericht Aachen, unterstützt von dem linken AStA der TH. In ihrem Antrag auf Abweisung der Klage schrieb die Stadt Aachen u.a. :

"Schließlich ist auch entgegen den Bekundungen der Klägerin die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß, wenn auch nicht ihre Mitglieder, so doch andere homosexuelle Personen, die durch die von der Klägerin durchgeführten Informationsveranstaltung angezogen werden, die — durch die spezifische Atmosphäre begünstigte — Gelegenheit zur Anbahnung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit Jugendlichen und Kindern ausnutzen, so daß auch unter dem Aspekt der Verhinderung strafbarer Handlungen die unmittelbare Ansprache von Kindern und Jugendlichen durch Homosexuelle zum Zwecke der Erörterung von Problemen der Homosexualität nicht geduldet werden kann. Ist erst einmal die Vertraulichkeit, zu der die gemeinsame Besprechung sexualbezogener Themen erfahrungsgemäß führt, zwischen zwei Menschen hergestellt, so ist bereits eine entscheidende psychologische Schranke gegen eine weitere Intensivierung des Kontakts gefallen."

Offene Sexualfeindlichkeit!

Das Verwaltungsgericht als nächste Instanz gab dann der GSR ihr Recht. Auszüge aus der Urteilsbegründung:

" Die von der Klägerin vorgesehene Formder Meinungsäußerung kann schließlich nicht deshalb als nicht gemeinverträglich angesehen werden, weil mit ihr, wie der Beklagte meint, in aufdringlicher Form und unaufgefordert eine Konfrontation des Publikums mit sexuellen Problemen (Erscheinungsformen und Verhaltensweisen) herbeigeführt würde. Konfrontiert würde das Publikum nicht mit sexuellen Problemen sondern mit Problemen des Zusammenlebens einer Minderheit mit der sie mißachtenden Mehrheit ... Derartige Diskussionen wären nicht deshalb aufdringlich, weil die Veranstalter beabsichtigen, sich als von den Problemen selbst Betroffene zu erkennen zu geben. Vielmehr entspricht es dem Regelfall, daß gesellschaftspolitische Initiativen aus demKreis der Betroffenen eingeleitet und durchgeführt werden. Selbst wenn es zuträfe, daß der sexuelle Bezug der Veranstaltung im Vordergrund gestanden hätte, wäre eine Gefahr für die öffentliche Ordnung nicht gegeben. Denn es ist, obschon hinreichend exakte Methoden zur Ermittlung zu Verfügung stehen, nicht, wie erforderlich...belegt, daß eine derartige Veranstaltung mit den herrschenden Anschauungen nicht vereinbar ist. "

Der Antrag auf Zulassung eines Informationsstandes, den die GSR dann wieder stellte (inzwischen ist August 75) wird von der Stadt mit altbekannter Argumentation zurückgewiesen! Es wird Berufung eingelegt. Das Oberverwaltungsgericht in Münster, das über die Berufung verhandelt spricht schwarzes Recht. Aus der Begründung:

ist "die Gestaltung der Intimsphäre zwar weitgehend liberalisiert, kann der Staat aber Angelegenheiten der Intimsphäre aus dem öffentlichen Bereich verweisen und mit rechtsstaatlichen Mitteln durchsetzen, daß solche in dem für andere nicht wahrnehmbaren Intimbereich bleiben. Denn niemand hat das Recht, seinen Mitbürgern Angelegenheiten seines Intimbereichs aufzudrängen. So können insbesondere von der Norm abweichende Verhaltensweisen und Meinungsäußerungen darüber schutzwürdige Belange der Allgemeinheit beeinträchtigen, wenn sie nach außen vor allem auf allgemein zugänglichen öffentlichen Straßen in Erscheinung treten und dadurch andere Personen die hiervon unbehelligt bleiben wollen, in aufdringlicher oder anreißerischer Weise belästigt oder Jugendliche in der ungestörten Entwicklung ihrer Sexualsphäre gefährdet werden. "

Zur Bedeutung dieses Urteils sagt die GSR:

"Wenn die inzwischen eingelegte Beschwerde abgelehnt wird, so bedeutet das damit unrevidierbare Urteil einen großen Rückschlag für die Schwulenbewegung, nicht nur in Aachen; denn das rechtskräftig gewordene Urteil kann ab sofort rechtszeugend wirken, nämlich indem jede Stadt in der BRD gegen ähnliche Aktionsvorhaben unter Berufung auf Münster vorgehen kann. Es wäre ein Schritt zur Kriminalisierung von Schwulen Aktions- und Emanzipationsgruppen vollzogen worden! Eine Situation, in der sich heute schon verschiedene Frauengruppen befinden. Um bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu gehen, müßte erst ein ganz neuer Prozeß geführt werden... "

Wie zu Anfang geschrieben steht: Die Beschwerde ist abgelehnt.

INITIATIVGRUPPEN VON HOMOSEXUELLEN IM KNAST

BREMEN (ID) 13. Oktober In der JVA Bremen hat sich jetzt eine Interessengruppe gebildet, die sich mit den Problemen der Schwulen im Knast auseinandersetzen will. Da die Gruppe von der Anstaltsleitung noch nicht anerkannt ist, finden die Treffen bisher in den Zellen statt. In Zukunft soll jedoch eine feste Gruppe konstituiert werden, die die Möglichkeit hat, sich regelmäßig mit Leuten von Draußen (Fachkräfte, Freunde) zu treffen. Zur Entstehung ihrer Gruppe schreiben die Schwulen:

„Einer der Hauptgründe war, daß uns zu Ohren gekmmen ist, daß es in unserer Zeit noch Menschen gibt, die sich unter Druck setzen lassen, damit ein flüchtiges Verhältnis nicht bekannt wird. Die Angst, frei zu leben, ist eben noch sehr verbreitet, und diese abzubauen, wird unsere Aufgabe sein.

Es herrscht allgemein die Ansicht, daß es für einen Homorecht leicht sein muß, in der Strafanstalt zu leben. Doch ich muß ehrlich sagen: NEIN! Es ist richtig, daß die Knastschwulen hier sehr häufig die Oberhand gewinnen, dadurch aber das Leben der richtigen Homos recht schwer machen. Um dies alles abzubauen, bzw. manche Situation besser meistern zu können, wollen wir diese Gruppe bilden.

Wir benötigen für unser Vorhaben Freunde, die uns mit Rat und Tat zur Seite stehen.'

Kontakt und Solidaritätsanschrift: SCHWUCHTEL, Redaktionskollektiv, Postfach 373 1000 Berlin 62

PS:
Da die Schwuchtel (Zeitung der Schwulenbewegung in Berlin) eine Knastnummer (Schwule/Sexualität im Knast) plant, fordert sie alle Knastgruppen zur Mitarbeit auf. Auch an einem weiteren Informations- und Erfahrungsaustausch ist sie interessiert.

ZU „RECHTSEXTREMISMUS IN TEGEL" EIN BRIEF VON PETER MILBERG

FRANKFURT(ID) 14. Oktober *Unter dem Titel „Rechtsextremismus in JVA Tegel" veröffentlichten wir den Brief eines berliner Gefangenen der, wie er schrieb, sich zur Zeit gehalten sieht, in der Anstalt Selbstisolierung zu betreiben, weil Mitgefangene „von seiten der Institution derart verhetzt und kriminalisiert (sind), daß es als gute Tat und als Zeichen für den Beginn einer Resozialisierung gewertet wird, wenn Linksverdächtige provoziert, angepöbelt, denunziert, und wenn möglich zusammengeschlagen werden." Spaltung der Gefangenen seitens der Institution durch Erlösungsversprechen, die klassische Staatsschutz-Methode — bei aller Widersprüchlichkeit und Resignation stellt der Brief den Versuch dar dies zu dokumentieren, meint die Redaktion. Peter Milberg, der zur Zeit in Aschaffenburg gefangen ist, schrieb uns darauf, er werde „angesprungen von den kleinbürgerlichen, schwachsinnigen Vorurteilen" und finde den Beitrag „so in etwa das Schlimmste, was ich bislang in einem Blatt las, das explizit links ist." Hier sein Brief:*

Ihr Menschen! Vorgestern kam der ID 145/und das „Durchkommen" des ID ist irgendwie schon eine Freude/natürlich gibt es ab und an mal was womit man nicht einverstanden ist/ein Beitrag den man für falsch hält/oder für überflüssig/noch nie ist mir aber im ID einer begegnet bei dem der ID in die Ecke flog/die Premiere ist jetzt geschafft/ich kam mit dem Lesen bis auf Seite 4/dann ging mir der Hut hoch/„Rechtsextremismus im JVA Tegel"/klar, dachte ich/was da so läuft/stimmt/ist wirklich dunkelbraun eingefärbt/das deckt sich mit den Berichten von Freunden die dort sitzen/Berichte von Lumpen/ und ich beginne zu lesen/werde angesprungen von den kleinbürgerlichen, schwachsinnigen Vorurteilen/staune/bin betroffen/verliere die Fassung/ich war mir nicht mehr sicher ob ich „BILD" oder „ID" lese/das was ihr da gedruckt habt war keine unterdrückte Nachricht/ das war Hetze wie man sie täglich auf Seite 1 der „Bild-Zeitung" finden kann/so in etwa das Schlimmste was ich bislang in einem Blatt las, das explizit links ist!

Da wird der alte „Bild"-Klepper von den bösen Kriminellen geritten/den Kriminellen die sich selbst auf Suff und Porno reduzieren/ im übrigen aber/wie so oft wir Verbrecher/sich kaufen und gegen die „Linken" hetzen lassen/das Geschäft der Flick/Abs/Thyssen besorgen/ die hirnlosen Lumpen die gerade blöd genug sind die „Linken"zusammenzuschlagen!

Ich will hier nicht auf einzelne Formulierungen eingehen/da soll der Schwachsinn für sich selber stehen/„die wahrhaft Kriminellen" und so/das diskreditiert sich selber/und auch der Verdacht mit dem 3. Reich/das ist sowas von Kackbraun und schlimm/da kann man nur noch abwinken. Doch weil es wirklich Probleme in Berlin gibt/und das sind klar spezifisch berliner Probleme die wir in Ffm. z.B. nicht kennen/zumindest nicht in dem Maße/deswegen will ich darauf etwas näher eingehen/weil es sonst wirklich noch die Situation gibt wie sie im Elaborat dargestellt wird/eine Situation die alleine der Firma Baumann & Konsorten zum Orgasmus verhilft.

In Berlin sitzen im Verhältnis die meisten Gefangenen die für sich das Prädikat „politisch" reklamieren/eine Situation die eigentlich zu den schönsten Hoffnungen berechtigt für den Berliner Vollzug/ aber genau das Gegenteil ist der Fall/es gibt nicht sehr viel an Zusammenarbeit zwischen den Lumpen und den politischen Gefangenen/das liegt einerseits an der Fraktionierung unter den politischen Gefangenen/andererseits an der elitären Isolierung der „Politischen Gefangenen"/es sei dafür nur ein Beispiel angeführt/ein Gefangener begeht einen demonstrativen Selbstmord und erklärt den schriftlich als Protest gegen die Verhältnisse im Berliner Vollzug/eine Reihe von Gef. greift das auf/bringt diesen Tod in Zusammenhang mit dem Tod von Ulrike/ und — ein Aufschrei bei den Politischen Gefangenen/Ulrikes Name darf nicht im Zusammenhang mit dem von Hotte genannt werden/und das gab dann einen ganz massiven Konflikt!

Eine solche Politik führt auf Dauer zu Spaltung/zu genau der Spaltung auf die die Baumänner abspritzen/auf die sie aber auch spekulieren weil sie die Animosität von Lumpen gegen elitäres Gehabe kennen/es ist natürlich richtig, daß es auch bei uns Deppen gibt/wo gibt es die denn/verdammt nochmal/nicht? /aber daran ändern wir nix wenn wir auf den alten Vorurteilen rumreiten/geändert haben wir z.B. in Ffm. dadurch was, daß wir miteinander mal auf einer Ebene geredet haben/und in einer Sprache/seither geht es da zusammen/genau das kann und muß auch in Berlin passieren/wenn wir anfangen und in den Knästen in Politische Gefangene und deren Gegener aufspalten zu lassen/dann verlieren wir alles/es geht nur gemeinsam etwas/es geht nicht darum, daß hier eine Gruppe eine andere dominiert/statt aufeinander anzulegen/z.B. im ID/sollten wir gemeinsam ein bissel auf die Justiz anlegen/da haben wir alle Hände voll zu tun/und nur alberne oder unaufgeklärte Dappese unter uns meinen, daß Knast reformierbar ist/Mord kann man nicht reformieren/und Knast = Mord/wer das nicht glaubt den muß man nicht im ID denunzieren/derjenige wird den ID eh nicht lesen/mit dem muß man reden/den muß man aufklären/und sag mir keiner das geht nicht/daß es geht haben wir in Ffm. bewiesen/ hört auf euch auszuheulen/helft jetzt amerikanische Verhältnisse zu verhindern/Situationen wo eine Gruppe mit Waffen gegen die andere antritt/durch solche Artikel wie im ID wird das Geschäft der anderen Seite besorgt/es ist bezeichnend, daß der Beitrag nicht namentlich gekennzeichnet war/unter uns „wahrhaft Kriminellen"/unter uns „Mördern, Totschlägern, Räubern und Zuhältern"/unter uns die wir auch mal im Knast einen Schnaps saufen/unter uns sind mehr als genug die den Schnaps mit Linken zusammen saufen würden/die mit den Linken zusammen den Knast angreifen würden/wie gehabt/aber mit Knaben die mit heruntergezogenem Visier braune Jauche verspritzen/da kennt die Zusammenarbeit Grenzen/meint ein „wahrhaft Krimineller".

Freiheit/Liebe/Zärtlichkeit

Peter Milberg z.Zt. 8750 Aschaffenburg, Hasenhaegweg 135

P.S.:

Ich finde, daß dieses Ding nicht ohne Antwort bleiben kann/einfach weil das genau den Effekt hat, daß es Spaltung fördert/eine Spaltung die für uns alle ein Schlag mitten in die Fresse bedeutet/dieser leicht schwachsinnige Knabe betreibt da glasklar die Politik der Justiz/ wir haben das hier mit ein paar Mann diskutiert/und wir waren schon der Meinung zu versuchen ne Antwort drauf zu geben/dabei ist es aber wirklich etwas problematisch in Berlin/ich sehe das aus Briefen von Freunden aus Berlin/irgendwie kommen die da nicht richtig zusammen/ das läuft ganz beschissen/natürlich schreiben wir alle gegen diese verdammte Spalterei an/aber das läuft halt nicht so wie wir uns das wünschen/ich glaub schon, daß die politischen Gefangenen mal ein paar Schritte auf diejenigen von uns zu machen müssen die noch denken/ das ist wirklich brisant/wenn wir da ne Situationen kriegen wo es Lumpen gegen politische Gefangene geht/das wäre das Schlimmste was ich mir denken kann/klar/unter uns gibts natürlich Ärsche die nix merken/ aber auch garnix/und es wird immer so bleiben, daß ein paar der Spinner unter uns/derjenigen die ein Rad runter haben/daß die gegen alles gehen was rot scheint/aber dem muß natürlich soweit als nur möglich entgegengewirkt werden.

Wer Jacksons „In die Herzen ein Feuer" gelesen hat weiss was hier verhindert werden muß /aus Italien hab ich ja Sachen gelesen die auch darauf rauslaufen/ich denke, daß es an der Zeit ist, daß wir mit allen Mitteln versuchen zu verhindern, daß politisch engagierte Gefangene zu Freiwild werden/aber mit solchen Pamphleten erreichen wir genau das Gegenteil/das steht mal fest!

Wenn ihr Platz habt dann setzt bitte mal die Antwort rein/und wenn ihr Kontakt mit dem Autor habt/fragt ihn mal ob ihr mir seine Adresse geben dürft/mit dem möchte ich mich schon mal streiten/man kriegt Angst wenn man das liest!

P.M.



„POLIZEISCHUTZ" FÜR LINKEN BUCHLADEN

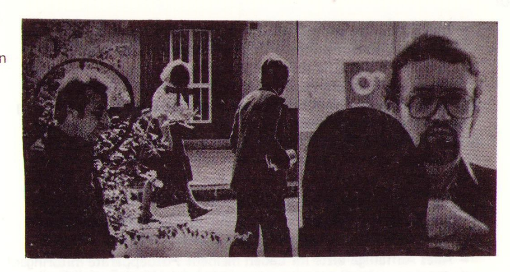
BOCHUM (ID)
14. Oktober

Am 18. August wurde die Politische Buchhandlung im Rahmen eines bundesweiten Großeinsatzes des BKA (Bundeskriminalamt) durchsucht, mehrere Bücher und Schallplatten beschlagnahmt, der Geschäftsführer inhaftiert. Am 26. August wurde der Geschäftsführer ohne Angabe von Gründen wieder freigelassen. Was bleibt, ist ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) in Verbindung mit Verstoß gegen den Maulkorbparagraphen 88 a.

Wir dachten, das wär's. Was wir jetzt mitkriegen, ist, wie der Terror gegen den linken Buchladen weiterläuft und wie weiter vorbereitet wird, die im Buchladen Beschäftigten zu Kriminellen zu machen:

Seit Sonntag werden die Privatwohnung des Geschäftsführers und die Buchhandlung selbst rund um die Uhr von Beamten der politischen Polizei bzw. des Staatsschutzes bespitzelt und überwacht. Nicht verdeckt, sondern so offensichtlich, daß jeder, der Augen im Kopf hat, es sehen muß.

Besonders auffällig gebährden sich zwei Typen (Anfang 30; ca. 1,75 - 1,80 ;Lederjacken; Sonnerbrillen; beide durch langjähriges Bespitzeln schon verfettet), die ihr Geld dafür kriegen, daß sie den ganzen Tag in einem weißen Opel Rekord (MS - AH 552) hocken und sich entweder vor dem Buchladen oder der Wohnung, zeitweise auch in der Nähe der Multinationalen Buchhandlung in Essen rumdrücken.



Daß die Staatsschutzbullen auch anders können, haben sie kurz nach der Haftentlassung des Geschäftsführers bewiesen. Er war auf Kurzurlaub an der deutschen Nordseeküste und mußte zu seiner Überraschung feststellen, daß ihm gleich ein halbes Bataillon ziviler Staatsschutzbeamter folgte. Diese Bullen waren aber, im Gegesatz zur jetztigen Observation, sehr darum bemüht, ungesehen zu bleiben. Zu diesem Zweck hatten sie mindestens vier Autos verschiedenster Typen (Ford-Granada, Alpha-Opel) herangekarrt.

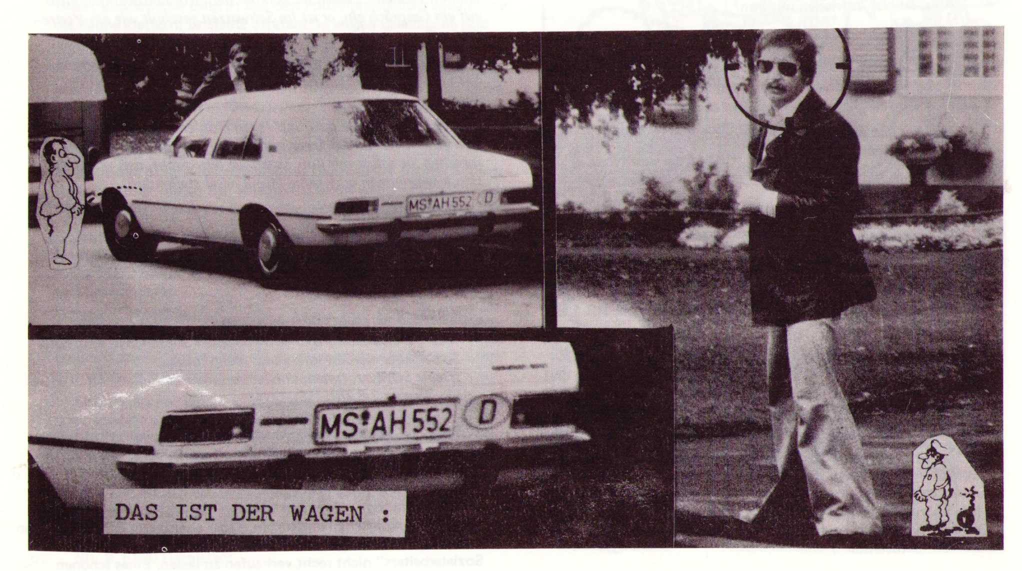
DIE STAATSSCHUTZBULLEN SIND SEHR FOTOSCHEU.
Leider ist auf den Bildern nicht zu sehen, wie der Sonnenbrillentyp reagierte, als er merkte, daß er auf die Platte kam. Hand vor s Gesicht halten, beschämt zur Seite gucken. Zum Weglaufen hat's nicht gereicht, . . . der Bauch . . .

CHEF DES 14.K–POPO BOCHUM RÖHL UND ASSISTENT

Was dieser James Bond-Verschnitt bezweckt, kann man sich an fünf Fingern abzählen:

– die politische Buchhandlung isolieren. Kunden sollen durch die demonstrative Anwesenheit der Bullen verschreckt, vom Besuch des Ladens zurückgehalten werden. Die Menschen, die in der Nachbarschaft des Buchladens wohnen, sollen den Eindruck erhalten, bei uns müsse es sich doch wohl um einen ganz besonders kriminellen Verein handeln, wenn die Bullen einen derartigen Rummel abziehen.

– Die Leute, die den Laden machen und die, die ihn als ihren Buchladen empfinden, sollen terrorisiert werden.



– Den Buchladen selbst in die kriminelle Ecke zu stellen. Was mit der Durchsuchung und der Verhaftung nicht gelungen ist – nämlich Beweise für ihre Berechtigung zu finden , hoffen diese Typen so vielleicht nachliefern zu können . Anstatt die Ermittlungsverfahren einzustellen, werden Gründe für die Fortsetzung der Ermittlung gesucht.

WAS NUN?

– Möglichst viele Leute sollten oft zum Buchladen kommen. Je mehr, desto besser. Stündlich werden Führungen zu den Bullen veranstaltet!

– Alles Auffällige bitte im Laden melden! Fotoapparate mitbringen! Erinnerungsfotos!

– Für Unterhaltung sorgen! Die Bullen langweilen sich tödlich! Phantasie an die Macht!

Freunde und Kunden des politischen Buchladens: v.i.S.d.PG.: Richard u.Helga Wiedenzopf, 463 Bochum, Girondelle 67
(Text und Fotos wurden in Bochum als Flugblatt verteilt).

POLIZEISCHNÜFFLER IN WOHNGEBIETEN

DARMSTADT (ID) Ein Kind erzählt auf Befragen:

6. Oktober *„ Ja ich bin da so entlang gelaufen, und da hat er gesagt, kommst du mal her. Da bin ich hergekommen – und da hat er mir Dinger erzählt und hat gesagt, daß wir uns jetzt noch öfters sehen werden und daß er sich hier ein bißchen kümmern wird."*

Kann man sagen, daß er nett zu dir gewesen ist?

„Ja, sehr nett sogar."

Wie ist das mit euch, wer kennt ihn noch?

„Der sagt uns immer, daß er uns hilft, wenn was los ist oder so – sollen wir zu ihm gehen.' '

Also, du bist zufrieden mit ihm?

„Sehr nett "

So, wer noch? Du!

„ Und wie hier die Kerb war, da hat er jedem so'nen Fahrchip gegeben – so für Karussell – den ganzen Häusern hier."

„ Daß er den Kindern das alles gibt, daß er sich vielleicht bei denen einschmeicheln will."

Bei wem? Bei den Kindern?

„Bei den Kindern und bei den Eltern."

Ja, warum denn?

„Ich weiß auch nicht, was er so genau will, aber – ich find, der will mehr von den Eltern als von den Kindern."

(Zitiert nach: „Unterwegs in Hessen", Rainer Witt, HR 1 am 5.10.76)

Der, der das will ist kein Märchenprinz – kein Wahlhelfer – dieser Kinderwohltäter ist beamtet Seit dem 15. Juli haben drei Darmstädter Hochhaus- und Neubauviertel (Eberstadt, Griesheim und Neukranichstein) das zweifelhafte Vergnügen mit je einem Kontaktbeamten versorgt zu sein.

In einer Postwurfsendung mit Konterfei stellen sie sich als der „gute Schutzmann an der Ecke" vor und drohen: „In der nächsten Zeit werde ich Sie einmal aufsuchen und mich persönlich vorstellen. Es wird aber nicht bei diesem Besuch bleiben, wenn Sie dies . wünschen." (zitiert nach: Flugblatt des Polizeipräsidenten:„Ich bin Ihr Kontaktbeamter")

Da niemand begreifen konnte, warum Sozialhelfer mittlerweile uniformiert und bewaffnet rumlaufen, entgegenete das Sozialistische Zentrum Darmstadt mit ebenfalls einer „Postwurfsendung"':

„Liebe Mitbürger!

Vor einigen Wochen hat sich hier ein „Kontaktbeamter" der Polizei vorgestellt.

Er schreibt, er sei ganz anders als die übrige Polizei, und er wolle alles tun, um uns zu zeigen, daß wir Vertrauen zu ihm haben könnten. So haben wir im Tagblatt gelesen, er selbst schreibe keine Parksünder auf, bei gröberen Verstößen aber sage er mit dem Funkgerät seinen Kollegen bescheid. Er macht sich nicht die Finger schmutzig, damit er unser Vertrauen nicht verliert.

Er soll das Bild der Polizei als „Freund und Helfer" wieder herstellen. Denn viele von uns erinnern sich noch gut, daß die Polizei z.B. beim Druckerstreik Streikposten zusammenknüppelte, damit die Verleger ihre Notausgabe herausbringen könnten.

Warum hat er so ein Interesse an Ihrem Vertrauen? Er will Angelgenheiten aus Ihrem privaten Bereich erfahren, an die normale Polizisten nicht herankommen. In einer Kartei sammelt er alle Notizen über alles und jeden. Diese Informationen erfährt er aber nicht nur direkt von Ihnen, sondern er wird auch Ihre Nachbarn über Sie ausfragen. Das führt zu einer Stimmung, wo jeder jedem mißtrauen muß. Damit versucht er, ein gemeinsames Vorgehen bei Problemen, die die Gemeinschaft betreffen (Mieterhöhungen, Heizkosten, fehlende Kinderspielplätze usw.) im Keim zu ersticken.

Wenn er Gesetzesverstöße meldet, dann meldet er auch, wenn jemand schwarz fernsieht, schwarz arbeitet, oder wer krank geschrieben ist und trotzdem auf der Straße ist. Er arbeitet dabei mit Arbeitsamt, Sozialamt usw. zusammen.

Die Älteren unter Ihnen werden sich noch an die Blockwarte im Dritten Reich erinnern. Die haben auch erst neugierig herumgeguckt und dann denunziert, auch wenn man sie „persönlich" kannte. Noch gibt es zwar keine KZ's, aber ein Rechtsstaat ist das hier schon lange nicht mehr. Ständig bricht der Verfassungsschtuz das Postgeheimnis, indem er Telefone abhört. Die Sorge um den Arbeitsplatz hindert unzählige, offfen ihre Meinung zu sagen. Es werden auch wieder Bücher und Zeitschriften verboten. Ständig neue Gesetze – ständig neue Verbote

Wir haben nichts zu verbergen, wir sind ganz einfach der Meinung, daß es Bereiche gibt, wo die Behörden ihre Nase rauszuhalten hat. Deshalb: LassenSie sich mit dem Kontaktbeamten nicht auf ein Gespräch ein, er ist im Schwatzen geschult wie ein Vertreter.

Lassen Sie ihn nicht wie selbstverständlich in Ihre Wohnung; dazu braucht er wie jeder Polizist Ihre ausdrückliche Genehmigung.

Warum sollten Sie auch mit Ihren Problemen zu einem Polizisten gehen? Wenn Sie Ärger mit Ihrem Nachbarn haben, dann sprechen Sie selbst mit ihm, sagen Sie ihm direkt, daß er seinen Dreck wegräumen oder seine Musik leiser stellen soll!

Brauchen Sie Hilfe?

Ihre Nachbarn haben Ihr Vertrauen tausendmal mehr verdient als dieser von der Polizei eingesetzte Kontaktbeamte.

Zitat:

Wer der Meinung ist, daß Polizisten Sozialhelfer sind, hätte Sozialhelfer werden sollen und nicht Polizist.
(Heinz Schwarz, Innenminister von Rheinland-Pfalz im SPIEGEL Nr. 32 vom 2.8.76)

Ähnliche Stimmen waren auch in den Stadtteilen selbst zu vernehmen, z.B. in der Stadtteilzeitung „Kranich". Mit dieser Kritik schien der Nagel auf den Kopf getroffen. Während man in der bürgerlichen Presse von „Volksverhetzung" sprach, sah sich der Polizeipräsident genötigt, mit einem zweiten Flugblatt auf die „verleumderischen Angriffe" zu antworten Trotz aller dieser Schönfärbereien und Einschüchterungen scheint sich das Bild des „uniformierten Sozialarbeiters" nicht recht verkaufen zu lassen. Eines schönen

Morgens „prangte" an den sonst so tristen Hochhausfassagen ein Monster – King Kong – mit den jeweiligen Visagen der Kontaktbeamten.



Dieser kosmetische Eingriff ließ den Polizeipräsidenten vollends auf die Palme klettern. Er stellte Strafantrag wegen Beleidigung und Vergehen gegen das Pressegesetz.

Nicht genug damit, noch am gleichen Tag wurden die Wohnungen von drei Darmstädter Genossen durchsucht, deren Personalien in der besagten Nacht in Kranichstein, einem der „Tatorte", aufgenommen worden waren.

Die Suche in den Wohnungen blieb (natürlich) erfolglos. Der als streibares CDU-Mitglied bekannte Darmstädter Richter Schlottmann hatte für diesen Fall vorsorglich einen weiteren Durchsuchungsbefehl für die Räume des Sozialistischen Zentrums ausgestellt.

Da dieser jeder rechtlichen Grundlage entbehrte, kann er nur als Versuch verstanden werden, daß Zentrum als Kritiker der KOB-Versuche (siehe obiges Flugblatt) einzuschüchtern und tendenziell zu kriminalisieren

Daß im Gegensatz zu sonstigen Aktivitäten der Linken diese Plakataktion Schlagzeilen in der Lokalpresse machte, weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die die Darmstädter Bullen mit ihrem Kontaktbeamten-Konzept haben.

Denn nicht nur die Linke steht der Geschichte feindlich gegenüber, sondern auch große Teile der betroffenen Bevölkerung. Reporter Witt in der schon zitierten Sendung des Hessischen Rundfunks: „Massive Kritik kam von vielen Jugendlichen. Diese Kritik war zum Teil so bösartig, und da wir sie nicht überprüfen konnten, haben wir sie nicht in diesen Beitrag eingeflochten. Das waren sehr harte Vorwürfe."

Kontaktadresse: Sozialistisches Zentrum, Wilhelm-Leuschner-Str. 9, 6100 Darmstadt

HAUSDURCHSUCHUNG–RAZZIA

MÜNCHEN (BLATT/ID) 14. Oktober Am Dienstag den 5.Oktober wurden in München 9 Wohnungen durchsucht. Personaleinsatz der Polizei: über 100 Beamte. Anzahl der Betroffenen: etwa 40 Leute. Die Aktion dauerte von sieben bis 12.30 Uhr.

Zwei mußten aufs LKA (Landeskriminalamt) zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Beschlagnahmt und sichergestellt wurde nichts außer den üblichen Lächerlichkeiten wie Sektkorken, Tesaband, Entwicklerflüssigkeit und dieverse Zeitungsartikel. Ansonsten die übliche Schnüffelei, Lektüre von privaten Briefen und von allen Schreibmaschinen Schriftproben.

Als Begründung ist bisher nur ein einziger ausgefertigter Durchsuchungsbefehl bekannt. Die rechtliche Grundlage,auf die sich die Durchsuchungen in den restlichen Wohnungen stützen, war nichts anderes als eine verbale Verlängerung eines alten Durchsuchungsbefehls vom August diesen Jahres („ Verdacht der Herbeiführung einer Explosion").

Der Kreis der „Unverdächtigen" d.h. Leute aus der gleichen Wohnung, denen bei solchen Aktionen ebenfalls notgedrungen die Klamotten sortiert werden, wird offenbar immer größer.

Der Gipfel dieser Aktion war die Durchsuchung eines Kinderladens. Die Polizisten redeten u.a mit einer Nachbarin des Kinderladens – machten also entsprechende Stimmung. Das hatte mit zur Folge, daß es bei den Eltern zu einem Konflikt darüber kam, wie man reagieren sollte. Die Bezugspersonen kündigen – die Weiterarbeit scheint unmöglich. .....

Bei einer Flugblattaktion am Wochenende danach sang Tommy auf dem Flohmarkt unter anderem sein Lied: „ Juppeidi und Juppeida, Hausdurchsuchung, Razzia. . . "

Zwei zuhörende Ordnungshüter nahmen den Song persönlich und forderten Tommy auf, Schluß zu machen, und wollten ihn festsetzen, was aber im Gerangel mißlang. Die Umstehenden standen eindeutig auf der Seite des Liedermachers Für den Vorfall werden Zeugen gesucht, da die Ordnungshüter die Tageskasse an sich rissen und so der Verdacht auf Straßenraub besteht.



IM PROZESS GEGEN BORVIN WULF: VON DER STRAFPROZESSORDNUNG ZUM HAMBURGER LANDRECHT

HAMBURG (ID) 5. Oktober

Am 20.5.76 begann vor der Großen Strafkammer 19 (Staatsschutzkammer) des Landgerichts Hamburg der Strafprozeß gegen das SPD-Mitglied Borvin Wulf und gegen Bernd Geburtig. Die Anklage wirft ihnen als angebliche Verfasser eines "Bekennerbriefes" Teilnahme an Sprengstoff- bzw. Brandanschlägen auf das Haus des Justizsenators Prof. Klug und den PKW des Gefängnisarzes Dr. Mairose vor sowie Gründung einer "kriminellen Vereinigung ", über die es in der Anklageschrift heißt:

daß die "Beschuldigten zumindest ähnliche Ziele wie die Baader-Meinhof-Bande" verfolgen, daß sie die Auffassung vertreten, daß "legale politische Aufklärungsarbeit allein" nicht "zur Veränderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse" genüge, "vielmehr müsse man zusammen mit den Unterdrückten in aller Welt einen Kampf gegen den Imperialismus und Monopolkapitalismus führen"... "und selbst als Kern der revolutionären Bewegung den auf gewaltsamen Umsturz gerichteten Kampf beginnen."

Es handelt sich also um einen politischen Prozeß. Die Verteidiger von Borvin Wulf erklären jetzt:

"Vier Monate nach seinem Beginn ist dieser Prozeß in ein Stadium getreten, in dem die Verteidigung durch das Gericht, insbesondere durch seinen Vorsitzenden Schenck derart massiv in ihren Rechten eingeschränkt wird, daß von dem Versuch ihrer Ausschaltung gesprochen werden muß."

Nachdem es am 11.6.76 gelungen war, auf der Grundlage eines Gutachtens des Gerichtsmediziners Dr. Naeve die Isolationshaft von Borvin Wulf durch Gerichtsbeschluß aufzuheben, wurde in der Folgezeit durch Anordnungen der Vollzugsanstalt die Isolierung weitgehend wiederhergestellt. Angeordnete therapeutische Maßnahmen wurden verweigert oder verschleppt. Teilweise wurde die täglich zustehende Freistunde willkürlich gestrichen. Borvin Wulfs Gesundheitszustand hat sich in der U-Haft weiter verschlechtert. Der Orthopäde Prof. Bernbeck schrieb in seinem Gutachten vom 30.8.76:

"Die Rückenbeschwerden...entstehen bei jeder längere Zeit eingenommenen Körperhaltung und neuerdings auch sogar in Ruhelage. Diese zermürbenden Schmerzzustände beeinträchtigen auch schon erheblich das Allgemeinbefinden — infolge zeitweiliger Schlaflosigkeit und zunehmender Körperschwäche."

Zur Therapie schrieb Prof. Bernbeck u.a.:

"Um eine weitere muskuläre Schwächung des Rumpfskeletts zu verhüten muß aktives Bewegungstraining erfolgen........"

Diese Beurteilung traf der Orthopäde nachdem der Gerichtsmediziner Dr. Naeve bereits im Juni 1976 von so starken Beeinträchtigungen des Organismus und der Psyche durch die "besonderen Haftbedingungen" ausging, daß er eine Begrenzung des Verhandlungstages auf 4 1/2 Stunden forderte.

Borvin Wulf erhielt bisher kein Bewegungstraining. Während eines Zeitraums von wenigen Wochen erhielt er nur die Hälfte der therapierten Massagen und Packungen. Gestützt auf das orthopädische Gutachten und den Behandlungsboykott durch die U-Haftanstalt beantragte die Verteidigung am 16.9.76 Haftverschonung. Das Gericht entschied über diesen Antrag bis heute nicht. Am 20.9.76 wollten die Verteidiger zu Beginn der Verhandlung einen Ergänzungsantrag zum Antrag vom 16.9.76 stellen und kündigten dabei nur 2 Minuten für die Dauer der Antragstellung an. Der Vorsitzende Schenck verweigerte dies und stellte den Verteidigern das Mikrofon ab. Der Versuch, das Gericht anzurufen, wurde vom Vorsitzenden begegnet mit der Zurückweisung wegen Unzulässigkeit; der Hinweis, diese Feststellung könne nur das Gericht treffen, mit den Worten: "Ich entscheide, wann das Gericht entscheidet." Schließlich: "Sie haben mir bereits durch ihren Antrag vom 16.9.76 die Sitzung kaputtgemacht. "

Der auf diese Äußerung gestützte Ablehnungsantrag von Borvin Wulf (der dritte in diesem Prozeß) wurde nach zweistündiger Beratung unter Anwendung des seit dem 1.1.75 gültigen § 26 a StPO als unzulässig verworfen weil er "offensichtlich nur der Prozeßverschleppung" gedient habe."

"Das vorliegende Ablehnungsgesuch ist lediglich als ein weiterer Versuch zu werten, dem Vorsitzenden die Verhandlungsleitung streitig zu machen. Verfolgt wird damit offensichtlich das Ziel, einen geordneten Verhandlungsablauf unmöglich zu machen. Ob darüberhinaus auch agitatorische Zwecke verfolgt werden (was nahe liegt), braucht nach obiger Sachlage nicht entschieden zu werden. "

Zu einem solchen Verfahren sagt der größte Kommentar (Löwe-Rosenberg):

"Größten Bedenken begegnet...die Verwerfung der Ablehnung.... Denn bei dem weit gefaßten Tatbestand, der mehrere unbestimmte Rechtsbegriffe enthält ist die Entscheidung unter Mitwirkung des abgelehnten Richters oder beim Strafrichter in der Hauptverhandlung gar allein durch diesen selbst der Gefahr ausgesetzt, daß die Forderung, die Interessen des Beschuldigten gegenüber den öffentlichen Interessen vorsichtig abzuwägen, dem Wunsch, dem Verfahren ungestörten Fortgang zu geben,.. .untergeordnet wird....Auf jeden Fall in der Hauptverhandlung sollte der Strafrichter das ordentliche Ablehnungsverfahren wählen....." (§ 26 a Rdn. 7).

Die gegen diesen Beschluß gerichtete Gegenvorstellung der Verteidigung wurde am 20.9.76 als unzulässig, am 23.9.76 als zulässig, aber unbegründet bezeichnet. Selbst die Staatsanwaltschaft mochte den Auffassungen in diesem Beschluß nicht folgen, ebensowenig wie einer Anordnung des Vorsitzenden vom 23.9., die sich im Protokollauszug wie folgt findet:

"Rechtsanwalt...erklärte, daß er einen Antrag stellen wolle. Der Vorsitzende erwiderte: Anträge werden hier gestellt am Schluß der Sitzung oder dann, wenn wir eine passende Pause hahben, wenn wir mit der Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen fertig sind, es sei denn, es handelt sich um Ablehnungsanträge, die prozessualen Vorrang genießen."

Das nennen wir "Hamburger Landrecht", weil es nicht die StPO sein kann, die hier angewandt wird, obwohl selbst in ihr innerhalb der letzten zwei Jahre unter dem Vorzeichen des "Antiterrorismus" eine Reihe von Verteidigerrechten abgeschafft oder eingeschränkt worden sind.

Am 27.9.76 hob der Vorsitzende Schenck seine eigene Anordnung vom 23.9.76 wieder auf, als "Richtlinie" für die Entscheidung, ob im Einzelfall Anträge zu dem von der Verteidigung vorgebrachten Zeitpunkt zugelassen werden oder nicht, verfügte er jedoch die Auflage, den Inhalt der beabsichtigten Anträge in Stichworten anzugehen; also inhaltliche Zensur bereits bei der Entscheidung, wann Anträge durch den Angeklagten und die Verteidigung gestellt werden dürfen.

AUSSAGE VON BRIGITTE MOHNHAUPT (III)

STAMMHEIM (ID) 14. Oktober

Nachfolgend drucken wir den dritten Teil und Schluß der Aussage von Brigitte Mohnhaupt vom 22. Juli 1976 im Stammheimer Prozess. Die beiden anderen Teile sind im ID Nr. 145 und 146.

Rechtsanwalt Heldmann:
Haben Sie Herrn Hoff kennengelernt?

— Nee, ich kenn ihn nicht, aber ...

Rechtsanwalt Heldmann:
Wissen Sie, ob Herr Baader und Herr Hoff sich persönlich kennengelernt haben:

— Das weiß ich auch nicht, aber zu Hoff möchte ich trotzdem was sagen.

Prinzing:
Sie sollen sich an die Fragen, die Ihnen gestellt sind, als Zeugin halten. Sie müssen die Rolle nicht verwechseln. Sie sagten, Sie wüßten es nicht. Damit ist die Frage beantwortet.

Rechtsanwalt Heldmann:
Was möchten Sie zu Herrn Hoff sagen?

— Ja, und zwar, daß Hoff in seiner Aussage behauptet, wie Sie in den Zeitungen auftaucht: also Hoff, der Sympathisant, der erpreßt wird. Das ist eben genau der Punkt, der nicht stimmen kann, weil es keine Sympathisanten gegeben hätte, wenn wir Leute, die uns helfen, erpreßt hätten. Das ist doch der Zweck der Aussage, ist doch klar: es soll — wie die psychologische Kriegsführung, die Hetzkampagnen überhaupt — uns isolieren. Aber ne illegale Gruppe die soner Gewaltmaschine gegenübersteht, wie wir, die würde sich selber ans Messer liefern, wenn das Verhältnis zu denen, die ihr helfen, nicht freundschaftlich ist, wenn sie daran, wies zwischen uns und zwischen ihnen und uns läuft, nicht sehen können, was wir überhaupt wollen, was der Kampf fürn Sinn hat, was er will.

Aber Geld — wie der jetzt sagt — Druck, Erpressung, Drohung, usw. — sowas ist ausgeschlossen. Das sind die Mittel, die der Staatsschutz hat, nicht unsere.

Und konkret noch: da steht, daß Andreas zu der Zeit, wo Hoff ihn gesehen haben will, schulterlanges blondes Haar gehabt haben soll. Und das ist einfach ne Lüge. Weil ich weiß, daß er das nicht gehabt hat. Platinblondes schulterlanges Haar, das war offensichtlich jemand anderes.

Vielleicht war es auch überhaupt niemand. Also, Andreas sah anders aus.

Rechtsanwalt Heldmann:
Was hat denn Herr Müller für eine natürliche Haarfarbe, wenn Sie das wissen? Wir haben ihn hier mit schwarzer Haarfarbe kennengelernt.

— Natürliche? So ähnlich wie ich, also blond.

Rechtsanwalt Temming:
Eine Frage zum Info. Der Zeuge der Anklage, Müller, behauptet, das Info habe dazu gedient, die kriminellen Ziele innerhalb und außerhalb, vor allen Dingen außerhalb der Gefängnisse weiter zu verfolgen. Kannst du etwas über die Funktion des Infos sagen und zweitens: gabs sowas wie nen Zwang, sich an dem Info zu beteiligen, und drittens: wurde im Zusammenhang mit dem Info irgendwelcher Druck über das Info auf irgendwelche Gefangenen von irgendwelchen anderen Gefangenen ausgeübt?

— Das Info war der absolute Gegensatz dazu. Es war die einzige Möglichkeit — so wie wir das bestimmt haben und wie es konzipiert worden ist — die einzige Möglichkeit überhaupt von isolierten Gefangenen zu sozialer Interaktion. Auch wenn sie sich nur als Surrogat abspielt, also Briefe, Papier. Aber es war die einzige Möglichkeit zu politischer Diskussion, politischer Information und zu Orientierung natürlich. Von hierarchischer Struktur oder sowas war da überhaupt nichts. Sondern was Müller da bringt mit Info 1 — also ich weiß nicht mehr genau, wie das formuliert ist — daß es da verschiedene Kategorien gegeben hat, in die man sich hoch dienen sollte, son Aufsteigersystem — das ist absurd.

Info 1 — das waren alle, die in der RAF organisiert waren, und das ist einfach funktional gewesen.

Info 2 — hats kaum gegeben. Das sollte mal gemacht werden, aber tatsächlich gabs das nie. Und das Info 2, das nie gemacht worden ist, wurde dann zum Info im Hungerstreik, an dem alle Gefangenen beteiligt waren, die im Hungerstreik waren. Da seh ich absolut keine Hierarchie, keine Kategorien. Das sind einfach zwei verschiedene Gruppen, die eine sind die Gefangenen aus der RAF, und das andere ist ne Gruppe von zum Teil ganz anderen Gefangenen, 2. Juni, Hamburger und Münchner Stadtguerillagruppen. Ja, eben alle, die am Hungerstreik beteiligt waren, das waren ja ne ganze Menge. Es wär unmöglich, das einfach kurzzuschließen. Das sind ganz verschiedene Ebenen der Diskussion, des Gruppenzusammenhangs. Die kurzzuschließen wäre ein Einheitsramsch, der überhaupt keine reale Funktion hat.

Und das Info 3 — da gibts nun überhaupt nichts mit Hierarchie. Info 3 war Information d.h. Presseartikel, Analyse, politische Ökonomie usw. also einfach Informationsmaterial. Was jeder gekriegt hat, der sitzt, und der es haben will, um damit zu arbeiten. Daß Info 3 irgendwie die unterste Stufe war, ist Schwachsinn. Es war ne bestimmte Form von politischer Information — eben Presse, Presseberichterstattung, ausländische Berichterstattung, also alles, was man braucht, um nen bestimmten Überblick zu bekommen; auch wesentlich ökonomische Analysen, die wir gemacht haben. Das war Info 3. Dazu daß ... wie hast du das jetzt gesagt?

Rechtsanwalt Temming:
Ob es nen Zwang zur Teilnahme ...

— Ach so, ja. Der Sinn der Infos, seine ganze Funktion wie wir sie bestimmt haben, war eben: ein Mittel gegen die Isolation. Wir haben gesagt: jeder Satz, den ein Gefangener schreibt über das Info ist wie ne Tat, jeder Satz ist ne Aktion. So war das für die Gefangenen. Wir haben ja nichts, keine Möglichkeit gehabt, irgendwas zu machen, in der Isolation, außer eben diese Kommunikation zu benutzen, und das war wirklich — kann man sagen — ein radikaler Kollektivierungsprozeß für die, die das vorher nicht kannten, weil über das Info natürlich jeder von jedem alles wußte, was er schrieb. Überhaupt der absolute Gegensatz von Hierarchie, von soner Struktur. Jeder hat da geschrieben, worüber er nachgedacht hat, was für ihn ein Problem war, wo er nicht weitergekommen ist alleine und gleichzeitig versucht, politisch zu ner Einschätzung zukommen, zum Begriff der Situation und ihrer Bedingungen, um gegen die Isolation, gegen die Vernichtung der Gruppe in der Isolation kämpfen zu können. Kontrolle hat insofern dann natürlich jeder über jeden gehabt. Das ist aber gut und nicht schlecht. Nicht Herrschaft, sondern die Negation davon, würd ich mal sagen: der Versuch, ne Struktur, die eben anders ist, die eben die genaue Negation von faschistisch ist, aufrechtzuerhalten im Knast — gegen die Maschine, die einem sowas verunmöglichen will. Also das Info einfach ein Mittel für uns, noch auf dieser Ebene und wie es da nur möglich ist, kämpfen zu können. Das ist nur so möglich für isolierte Gefangene, über Analyse, über Bestimmung. Es ist natürlich ne sehr begrenzte Möglichkeit und das Beispiel wie begrenzt sie ist, ist der Hungerstreik — einfach aus der äußersten Defensive, sonst würde man keinen Hungerstreik machen müssen gegen die Isolation. ...

Rechtsanwalt Temming:
Ich hab noch ne Frage zu der Funktion, oder der angeblichen Funktion von Disziplinierung.

Prinzing läßt die Frage nicht zu.

Rechtsanwalt Temming:
Aber vielleicht läßt sich das im Zusammenhang mit dem Hungerstreik besser darstellen, welche Funktion hatte der Hungerstreik und wurde während des Hungerstreiks etwa versucht, auf hungerstreikende Gefangene irgendwelchen Druck auszuüben durch Entzug des Infosystems? Also erstens, welche Funktion hatte der Hungerstreik und zweitens, ist etwa das Infosystem beim Hungerstreik als Disziplinierungsmittel benutzt worden, um jemanden dazu zu veranlassen, den Hungerstreik nicht abzubrechen?

— Das Info war weder beim Hungerstreik noch sonst irgendwann Disziplinierungsmittel — von wem auch, von wem denn, von jedem oder was. Das Info war keine Peitsche, mit der die Leute angetrieben worden sind, sondern ne Waffe für jeden von uns, die er brauchte. D.h. als Mittel zur Kommunikation war es Waffe, obwohl es einfach Papier war. Vielleicht ist es lächerlich zu sagen: Waffe, aber genauso ist die Situation der Gefangenen. Daß sie wirklich keine andere Möglichkeit haben in der Isolation.

Und konkret im Hungerstreik ist natürlich kein Druck ausgeübt worden. Der Hungerstreik ist das praktische Beispiel dafür, daß überhaupt kein Druck ausgeübt werden kann, weil sonst Aktionen unmöglich werden. Der Hungerstreik ist sehr lange diskutiert worden von uns. Ob wir ihn überhaupt machen und wie dazu die Bedingungen aussehen von der Gruppe, d.h. von jedem einzelnen

in der Gruppe. Und da die Bundesanwaltschaft diese ganzen Sachen beschlagnahmt hat, weiß sie das natürlich auch. Deswegen sind ihre ganzen Behauptungen sowieso natürlich nur Mittel zur Diffamierung, aber egal auch. Jedenfalls der Hungerstreik war das Produkt, das Ergebnis der Diskussion. Und in der Diskussion hat sich jeder klar gemacht: kann ich den Hungerstreik machen, will ich den Hungerstreik machen. Weil für uns klar war, was das heißt: daß wirklich die Situation sein kann, wo du stirbst. D.h., daß das ne Bedingung ist, wie es immer ne Bedingung von Kämpfen ist: daß man stirbt, daß man erschossen wird. Daß das im Knast nicht anders ist, ist ne Erfahrung von uns. Jedenfalls war das die Entscheidung von jedem einzelnen und nur so konnte es laufen. Das kann man im Info grade feststellen, daß jeder geschrieben hat, ob er ihn machen will und warum, ob er meint, daß er ihn machen kann, ob er es richtig findet, natürlich, die Taktik usw. überhaupt Hungerstreik, ob das ein Mittel sein kann, ne Waffe sein kann von Gefangenen. Wir sind dahin gekommen, daß es eine ist, einfach von uns, weil wir keine andere haben. Und zum Durststreik, wo es noch kürzer läuft, da ist es ja ganz klar – z.B. die Erklärung von Ulrike in Berlin, daß wir in den Durststreik gehen werden, wenn Andreas das Wasser nochmal entzogen wird wie in Schwalmstadt, d.h. er damit natürlich stirbt, sofort. Das waren alles Entscheidungen, die kollektiv gelaufen sind. Das ist auch sehr einfach. Man könnte es auch beweisen, aber das ist sicher nicht das, was wir wollen: kriminalistische Beweisführung gegen die Fälschungen und Lügen der Staatsschutzpresse. Daran, daß wir ihn machen konnten, zeigt sich, daß es stimmt. Und die, die zusammengebrochen sind unter der Bedingung des Hungerstreiks, also unter der totalen Konfrontation, die sind natürlich auch das Beispiel dafür, daß da wirklich kein Zwang ist. Sie haben aufgehört und ihr Verständnis davon war, daß sie die ganze Politik, also die Form der Konfrontation, die diese Politik – Guerilla – notwendig beinhaltet, ohne die sie gar nicht denkbar ist – so sind die Bedingungen, daß sie diese Konfrontation nicht mehr wollen, um jeden Preis leben wollen – und sei es nur noch vegetativ wie ein Tier, wie ne Pflanze in der Isolation. Nicht kämpfen, Rebellion, revolutionärer Krieg, der deine Sache ist. Müller hat ja selber aufgehört, er hat aufgehört und uns verraten. Also wo der Zusammenbruch läuft wie bei ihm, zeigt er ja sehr klar: er wollte nur noch seinen Wanst, nicht eine andere Politik. Dafür hat er sich verkauft. Er wollte den Deal, und den hat er ja jetzt, in dem ist er vom Staatsschutz total aufgefressen worden. Das hat ne Geschichte von drei Jahren Gehirnwäsche, und es gibt Briefe von ihm, in denen er das beschreibt. Aber das ist jetzt ne andere Sache.

Rechtsanwalt Temming:
Noch eine abschließende Frage: du hast gesagt, sowohl Hungerstreik war ne Möglichkeit, wenn auch ne beschränkte, zu kämpfen, als auch das Info war ne Waffe. Wogegen zu kämpfen und wogegen ne Waffe?

– Der Hungerstreik? Gegen die Haftbedingungen, gegen die Vernichtung durch Isolation, also weil es einfach notwendig war, dagegen was zu machen. Dagegen zu kämpfen und wie dieser Kampf eben nur möglich war aus den ganzen Bedingungen. Die Erfahrung war, daß alles, was juristisch dagegen versucht worden ist, z.B. Beschwerden und was weiß ich über die ganzen Jahre, völlig wirkungslos war. Weil es so ist, wie ich Anfangs gesagt hab: das Verhältnis ist Krieg.

Diese ganze Maschine aus Staatsschutz, Geheimdiensten, Medien und politischer Justiz führt Krieg, ist ne Funktion der Counter-Insurgency. Und die juristischen Mittel, die noch übrigbleiben, sind natürlich völlig hilflos, reine Attrappen. Das war ja sehr schnell klar – es wurde uns klar an Astrid, an der ersten, die im Trakt wirklich kaputt gemacht worden ist. Dann Ulrike im Trakt. Wir haben, die Gefangenen haben keine andere Möglichkeit gehabt als den Hungerstreik, als so ne Aktion aus der wirklich äußersten Defensive. Aber kollektiv und entschlossen und so entschlossen wie wir waren, eben wirklich das zu brechen, dieses Mittel gegen die Gefangenen: Isolation, ist er dann natürlich auch oder kann er zu ner Waffe werden.

Prinzing bricht ab.

Zeis:
Frau Mohnhaupt, Sie haben vorhin auf die Frage von Herrn **Rechtsanwalt** Dr. Heldmann, glaube ich, gesagt, es hätte in der Gruppe keinen Schießbefehl gegeben. Darf ich fragen, warum Sie dann bei Ihrer Festnahme eine funktionstüchtige und schußbereite Waffe getragen haben? Wollen Sie die Frage beantworten?

– Ach Quatsch, nee!

Prinzing:
Was für einen Rechtsgrund wollen Sie geltend machen?

– Ach, überhaupt keinen Rechtsgrund. Es ist einfach zu blöde nach allem, was ich gesagt habe.

OFFENER BRIEF DER ANGEHÖRIGEN POLITISCHER GEFANGENER IN DER BRD

FRANKFURT (ID)
12. Oktober

AN DEN JUSTIZMINISTER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND!
AN ALLE JUSTIZMINISTER DER LÄNDER DER BRD!

von Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD.

Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, fordern für unsere Angehörigen die Anerkennung als Kriegsgefangene nach den Richtlinien der Genfer Konventionen!

Alle unsere Bemühungen in der Vergangenheit, damit Sie die menschenvernichtenden Haftbedingungen unserer Angehörigen aufheben, sind bisher gescheitert. Durch Sonderbeschlüsse der Bundesanwaltschaft ausgesucht, waren nur wir es, die die politischen Gefangenen für lange Zeit besuchen konnten. Einige von uns machen inzwischen ihre Besuche nicht mehr im Gefängnis, sondern auf dem Friedhof.

Unsere Angehörigen werden seit dem Zeitpunkt ihrer Inhaftierung, d.h. zum Teil seit über 5 Jahren einer Sonderbehandlung unterworfen. Vom normalen Anstaltsleben getrennt, in Einzelzellen gefangen gehalten, werden sie seit Jahren isoliert.

Andauernde Isolation ist Mord auf Raten!

Astrid Proll mußte wegen der schweren Folgeerscheinungen der an ihr praktizierten Isolationsfolter aus der Haft entlassen werden.

In ihrem Gutachten vom Herbst 1975 stellen Prof.Dr. Rasch, Prof. Dr. W. Mende, Prof. W.A.Müller und Prof. Dr. J. Schröder fest, daß unsere Verwandten Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Andreas Baader und Ulrike Meinhof dringend behandlungsbedürftig sind , und daß diese Behandlungsbedürftigkeit auf die strenge Isolierung, der sie unterworfen werden, zurückzuführen ist.

Sie, die Herren Justizminister, tragen die Verantwortung für die Haftbedingungen und somit die Verantwortung, - soweit sie zu dieser Zeit im Amt waren, für den Tod von Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof, da diese Ihnen im Zustand der Gefangenschaft auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren.

Wir die Angehörigen, wissen, daß keiner der Genannten sterben wollte. Alle vier kämpften bis zum Schluß um ihr Leben.

Bereits Ende des dritten Hungerstreiks forderten unsere Angehörigen die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in eine Haftanstalt , nachdem ihre Forderung nach Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen von Ihnen nicht erfüllt wurde.

Nur eine Zusammenlegung der politischen Gefangenen in eine Haftanstalt macht ein Überleben noch möglich - .

In einem Interview mit dem Titel: „Abgedichtet bis man erstickt" im Stern vom 20.5.1976, S. 74, stellte Prof.Dr. W. Rasch fest: „*Entscheidung für eine Verbesserung der Haftsituation sind nicht Bücher, Fernsehen und Zeitungen, entscheidend ist die Aufhebung der Isolation.*"

Zur Zusammenlegung der politischen Häftlinge stellt er weiter fest: „*Denn nur in einer solchen größeren Gruppe könnten zumindest die schlimmsten Folgen der Isolation, wie sie in Stammheim auftreten, abgebaut werden.*"

Doch es ist keine Aufhebung der Sonderbehandlung in Sicht, kein Ende der Vernichtungshaft, kein Inkrafttreten eines Straf-

vollzugsgesetzes für unsere Angehörigen.

Die jüngsten Verschärfungen der Isolation bei einer Reihe von Gefangenen und die weitere Zuspitzung der lebensbedrohenden Situation von Karl-Heinz Roth und Wolfgang Grundmann machen uns erschreckend klar, daß dieser Staat auch vor keinen weiteren Todesopfern zurückschreckt. Aus der Sonderbehandlung unserer Angehörigen wird deutlich, daß dieser Staat unsere Angehörigen eben nicht, wie er immer vorgibt, als Kriminelle ansieht, sondern als seine politischen Gegner.

Der Verpflichtung als Mensch, jeder Art von Völkermord mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten, haben sich unsere Angehörigen gestellt. Insbesondere waren die Einrichtungen der USA in der BRD, wie die CIA-Zentrale im Frankfurter IG-Farbenhaus und die Computeranlage im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa, in Heidelberg, von denen aus der Völkermord in Vietnam geplant und geleitet wurde, Angriffsziele der Aktionen der Roten Armee Fraktion.

Gerade wegen ihres Widerstandes gegen den Völkermord der USA in Vietnam und dessen Unterstützung durch die BRD werden die Angehörigen der Roten Armee Fraktion und alle politischen Gefangenen die dieses System bekämpft haben, jetzt in den Gefängnissen der BRD menschenvernichtenden Haftbedingungen unterworfen. Nur die Anwendung einer international geregelten und kontrollierten Rechtsgarantie kann das Leben unserer Angehörigen erhalten.

Wir fordern daher für unsere Angehörigen:
- Anerkennung der politischen Gefangenen als Kriegsgefangene!
- Anwendung der Genfer Konventionen über die Behandlung von Kriegsgefangenen auf die politischen Gefangenen!

Und somit:
- Aufhebung der Isolation und Beendigung der Vernichtungshaft!
- Sofortige Haftverschonung für Karl—Heinz Roth und Wolfgang Grundmann!

Unterzeichnende:
Hildegard Haag, Hans Raspe, Martin Grusdat, Ella Grusdat, Anne Grusdat, Jeanette Grusdat, Gisela Pohl, Anja Röhl-Pinter, Monique Augustin, Johanna Augustin, Gertrud Taufer, Wolfgang Becker, Omega Becker, Annelie Becker, Hilde Pohl, Helmut Ensslin, Ilse Ensslin, Rüdiger Hammerschmidt, Wienke Zitzlaff, Ida Debus, Anneliese Baader, Adelheid Hinrichsen.

(Anm.d.Redaktion: Der offene Brief ist bisher lediglich im Berliner Extradienst auszugsweise veröffentlicht worden.

Zu den aufgestellten Forderungen nach Anwendung der Genfer Konvention und zur Anerkennung als Kriegsgefangene sowie zur Zusammenlegung politischer Gefangener ist eine Kritik im Berliner Info BUG am 28.6.76 von der Roten Hilfe Westberlin/Häftlingskollektiv erschienen'.)

DIE AUSLIEFERUNG VON ROLF POHLE

MÜNCHEN (ID) 12. Oktober

Die deutschen Rechtsschützer in Staat und Presse überschlagen sich schier vor „Genugtuung" darüber, daß nach massiven Pressionen und unmißverständlichen Drohungen aus der BRD der griechische Areopag den Machtverhältnissen in Europa Rechnung getragen hat und Rolf Pohle an die deutsche Justiz auslieferte. Über Zustandekommen und Hintergrund dieses ganz normalen politischen Urteils gibt nachfolgend ein Bericht aus der Anwaltskanzlei Eschen, Ströbele, Spangenberg Auskunft. Danach Auszüge von Pohles Erklärungen vor dem Athener Oberlandesgericht.

EINE NIEDERLAGE FÜR DIE LINKE?

Seit Freitagabend, 1.Oktober, ist R. Pohle wieder in Bayern. Er ist jetzt wieder Gefangener in dem Gefängnis in Straubing - wo er bereits früher für 2 Jahre in Isolationshaft - davon 8 Monate im Psychiatrischen Krankenhaus der Anstalt- gehalten worden war. Auch jetzt sitzt er wieder in Isolationshaft, d.h. Einzelzelle, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, kein Kontakt mit anderen Gefangenen. Selbst seinen Verteidiger kann er nur für wenige Minuten in Gegenwart eines Staatsschutzbeamten sprechen.

Nach der Entscheidung in 1.Instanz durch das Athener Oberlandesgericht, das die Pohle vorgeworfenen Taten als politisch beurteilt hatte, war es keineswegs sicher, daß der Staatsanwalt Berufung einlegen würde. Er hatte vielmehr geäußert, er warte auf eine Weisung seiner Regierung.

Erst als die deutsche Regierung ihre „Erwartung" öffentlich verkündet hatte, die Athener Regierung werde das Rechtsmittel einlegen, ging das Schreiben des Staatsanwalts wenige Minuten vor Ablauf der Frist bei Gericht ein.

Zunächst verhandelte ein Feriensenat des Areopag über die Berufung. Griechische Anwälte waren der Meinung, dies sei noch die günstigste Besetzung .Zwar seien alle Richter des Areopag konservativ eingestellt, aber einige hätten Kontroversen mit der Regierung.

Schon bei der Befragung der Zeugen der Verteidigung, den Rechtsanwälten Wächtler und Ströbele, wurde klar, daß diese Richter viel weniger Interesse daran zeigten, die Verhältnisse in der BRD und in den Gefängnissen aufzuklären. Auch Pohles politische Erklärung wurde nicht verlesen.

Dennoch konnte sich dieser Senat nicht zu einer Entscheidung durchringen. Er verlangte weitere Auskünfte der Bundesregierung.

Dann trat ein neuer Senat des Areopag zusammen. Keiner der bisherigen Richter saß in diesem Gericht. Die meisten dieser Richter hatten schon unter der faschistischen Militärjunta dem obersten Gericht angehört.

Ein griechischer Jurist charakterisierte dieses Gericht und seine Rolle während der Junta mit dem Deutschen Reichsgericht unter den Nazis. Auch die hatten in vornehm kühl distanzierter Art zu den Methoden der Nazis gestanden, aber nichts Entscheidendes gegen deren Willkürherrschaft unternommen.

Die deutsche Regierung hatte inzwischen einen geeigneten Sachverständigen aufgetrieben, der ihre Behauptung bereit war zu stützen. Bis zum letzten Termin kannten weder Pohle noch seine deutschen Verteidiger dieses Gutachten. Das geplante Gegengutachten mehrerer deutscher Professoren konnte deshalb nicht mehr beschafft werden.

Prof. Triffterer gab an, „auf eigene Kosten" nach Athen gereist zu sein. Die Süddeutsche Zeitung fand ihn „streckenweise blaß". Auf Fragen von Pohle gab er an, am Vorabend der 1.Vernehmung auf einer Party in der deutschen Botschaft gewesen zu sein.

Als Zeugen der Verteidigung wurden die Rechtsanwälte Schily, Groenewold, Oberwinder und Baaker-Shut aus Holland gehört.

An Schily kam die Frage, ob es einen Zusammenhang der Auslieferung und der Bundestagswahl gäbe. Schily bejahte den Zusammenhang.

Am Freitag vor der Wahl erging dann die Entscheidung, und Pohle war einige Stunden später in Bayern. Den griechischen Verteidigern hatte man noch versichert, sie könnten Pohle am nächsten Tag im griechischen Gefängnis aufsuchen.

So kam alles rechtzeitig, um dem deutschen Wahlvolk in den Medien die Entscheidung bis zum Wahltag gebührend zu vermitteln und zu kommentieren, in den Nachrichten als Topmeldung und in den Zeitungen auf der 1.Seite.

Der Griechische Staat, seine Justiz hatte sich der Europäischen Gemeinschaft (EG) doch noch würdig erwiesen. Die bitteren Konsequenzen für die Zusammenarbeit der europäischen Regierungen, die einige Kommentatoren vorher „ befürchtet" hatten, blieben allen erspart.

Wer in den nächsten Wochen aufmerksam die Zeitung liest, wird Meldungen über nun doch erfolgreiche Kreditverhandlungen zwischen deutschen und griechischen Stellen finden.

Aber was am und im Fall Pohle erreicht wurde, ist ein Erfolg, wenn auch die Krönung fehlt.

1. Ein griechisches Oberlandesgericht war immerhin davon überzeugt, daß das, was Pohle vorgeworfen wird, politische Taten sind. Daß also die Unterstützung und die Mitgliedschaft in der RAF ein

politisches Verhalten ist; daß die Taten der RAF politisch sind. Eine Wahrheit, für deren Anerkennung die Gefangenen und die Verteidiger seit Jahren kämpfen.

2. Pohle selbst blieb mehrere Monate der Aufenthalt in deutschen Gefängnissen erspart.

3. Durch die enorme Öffentlichkeit des Falls in Griechenland und der BRD wird hoffentlich bald erreicht, daß er nicht längere Zeit wieder in Isolierhaft bleibt, daß die Sonderbehandlung aufgehoben wird.

4. Soweit die Entscheidung des Areopag bisher bekannt ist, dürfen einige Monate der Strafe (insgesamt wohl 11) nicht mehr vollstreckt werden und weitere Strafverfahren gegen ihn wegen früherer Handlungen nach der Auslieferung nicht durchgeführt werden.

5. Vor allem aber ist es gelungen, einiges über die Rolle der BRD an der Seite des US-Imperialismus zu vermitteln. Und zwar nicht nur in Griechenland, sondern von dort rückwirkend auch in der deutschen Öffentlichkeit (z.B. das Papandreou-Interview im Spiegel).

6. Die griechische Öffentlichkeit wurde informiert:
über die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen in der BRD;
über die Zweifel an der offiziellen Version zum Tode von Holger Meins und Ulrike Meinhof;
über die Zerschlagung der Verteidigung in politischen Prozessen in der BRD;
über Repressionsmaßnahmen wie Durchsuchungen und Berufsverbote;
über die Arbeit und Funktion der Presse, die freiwillig vereinheitlicht, formiert über diese Tendenzen und Praktiken schweigt, verkürzt und unwahr berichtet, einheitlich kommentiert und damit staatstragend wirkt.

Auch zum Fall Pohle hatte nahezu ohne Ausnahme die gesamte veröffentlichte Meinung der BRD im Fernsehen, im Rundfunk und in der Presse von vorneherein ihr Urteil fertig und parat: die Pohle vorgeworfenen Taten waren für sie rein kriminell und hatten mit politisch nichts zu tun. Darüber konnte und durfte nicht mehr gestritten werden. Griechische Juristen, die da nicht mitmachen wollten, waren eben inkompetent.

Was die Verteidigung über die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD mitteilte, war falsch und stammte aus der Propagandaküche Baaders.

Jeder Deutsche, der da was anderes sagte, sei als eine Art „Nestbeschmutzer" zu verfolgen. So sollte der Berliner Generalstaatsanwalt Schulz von einem besonders eifrigen Rundfunkjournalisten dazu getrieben werden, Maßnahmen gegen einen der Rechtsanwälte zu ergreifen, die in Athen ausgesagt hatten.

Selbst dem Areopag wurde vor seiner Entscheidung vorgeworfen, er habe sich von der Verteidigung in eine Statistenrolle drängen lassen.

Die Griechen nahmen das alles erstaunt und immer mehr empört zur Kenntnis.
Es ist ihnen unverständlich, wie griechischen Professoren, die mehr in Deutschland als in Griechenland sind, oder wie dem Verteidiger von Pohle, Androulakis, der 3 Jahre als Assistent in Saarbrücken war, vorgeworfen werden kann, sie hätten keine Ahnung von deutschen Verhältnissen, nur weil sie Pohles Taten für politisch halten.

Sie lesen, daß in der Musterdemokratie BRD ein Informationsblatt beschlagnahmt und in polizeilichen Durchsuchungsaktionen gesucht wird, nur weil es u.a. die Erklärung von Pohle vor Gericht enthält, die in griechischen Tageszeitungen abgedruckt war.

So bedarf es bald der Information der deutschen Zeugen nicht mehr, um den Griechen den Zustand der deutschen Presse zu vermitteln.

Der Großteil der Oppostionsparteien hat sich inzwischen mit Pohle solidarisiert. Die Jugendverbände der Parteien, die den Asta an den Athener Universitäten stellen, planen Solidaritätsdemonstrationen.

Die griechische Linke ist am Fall Pohle mobilisiert. Sie wird unterstützt von einem Großteil der Presse.

„Die Diskussion über die Zustände in der BRD reißt Fronten auf unter Griechen. Sie nimmt Dimensionen an, die geeignet sind, die Regierungen zu beunruhigen," schreibt die FAZ am 25.9.

WAS IST TERRORISMUS?

Einigen Aufschluß über den ehrenwerten Zeugen Prof. Trifterer, Reisender in Sachen Rechtsstaatsverteidigung, gibt seine Befragung durch Rolf Pohle am 23.9.:

Pohle: Was ist Terrorismus?

Trifterer: Ein Verbrechen, das aus der Opposition zu den bestehenden Verhältnissen kommt. Um es zu analysieren, bräuchte ich eine halbe Stunde. Für Herrn Pohle vielleicht sehr wenig.

Pohle: Reden Sie über die Baader-Meinhof-Bande?

T.: Ich erinnere mich nicht über „Bande" gesprochen zu haben, sondern über die kriminelle Vereinigung Baader-Meinhof. Schließlich haben sie genug Gerichte unwiderruflich als kriminelle Vereinigung charakterisiert.

P.: Wieso war während der Kaiserzeit die Höchststrafe für ein solches Vergehen 1 Jahr?

T.: Weil während der Kaiserzeit dieses Gesetz einen anderen Sinn hatte. In diesem Begriff waren einige „enge" Verbrechen enthalten. Heute fällt hierunter noch das internationale Rauschmittelgesetz.

P.: Werden mit diesem Gesetz politische Verbrechen bestraft?

T.: Nein. . .

T. (etwas später): . . . Das organisierte Verbrechen findet seinen Ausdruck nicht nur in den Drogen und im Schwarzhandel mit Autos. Ein sehr wichtiger Kernpunkt ist darin der nationale und internationale Terrorismus, der Furcht erzeugt, Explosionen verübt mit Dynamit usw.

P.: Schließen Sie da auch den Präsident Nixon und das, was er in Vietnam getan hat, ein?

Vorsitzender: Hier brauchen wir nicht den Herrn Nixon. . .

Am 25.9. ging Pole nach ausführlicher Schilderung seiner Isolationshaft in Straubing auf die Haftbedingungen ein, die ihn bei seiner Auslieferung erwarten:

Es gibt keinerlei Hinweise dafür, daß ich bei einer Rückkehr in die deutschen Gefängnisse menschlich behandelt werde. Franz J. Strauß hat schon bekanntgegeben, daß uns gegenüber keine menschlichen Mittel am Platz seien, ähnlich sagts auch Herr Trifterer. . .

Wenn ich über die Gerechtigkeit der Herrschenden spreche, bedeutet das, daß für diese jeder Faschist ein politischer Gefangener ist und jeder Kommunist ein Bandit, Verbrecher und Terrorist ist. Wenn Sie wollen, können Sie ja meine Haftbedingungen in Deutschland mit denen von Joannidis und Papadopoulos vergleichen.

Die liberalen Feigenblätter dieser Reformfaschisten—Koalition waren bzw. sind die ehemaligen Antifaschisten Gustav Heinemann und Willy Brandt. Für was die CIA Willy Brandt hält, kann jedermann trotz der Zensurstreichungen in dem 1974 in den USA veröffentlichten Buch über die CIA nachlesen: Brandt wird dort als exemplarisches Beispiel dafür vorgeführt, wie die CIA einen Mann mit allen verfügbaren Mitteln des CIA „fördert", um eine Partei (die SPD) zu beherrschen.

...

Die Befreiungsmethode der Menschheit ist die internationale Solidarität, der Widerstand, der sich zum Volkskrieg, zum antiimperialistischen Krieg der Völker organisiert. Ein Beispiel dafür ist der Krieg der Menschheit für die Befreiung Indochinas. Das gesamte „sozialistische Lager" (in Anführungsstrichen deshalb, weil es jedenfalls solange keinen Sozialismus in einem oder anderen Ländern geben kann, wie der Imperialismus eine weltweit wirkende Kraft ist) unterstützte zumindest mit Waffen- und anderen Lieferungen den Befreiungskrieg. Kein US-Imperialistisch beherrschtes Land auf der Welt, in dem nicht militant und

militärisch die Basen des US-Imperialismus angegriffen wurden. Ohne diese internationale Solidarität, ohne diesen antiimperialistischen Krieg der Völker wäre Indochina heute US-imperialistisch beherrscht oder vernichtet.

Umgekehrt ist der Befreiungskrieg der Völker Indochinas selbst ein Beispiel internationaler Solidarität. Stellvertretend für alle Völker der Welt bekämpften sie erfolgreich die im Zeichen des „atomaren Pakts" entwickelte Terrorstrategie des US-Imperialismus, die „Dominotheorie", d.h. die exemplarische Vernichtung eines Volkes und Landes, um alle Völker vor Widerstand abzuschrecken. Ohne diese internationale Solidarität der Völker Indochinas gäbe es heute nicht in jedem US-imperialistisch beherrschten Land die Guerilla, d.h. den bewaffneten Volkswiderstand, den beginnenden oder entwickelten Volkskrieg.

Der Verwissenschaftlichung der Herrschaftsmethoden des Imperialismus setzt die Menschheit revolutionäre Energie und Phantasie entgegen. Z.B. das vietnamesische Volk, das trotz totaler US-Überwachung aller Bewegungen auf vietnamesischem Boden überraschend mit Panzern vor den Toren Saigons stand (die Panzerteile waren teilweise mit Fahrrädern dorthin gebracht und dann zusammengesetzt worden). Oder die Genossen der „Bewegung 2. Juni" sie konnten auf dem Höhepunkt des Berliner Wahlkampfrituals der Reformfaschisten eine dafür unentbehrliche Person verstecken und so fünf antiimperialistische Kämpfer befreien.

...

Bei den Blutbädern, die der Papiertiger-Imperialismus vor seinem entgültigen Abtritt von der Weltgeschichte überall anrichtet, unterscheidet er nicht zwischen Unschuldigen und ‚Schuldigen'. In seiner konterrevolutionären Propaganda auch nicht: alle Opfer revolutionärer Gewalt sind „unschuldig". Diese imperialistische Logik ist richtig. Es gibt keine „Schuld", also auch keine „(un-)schuldigen". Es gibt auch keine „Unbeteiligten". Wir leben alle auf Kosten der Menschen, die in der 3. Welt täglich verhungern. Dagegen gibt es die Verantwortung jedes Menschen in der Welt, mit allen Mitteln den Hunger und den täglichen Massenmord so schnell wie möglich zu stoppen. Und das heißt an erster Stelle: den US-Imperialismus zu vernichten. "

Bewaffneter Widerstand gegen den Imperialismus

Abschließend Auszüge aus Pohles politischer Erklärung vor den griechischen Richtern, über die — im Gegensatz zur deutschen — die griechische Presse ausführlich berichtete.

„Wir leben im 3. Weltkrieg. Es ist der Krieg des US-Imperialismus gegen die Menschheit. Es ist der Krieg einer kleinen radikalen Minderheit und ihrer Söldner gegen die Völker der Welt Es ist der Krieg einer sich zunehmend internationalisierenden Weltbourgeoisie — der Kennedy-Onassis oder wie sie alle heißen — gegen die Weltarbeiterklasse, das Weltproletariat. Ziel des Imperialismus ist, die Beherrschung der Welt, um weiter auf Kosten der übrigen Menschheit leben zu können.

...

Damit wir das alles nicht wahrhaben können, oft nicht einmal wahrhaben wollen, dafür hat der verwissenschaftlichte Imperialismus, d.h. der Neokolonianismus, d.h. der Reformfaschismus, Milliarden von Dollars und Millionen von Wissenschaftssöldnern, von Journalistensöldnern an die Front der psychologischen Kriegsführung geschickt. Das System der „Rationalität im kleinen, Irrationalität im großen" soll in den Köpfen der Menschheit so verankert sein, daß sie gar nicht daran zu denken wagen, für wen sie arbeiten, leben und sterben müssen — für die Imperialisten. Deren „totale" Herrschaft über unser Bewußtsein soll schon den Gedanken an eine Welt ausradieren, in der niemand auf Kosten anderer zu überleben gezwungen ist.

Unser Hauptfeind ist die herrschende Clique in den USA. Sie hat in Westdeutschland ihre Hauptstützpunkte. Hier sind die größte CIA-Niederlassung, das größte US-Truppenkontingent (über 200.000 Soldaten), das größte US-Atom- und „konventionelle" Waffenarsenal außerhalb der USA. Hier sind die größten US-Kapitalinvestitionen der Welt. Westdeutschland ist der US-Subimperialist in Europa, so, wie Iran im Nahen Osten, Japan in Asien, Brasilien im Lateinamerika.

...

Nach den USA ist Westdeutschland der zweitgrößte Kapitalinvestor, „Handelspartner", Offiziers- und Polizistenausbilder, Propagandist des Kolonialismus, des Rassismus, des Faschismus in aller Welt. Nicht zufällig treffen sich Kissinger, Genscher und Vorster in Westdeutschland, um Kriegsrat gegen den Befreiungskampf in Afrika zu halten.

Nicht zufällig ist es Kanzler Schmidt, der dem italienischen Volk (und allen anderen Völkern der Welt) mit einem neuen Chile droht, falls sie sich nur mit dem Stimmzettel — gewaltlos — vom Imperialismus befreien wollen.

...

Die herrschende Clique in Westdeutschland ist die Große Koalition der Reformfaschisten. Sie umfaßt neben der Führung von SPD, CDU/CSU und FDP eine in der Tradition der Kaiserzeit des 19. Jahrhunderts und des Hitlerfaschismus gehaltene, durch die US-Imperialisten „umerzogene" Bürokratie in Militär, Polizei und Justiz, die Wirtschaftsbosse, die Führung der Gewerkschaften und Kirchen. Ihre Repräsentanten sind Alt-Nazi-Propagandist Kiesinger oder Alt-Nazi-Offizier Helmut Schmidt. Schmidt noch 1973 wörtlich in einem Interview mit dem „stern": Was mir in meinem bisherigen Leben am meisten imponiert hat, das war die Solidarität der Generäle der (Nazi-)Wehrmacht."

PRINZIP WILLKÜR UND EIN PROZESS, DER NICHT ZUENDE GEHEN WILL

MARBURG (ID)
6. Oktober

Während des Gerangels um die Amtsenthebung des Marburger Asta kam es am 18. Mai dieses Jahres zu einer spontanen Aktion: das Verwaltungsgebäude der Uni wurde besetzt. Noch während der Aktion distanzierte sich der MSHB (MSB und SBH bilden den Marburger Asta).

Die zahlenmäßig nicht übermäßig stark vertretenen Staatsorgane reagierten unsicher. Drohung mit Chemical Mace, Fotographieren oder willkürliche Festnahmen. Aus einer isoliert stehenden Gruppe wurden zwei Genossen herausgegriffen und erkennungsdienstlich behandelt.

In den Semesterferien kam es dann zum Prozeß vor dem Amtsgericht. Angeklagt: Hans-Werner Schreiner und Jürgen Buckel wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Körperverletzung.

1. Prozeßtag: (4.10.)
Nur ca. 30 von 150 Genossen fanden Platz im Zuhörerraum. Antrag der RAs Bodenhausen und Steinmeier auf größeren Saal abgelehnt. Daraufhin Sprechchöre. Ein vom Richter ausgewählter Genosse wurde zu DM 100 Ordnungsstrafe verurteilt. Das Geld war schnell gesammelt.

2. Prozeßtag (5.10.):
Da die Presse in Gestalt der OP (Oberhessische Presse) ihn am ersten Tag nicht allzu gut wegkommen ließ, beschwerte sich der Richter auf dem Flur beim verantwortlichen Reporter über die fehlende Unterstützung. Die Beweisaufnahme ging schleppend voran. Für lautes Lachen auf den Zuhörerbänken gab es eine Verwarnung.

3. Prozeßtag (6.10.):
Am Vormittag wiederum Zwischenrufe und Lachen, ein willkürlich herausgegriffner Genosse wurde sofort für 3 Tage in staatlichen Gewahrsam genommen. Die Zahlung einer ersatzweisen Geldstrafe war nicht möglich. Über Mittag beteiligten sich an einer Demo zum Amtsgericht gegen die 3 Tage Ordnungshaft ca. 150 Leute. Zum Nachmittagstermin wurden alle Zuhörer von Bullen gefilzt — ohne richterliche Zustimmung, wie der Richter später zugab.

Die Sprechchöre der draußen verbliebenen Genossen wurden als „Terror auf der Straße" bezeichnet.

Den 8 Belastungszeugen hatte man 2 Entlastungszeugen entgegenzusetzen. Da diese beiden sich nun noch im Urlaub befinden, wurde der Prozeß unterbrochen. Da zweifelhaft ist, ob sie innerhalb der nächsten Tage kommen, wird wohl der Prozeß im Semester neu beginnen müssen.

Schlußpointe: Nachdem die Befangenheitsanträge der Rechtsanwälte stets abgelehnt worden waren, überraschte nun der unbefangene Richter: „ Ich will mal in den nächsten Tagen überdenken, ob ich nicht doch befangen bin."

EIN TYPISCHES GESINNUNGSURTEIL

MARBURG (ID)
12. Oktober

Am 11.10. 76 fand in Marburg ein Prozeß gegen eine KSVlerin statt. Auf einer Sitzung des Aktionsbündnisses (= alle nicht-revisionistischen Gruppen außer dem KSV) verschiedener linker Gruppen der Universität Marburg entdeckten die Genossen einen ihnen bekannten FAZ-Reporter in ihrer Mitten. Sie warfen ihn kurzerhand raus, wobei anscheinend einige seiner Arbeitsunterlagen verschütt gingen. Daraufhin erstattete der Journalist Anzeige wegen Diebstahls, aber nicht gegen Unbekannt, sondern gegen eine Frau, die ihm wegen eines viel weiter zurückliegenden Vorfalls in Erinnerung geblieben war: seit dem Engels-Konflikt in Frankfurt, Anfang 1974 (s. ID 19,20,21, 22). In einem kurzen Prozeß am 11.10.76 wurde sie ohne Beweise, Zeugen wurden erst gar nicht gehört, nur aufgrund der frei erfundenen Belastungen des Reporters zu 9 Monaten Knast mit 2 Jahren Bewährung verurteilt.

RAUMVERBOT FÜR STUDIENBERATUNG

GIESSEN (ID)
4. Oktober

Universitätspräsident Meimberg hat der Studentenschaft Räume für die Beratung von Studienanfängern im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften verweigert. Die studentische Vertretung im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften beantragte 'die Räume für zwei Tage in der Woche, jeweils dreieinhalb Stunden.

Dies gehöre, so erklärte der ASTA-Vorsitzende, nicht nur zur Aufgabe der Studentenschaft, sondern vielmehr zu ihrer in § 27 Abs.3 Hess.Hochschulgesetz festgelegten Pflicht. Dort heißt es: "Die Fachschaften sollen zur Förderung aller Studienangelegenheiten beitragen."

Gerade im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist die Lage besonders problematisch: Ungewöhnlich viele Studienabbrecher, extrem hohe Durchfallquoten in der Zwischenprüfung und im Diplom kennzeichnen die Studiensituation. Eine Fragebogenaktion des Fachschaftsvorstandes hatte ergeben, daß die überwiegende Mehrheit der Erstsemester die Studienberatung des Fachbereiches als ungenügend empfindet: Die Sprechstunden der Hochschullehrer sind häufig nicht besetzt und eine vorlesungsähnliche Plenarveranstaltung reicht nicht aus, um die Desorientierung der Studienanfänger abzubauen.

Trotzdem verweigert der Uni Präsident die Räume, weil seiner Meinung nach nur die Hochschullehrer eine "fachkompetente und verantwortungsbewußte Studienberatung" durchführen können. Außerdem wird behauptet, daß durch die Studienberatung der Fachschaft die "Freiheit von Forschung und Lehre" in Gefahr gerate.

Daß die Studienberatung ein Teil der "Lehre" sein soll, die nur Hochschullehrern zusteht, ist vollkommen aus der Luft gegriffen, und daß dadurch die Freiheit der Hochschullehrer in Gefahr gerate, grenzt ans Groteske. " Wir sehen in diesem Raumverbot" so der ASTA-Vorsitzende, "den Versuch, die Existenz der Studentenschaft als eigenständig verfaßte Körperschaft auszuhöhlen." Die Studentenschaft wird dieser Politik der Raumverbote ihren Widerstand entgegensetzen. Die Studienberatung der Fachschaft Wirtschaftswissenschaft findet auch in diesem Jahr statt.

BERUFSVERBOT FÜR MEDIZINER

WESTBERLIN (ID)
2. Oktober

Die Verwaltung des Rudolf Virchow-Krankenhauses (RVK) im Wedding verweigerte zwei Medizinstudenten, Detlef und Claus, die Einstellung als Medizinalassistenten. Obwohl die jeweiligen Chefärzte schon ihre Zusage gegeben hatten, dürfen die beiden ihre Ausbildung nicht beenden. Die Begründung für die Ablehnung: Kandidaturen in Uni-Gremien, einmal auf der Liste des KSV, dann die Liste „Freie politische Betätigung" und Mitgliedschaft in der „Liga gegen den Imperialismus."

Schon im letzten Herbst hatten sich ca. 30 bis 40 Medizinstudenten in der Initiative gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse zusammengeschlossen. Die meisten sind Unorganisierte, doch es arbeiten auch Genossen vom KSV, KSB-ML, KHG mit. Unter den Medizinstudenten sammeltedie Initiative über 600 Unterschriften (nach vielen Gesprächen), die dem RVK-Verwaltungsdirektor übergeben werden sollten. Als 200 Medizinstudenten vor dem Krankenhaus ankamen, wurde das Kliniksportal verriegelt, Polizisten marschierten auf, und nicht einmal Patienten durften hinein. Nach vielem Hin und Her kamen dann einige durch den Hintereingang doch noch in die Klinik, wo sie vom Verwaltungsdirektor vergeblich eine Stellungnahme forderten.

Detlef und Claus haben wohlweislich an dem Protestzug nicht teilgenommen, was aber die Verwaltung nicht daran hinderte, ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch anzuhängen.

Wir treffen uns jeden Freitag, 17 Uhr, im Klinikum Steglitz am Studenteneingang. Am 13. Oktober soll der erste Prozeßtermin beim Arbeitsgericht sein, gegen Claus Meier. Ort: Arbeitsgericht Lützowstr. 106, Saal 619, Zeit: Mittwoch, 13.10. um 10 Uhr.

DAS SCHÖNEBERGER JUNGARBEITER-UND SCHÜLERZENTRUM INFORMIERT

BERLIN (INFO BUG/ID)
11. Oktober

„ In der Nacht vom 6. zum 7.10.76 ist das SJSZ abgebrannt. Es ist fast alles zerstört worden, so daß eine weitere Arbeit im Zentrum nicht mehr möglich ist. Wie aus der Stellungnahme vom Bezirksamt in der Springerpresse bekannt wurde , sind uns neue Räume zugesagt worden, von denen wir allerdings noch nichts gesehen haben. Es ist klar, daß das Bezirksamt unsere jetzige Situation ausnutzt. Seit einem halben Jahr ist bekannt, daß unsere Räume für den Parkplatz einer Kita abgerissen werden sollen. Als Alternative sollten wir 2 - 3 Zimmer große Ladenwohnungen bekommen. Jetzt nach einem halben Jahr, wo das Zentrum abgebrannt ist, denken sie, daß sie uns mit leeren Versprechungen hinhalten können und uns in anderen staatlichen Jugendfreizeitheimen eingliedern können. Sie denken, sie können uns auf eine bequeme Art und Weise loswerden. Aber 4 1/2 Jahre Selbstverwaltung lassen sich nicht so einfach kaputtmachen. Die Zermürbungstaktik vom Bezirksamt hat dazu beigetragen, daß wir als Gruppe immer weniger geworden sind. Diese Taktik wird nicht erst seit kurzem, sondern schon solange das Projekt besteht, angewendet Ihre Schikanen

waren primitiv und im großen und ganzen zwecklos. Wir haben auch ohne Geld und in kalten Räumen was gemacht. Aber in letzter Zeit hat die ganze Situation so gefrustet, daß man (frau) lieber in die Kneipe ging oder seine Probleme mit sich selbst ausgetragen hat.

Darunter hat die Arbeit im Zentrum aber gelitten. Vor kurzem haben wir uns dann alle getroffen und uns war klar, daß wir weitermachen. Jetzt nach dem Brand ist uns klar, daß wir in anderen Räumen weitermachen werden. Deshalb fordern wir vom Bezirksamt: Ersatzräume, die den alten entsprechen. Wir fordern diese Räume sofort und nicht am St. Nimmerleinstag. WIr fordern mehr Geld fürs SJSZ, denn DM 3.500,- sind der Hohn. Wenn wir das Geforderte nicht in kürzester Zeit bekommen, werden wir es uns holen.

Am Donnerstag, den 14.10.76 haben wir im Drugstore die erste Verhandlung mit dem Bezirksamt wozu wir auch die bürgerliche Presse eingeladen haben.

Unterstützt uns im Kampf gegen das Bezirksamt zur Durchsetzung unserer Forderungen.

Da wir nicht warten wollen, bis das Bezirksamt uns Räume anbietet, suchen wir auch selber welche. Falls jemand in unserer Gegend welche kennt, die eventuell geeignet sind, meldet sich bitte bei:

Neusser — Telefon: 781 1725
Leberstr. 9 — 1 Bln 62 "

EIN UMBAU MIT FOLGEN ?

SCHORNDORF (ID)
5. Oktober

Das Jugendzentrum Hammerschlag wird schon seit über vier Jahren in Selbstverwaltung betrieben. In all diesen Jahren drängten die Jugendlichen auf einen notwendigen Umbau des Zentrums. Doch alle Appelle an die Stadtverwaltung fruchteten nichts. Während der Sommerferien allerdings kamen Gerüchte auf, daß mit dem Umbau sofort begonnen werde, was auf Anfrage dann auch bestätigt wurde. Es besteht allerdings die berechtigte Sorge, daß die Stadt mit dem Umbau des Jugendzentrums am Modell Selbstverwaltung rumpfuschen wird. Dazu Jugendliche aus Schorndorf:

„Die Dinge liegen nun folgendermaßen:

1. Ab Mitte Oktober wird der Hammerschlag für fünf Monate dichtgemacht, obwohl nach Aussage von Baufachleuten so umgebaut werden könnte, daß der Schlag teilweise offenbleiben könnte. Der Verwaltungsausschuß der Stadt Schorndorf lehnt dies jedoch aus Haftungsgründen ab, obwohl gerade im Winter das JZ dringend offen sein müßte.

2. Von uns aus dem Jugendzentrum hat niemand Einblick in die Umbaupläne, wir sollen auch keinen bekommen. Räumliche Vorstellungen, die in den letzten Jahren beim Betrieb von uns entwikkelt wurden werden wahrscheinlich nicht berücksichtigt. Wir sollen mal 'nen Brief schreiben, hieß es.

3. Obwohl wir uns bereiterklärten, Malerarbeiten in Höhe von 30.000 Mark wie se her selbst zu machen, wurde dies vom Verwaltungsausschuß abgelehnt mit der Begründung, man wolle eine Firma, da diese regreßpflichtig gemacht werden kann, wenn sie pfuscht. (Wenn man hört, daß die Stadt Schorndorf 6.000 Mark für Sprachförderung von Ausländerkindern nicht bewilligt, aber hier 30.000 Mark zum Fenster rauswirft, muß einem schlechtwerden.)

Über diese Punkte entscheidet der Gemeinderat am 7. Oktober Falls eine Schließung beschlossen wird, müssen wir damit rechnen, daß gegen unseren Willen eine Satzung verabschiedet und ein Sozialarbeiter eingestellt wird. Damit wäre jedoch unsere sechsjährige Arbeit vernichtet.'

SEMESTERANFANG MIT MUSIK

KIEL (ID)
9. Oktober

Gestern begann das Wintersemester an der Fachhochschule für Sozialwesen in Kiel traditionsgemäß mit einer Semestereröffnungsveranstaltung. Normalerweise hält der Dekan und ein studentischer Vertreter je eine Rede, gestern gab es jedoch auch Musik. WIr hatten uns nämlich gedacht daß zu einer richtigen Eröffnung auch Musik gehört. So sangen wir zu Gitarren- und Geigenbegleitung drei selbstgeschriebene Lieder über das Studieren an der FHS in Kiel.

Anfangs hatten wir befürchtet, mit dieser Aktion auf mehr oder weniger Verständnislosigkeit zu stoßen. Das Gegenteil war dann der Fall. Schon als wir mit unseren Instrumenten nach vorne gingen, gab es Beifall-noch mehr, nachdem wir gespielt hatten.

Ich kann mir vorstellen, daß manche Genossen — besonders in Gegenden, wo es nur wenige Undogmatische, Spontis u.a. gibt — ähnliche Befürchtungen haben, alternative Ideen zu verwirklichen. Daher dieser kleine Bericht mit der Aufforderung: nur zu, Freunde!

Die Lieder selbst spiegeln meine Erfahrungen in Kiel wieder. Aber sicherlich ist die Situation an anderen Hochsculen und Unis ähnlich und sicherlich sind die Erfahrungen nicht nur subjektiv

Hier ein Beispiel aus dem „Erstsemesterlied":

erst einmal reinriechen, sagst du dir
erst einmal schauen, wie läuft der laden hier

was zu tun, dafür ist später immer noch zeit
und wenn es dir allzu sehr stinkt, bist du auch bereit
dich zu engagieren und gegenan zu gehen
wartet nur leute, ihr werdet's schon sehen

doch mach dich auf eines gefaßt
viel eher als du denkst
bist du schon angepasst
denn zu schlucken, daran gewöhnt man sich leicht
viele kennen das schon
schau nur die vielen abgefuckten leut
stichwort resignation

wie's auf der schule hier so läuft
davon bist du sicher gar nicht entzückt
und so meinst du fürs erste wär's wohl das beste
du ziehst dich ins privatleben zurück
und sagst dir wenn du erst mal fertig bist
in ein paar jahren irgendwann
dann machst du politisch ordentlich einen los
dann fängst du richtig an.

Das „ Lied vom Lernen" hat diesen Refrain:

Nächtelang büffeln und all der stress, nur für ne gute zensur, wofür?
total ausgeflippt und völlig fertig am tag von prüfung und klausur
na hört mal her, ihr da oben, das ist doch wohl gegen die menschliche natur
daten und fakten und all die theorien die mögen ja ganz wichtig sein
doch alles so praxisfern wie hier, ich frag mich, was bringt das ein
und was haben die leute, die ich später mal betreuen will, schon davon
wenn ich diese schule verlassen, als ein verkorkstes lexikon.

TERMINE DER VERANSTALTUNGEN GEGEN DIE TODESURTEILE IN IRLAND

OBERURSEL (ID)
13. Oktober

Ab 18. 10. finden in mehreren Städten der BRD Veranstaltungen gegen die Todesurteile in Irland statt. Auf den Veranstaltungen spricht John McGuffin, Belfast, Mitglied des Murray Defense Committee und Autor der bekannten Bücher 'Internment" und „Guineapigs".'

Die ersten Termine lauten wie folgt: 18. 10. Frankfurt, 19.30 Uhr, Hörsaal 1, Universität. 19.10. Heidelberg, 20.10. Wiesbaden, 21.10. Tübingen, 22.10. evtl Hamburg. Die genannten Veranstaltungsorte sind erfahrbar unter Tel.: 06171/73212. Wer weitere Veranstaltungen mit McGoffin machen will, soll sich ebenfalls sofort an diese Tel.Nr. we nden.

PREISERHÖHUNGEN 1977 – BRIEF AN DIE LINKE

WESTBERLIN (ID) 12. Oktober In einem offenen Brief fordern Fahrpreisgruppen die Westberliner Linke auf, sich schon frühzeitig Gedanken über Wiederstandsformen gegen zukün tig zu erwartende Preiserhöhungen zu machen.

„1977 sind wie überall schon angekündigt, Miet-, Gas-, Lebensmittel-, Fahrpreiserhöhungen zu erwarten. Der Senat kündigt Fahrpreiserhöhungen für den 1. Oktober 1977 um 30 % (zukünftiger Fahrpreis: 1,30 DM)an. Der TErmin wurde nicht zufällig gewählt zu diesem Zeitpunkt sind Schul- und Semesterferien, die Urlaubswelle. Man kann also auch mit aller Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß Schüler, Auszubildende und Studenten diesmal auch von der Erhöhung betroffen sind.

Unsere Antwort auf die periodisch wiederkehrenden Preiserhöhungen, kann nur ein breit angelegter Widerstand sein. Der Kampf – jetzt – gegen die Preiserhöhungen im nächsten Jahr, muß zum Kampf werden gegen die Preiserhöhungen der Zukunft. Der Widerstand in den letzten Jahren gegen die Preiserhöhungen in der BRD und Westberlin richtete sich in erster Linie gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die letzten Fahrpreiserhöhungen in Westberlin haben gezeigt, daß kurzfristig angelegte Kampagnen nicht zu Erfolgen führen. Sie zeichneten sich vor allen Dingen durch militärische Einzelaktionen (Atuomaten entwerten, Kartenklau, Kartennachdruck, Brandsätze) aus. Diess führte zu einer Isolation in der Bevölkerung, so erschienen auf Protestdemonstrationen maximal 2.000 Personen.

Deshalb:
Überall, wo Basisaktivitäten laufen,müssen sich Fahrpreisgruppen bilden. Neben direkten (technischen) Aktionen ist es vor allem wichtig, offen den Kampf in seinem Arbeits+Wohnbereich und auf der Straße zu führen. Sind etwa Straßenbahnkundgebungen, Strassentheater, offene Malaktionen, Rote-Punkt-Aktionen, Flugblattverteilen und Unterschriftensammlungen für die Linke tabu?

Aus den Fehlern lernen! Fahrpreiskomitees jetzt und überall!

"Berliner Fahrpreisgruppen''

INTERNATIONALES

17 TOTE BEI DER POLNISCHEN JUNI-REVOLTE IN RADOM

POLEN (LIBE/ID) 20. Juli Vorbemerkung: Informationen über die Ereignisse in Polen sind rar und die polnische Regierung unternimmt alles, um ja nichts ans Licht kommen zu lassen. Um ein bißchen klarer zu sehen, übernehmen wir einen Augenzeugenbericht der Liberation vom 20. Juli von einer Person, die an dem Aufstand in Radom (120 km südlich von Warschau) teilgenommen hat. Der Text hat Liberation auf Umwegen erreicht, und es ist aus verständlichen Gründen nicht möglich, den Verfasser anzugeben. Nach Angaben von Liberation ist der Verfasser einige Tage nach dem Aufstand aus Radom nach Warschau gekommen, um diesen Augenzeugenbericht niederzuschreiben. Eine andere Person hat diesen Text vor der Abreise in ein westeuropäisches Land dann auswendig gelernt und Liberation übermittelt.
(Zu den Ereignissen in Gdansk: ID 140/41)

„Am 25. Juni fängt morgens in allen Fabriken von Radom der Streik an. Die Arbeiter der Waffenfabrik Walther machen sich auf die Suche nach Waffen,müssen aber feststellen, daß das Waffenarsenal leer ist. Um 9 Uhr gehen die Walther-Arbeiter mit Fahnen und die Internationale singend auf die Straße. Alle anderen Fabriken der Stadt schließen sich ihnen an.

Der Demonstrationszug zieht zum Sitz des regionalen Parteikomitees. Der Erste Sekretär der Region Prokopuik weigert sich, daß Gebäude zu verlassen. Sein Stellvertreter, der Zweite Sekretär Adamczyk entschließt sich, den Demonstranten entgegenzutreten. Allerdings nur mit der Erklärung, daß er mit dem „Pöbel"nicht reden wolle. Angesichts der spürbaren Erregung, die seine Worte hervorrufen, ändert Adamczyk den Ton und erklärt sich bereit, eine Delegation der Arbeiter zu empfangen. Daraufhin tritt eine Frau mit einem Kind an der Hand aus der Menge und widerspricht diesem Angebot:"Dann würdet ihr genau wissen, wen ihr verhaften müßt". sagt sie. Man habe sie aufgefordert, zu erzählen, daß sie 2.200 Zloty im Monat verdiene, ein Betrag, der kaum ausreiche, den kleinen Bengel zu ernähren. Außerdem sei sie an der Höhe des Gehalts des Zweiten Sekretärs Adamczyk interessiert. Statt darauf zu antworten, fragt Adamczyk zurück, warum sie denn mit dem Kind hergekommen sei, das ihr doch angeblich solche Sorgen mache. Wutentbrannt stürzt sich die Frau auf den Genossen Adamczyk.

Ein Arbeiter zeigt danach seinen Arbeitsanzug und sagt, daß er davon nur einen im Jahr bekäme, obwohl er Anspruch auf vier davon hätte. Er wendet sich dem Zweiten Sekretär Adamczyk zu und will von ihm wissen, wie teuer denn dessen Anzug gewesen sei. Weil er keine Antwort erhält, antwortet der Arbeiter selbst: „So um die sechstausend Zloty...." In der Menge hört man nun Rufe wie:„Runter damit! Ausziehen!'" Nur noch mit seiner Unterwäsche bekleidet entflieht Adamczyk unter dem Steinhagel der Menge auf das Parteigebäude zu. Er stürzt. Nach unbestätigten Gerüchten soll er später eine Herzattacke bekommen haben.

Dann stürmt die Menge das regionale Parteikomitee. Sie schlägt Tür und Fenster ein, einige Arbeiter dringen auf einem mit Benzin übergossenen Traktor in das Innere vor. Teppiche, Möbel und reichlich Lebensmittel aus der Kantine werden auf die Straße geworfen. Das Feuer greift um sich. Gegen Abend sind zwei Stockwerke ausgebrannt, nur das dritte ist unversehrt. Die Hauswände werden mit Parolen bemalt, wie: „Nieder mit der Partei der Verräter!" In den Nachbarstraßen zünden Arbeiter Feuer an und verbrennen ihre Parteimitgliedsbücher.

Fahrzeuge der Polizei und der Sicherheitspolizei werden auch in Brand gesetzt. Ein Polizist verbrennt bei lebendigem Leibe, weil er keine Zeit mehr hat, aus dem Wagen zu springen. Ein anderer wird bis an die Stadtgrenze verfolgt und mit seinem eigenen Gummiknüppel verprügelt. Die Revolte ergreift nach und nach die ganze Stadt. Gegen Mittag entstehen in Radom viele Barrikaden. Feuerwehrautos werden festgehalten, die auf dem Weg zu dem in Flammen stehenden Gebäude des Regionalkomitees sind. Die Feuerwehrautos werden in Barrikaden verwandelt. Die Menge konfisziert einen Tankwagen, läßt das Benzin aus- und eine der Hauptstraßen hinunterlaufen und zündet es an. Der Tanklastwagen selber mit dem Rest-Benzin, das noch drin ist, wird in einem nahegelegenen Park versteckt, wohl, weil man einen Überfall der Armee befürchtet.

Von den massenhaft in der Stadt herumfahrenden Militärstreifen greift eine ein. Zur selben Zeit richtet die Regierung eine Luftbrücke ein, um Ordnungskräfte einzufliegen. Zirka dreißig Flugzeuge bringen Waffen (Tränengaskanonen, Granaten, Mannschaftswagen) und Soldaten, Polizeiregimenter, Sicherheitspolizei und Stoßtrupps (sogenannte „Goledzinows") greifen in die Kämpfe ein, die mittlerweile in der ganzen Stadt toben. Die letztgenannten Stoßtrupps stürzen sich mit besonderer Gewalttätigkeit auf die Menge.

Neben Tränengas setzt die Polizei Brandgranaten ein, die oft durch die Fenster in Wohnungen geschossen werden. Die Gummiknüppel sind besonders lang (85 cm). Gegen 17 Uhr beginnt die Plünderung von Geschäften (Anstiftung durch die Polizei ist nicht ganz ausgeschlossen). Hubschrauber fliegen über der Stadt und machen Bilder von der Menge. Irgendwann nehmen die Krankenhäuser keine Verletzten mehr auf, sei es, weil sie tatsächlich überbelegt sind, sei es auf Befehl der Regierung. Gegen 23 Uhr fällt die Stadt, die den ganzen Tag über in den Händen der Arbeiter war.

Die ganze Nacht über bemühen sich freiwillige, von wer weiß woher geholte Arbeitsbrigaden, die Schäden zu beseitigen. Am nächsten Morgen sind nur noch wenige Spuren zu sehen.

Die Opfer der Kämpfe, 17 Menschen, sind wahrscheinlich in der Nacht noch in einem Gemeinschaftsgrab begraben worden. Bekannt davon ist eine schwangere Frau, ein Kind, ein junger Arzt.

Es gibt auch später noch ein Todesopfer: ein paar Tage darauf wird in der Nähe einer Landstraße die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der bei dem Aufstand verhaftet worden war.

Auf der Seite der Ordnungskräfte hat es 75 Verletzte gegeben, acht davon schwer. Verletzt durch Messerstiche, Axthiebe und Steine. Schon am 25. Juni fingen Massenverhaftungen an; die Wirkung davon ist immer noch sichtbar, die Stadt wirkt wie verlassen.

Am 26. Juni werden Spezialgerichte gebildet aus einem Richter, einem Protokollführer und einem Zeugen der Polizei, der die Anklage mit Material versorgt. Die Strafen gehen bis zu zehn Jahren Gefängnis.

Es werden auch noch fünf Schnellgerichte eingerichtet. Davon verhängt jedes etwa 700 Ordnungsstrafen pro Tag, die von drei Monaten Gefängnis bis zu 5.000 Zloty reichen.

POLEN : EIN URTEIL GEGEN DIE AUFSTÄNDISCHEN VON URSUS

POLEN (LIBE/ID)
19. Juli

Der Prozeß gegen sieben an den Aktionen gegen die Preiserhöhungen in Ursus beteiligten Arbeiter der dortigen Werkzeugmaschinenfabrik fand an zwei Tagen (16./17 Juli) statt. Der Staatsanwalt forderte Gefängnisstrafen zwischen drei und sechs Jahren gegen die „Schuldigen", weil sie „die Schienen einer Eisenbahnlinie losgeschraubt, damit den Eisenbahnverkehr behindert und das Entgleisen einer elektrischen Lokomotive verursacht hätten und außerdem den Lokführer bedroht" hätten. Darauf kam die Verteidigung zu Wort, von deren Plädoyers ist jedoch nichts durchgesickert.

Zuvor hatte das Gericht beschlossen, die sieben Arbeiter nur nach dem Paragraf 220 des polnischen Strafgesetzbuches (Beschädigung von Transportmaterial und Nachrichtenverbindungen), nicht aber auch noch nach Paragraf 127 (Sabotage) anzuklagen. Eine Anklage nach § 127 hätte wesentlich härtere Strafen bedeutet, Das Warschauer Gericht hat damit, verglichen mit dem, was ursprünglich der Hau ankläger gefordert hatte — ein Zeichen von „Milde" gegenüber den Streikenden gesetzt. Nichtsdestotrotz sind Gefängnisstrafen von drei bis sechs Jahres für Beteiligung an einem Streik zu hart, weshalb die sieben Verurteilten sich entschlossen haben, in die Berufung zu gehen. Eine ganze Anzahl von Anwälten, die der liberalen Intelligenz angehören, die sich mit den Streikenden der Revolte vom 25. Juni solidarisiert hatten, hat den Wunsch geäußert, die Verurteilten in der Revision zu vertreten. Diese Anwälte werden auf jeden Fall Gelegenheit haben, die Verteidigung von weiteren "Rädelsführern" zu übernehmen. Man spricht schon von einem nächsten Prozeß gegen 19 Arbeiter aus Ursus, die Anklage soll sich hierbei auf Fotos stützen, die die Miliz (man höre und staune!) vom Hubschrauber aus während der Demonstrationen vom 25. Juni aufgenommen haben soll (vergl. auch ID 140/141: In Gdansk spielten bei den Prozessen solche Hubschrauber-Fotos eine ebensogroße Rolle)

ARENA-BESETZUNG AUFGEHOBEN

WIEN (ID)
13. Oktober

Ein Vierteljahr lang konnte sich im ansonsten verschlafenen Wien eine Mischung aus Woodstock, Mai 68, Christiania und Wyhl entwickeln: auf dem riesigen und guterhaltenen ehemaligen Auslandsschlachthof „Arena" (siehe auch ID 135). Die vielfältigen politischen und kulturellen Initiativen, die dort in Selbstverwaltung entstanden, müssen nun einem Modezentrum weichen, nachdem die Gemeinde Wien einem Verkauf zugestimmt hat. Gegen diesen Beschluß organisierten die Besatzer eine Demonstration am 6. Oktober; auf einen großen Abschiedsfest kamen noch einmal alle Gruppen zu Wort. Drei Tage nach der freiwilligen Aufhebung der Besetzung am 12. Oktober, begannen die Abbrucharbeiten.

Vorausgegangen war ein Trommelfeuer von Polizei und Presse gegen die Arena-Leute. So wurden oftmals bis zu 20 Personen pro Tag unter fadenscheinigen Begründungen festgenommen. Weil auf Asphaltgrund ein Lagerfeuer gezündet wurde, bekamen die Verantwortlichen eine Geldstrafe von 60 000 Mark aufgebrummt.

Die Arena-Besetzer treffen sich jedoch auch nach dem Verlust ihrer Räume weiter und machen dezentrale Veranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen. Eine neue Besetzung ist geplant, wenn die Gemeinde keinen geeigneten Ersatz für die Arena bereitstellt.

Zur Situation beim Ende der Arena-Besetzung zitieren wir aus Flugblättern:

„Über drei Monate lang haben wir gezeigt, was Kultur sein kann: nicht nur zu konsumieren, sondern gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam die Probleme, die ständig auftauchen, zu lösen. 70.000 Unterschriften, Tausende, die in der Arena aktiv wurden, breite Unterstützung aus dem In- und Ausland waren die Bestätigung, wie notwendig es ist, ein Zentrum in Selbstverwaltung nach eigenen Interessen und Bedürfnissen aufzubauen.

DIE GEMEINDE WIEN HAT GEZEIGT, WAS IHR SOLCHE INITIATIVEN WERT SIND

* 34 Millionen beträgt der Wert der Gebäude, die jetzt vernichtet werden.
* Einige hunderttausend Schilling wurden ausgegeben , damit uns der Strom abgeschaltet werden konnte. Es mußten Notstromleitungen in der Umgebung verlegt werden.
* Täglich Polizeieinsätze mit Dutzenden Festgenommenen, offene Gewalttätigkeit der Polizei, Verwaltungsstrafverfahren im Ausmaß von hunderttausenden Schilling, Verleumdungskampagnen waren die Beiträge der Gemeinde zur „Unterstützung des Arena-Gedankens".

Das alles, um Profitinteressen eines Textilgroßhändlers gegen die Interessen breiter Teile der Bevölkerung durchzusetzen, um selbständige Initiativen „im Namen der Wiener" abzuwürgen.

WIR WEICHEN DER GEWALT

Wir haben beschlossen, der Gewalt zu weichen, nicht, weil wir aufgeben, sondern, weil wir mit anderen Mitteln kämpfen, als mit Polizeiknüppel und Strafverfahren.

WIR ARBEITEN WEITER

Den Schlachthof hat man uns genommen. Erfahrungen kann man uns nicht wegnehmen:

* daß es nötig ist, seine Interessen in die eigenen Hände zu nehmen,
* daß wir unabhängig vom Gängelband der Gemeinde Selbstverwaltung brauchen,
* daß uns eine andere Kultur ist, die wir brauchen, als die Burg-, Opern- und Fernsehkultur!"

„MACHT'S DOCH GLEICH EIN PUFF AUF!"

WIEN (FOCUS/ID)
13. Oktober

„Über drei Monate lang haben wir gezeigt, was Kultur sein kann, nicht nur zu konsumieren, sondern gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam die Probleme, die ständig auftauchen zu lösen"– so das Zitat der Arena-Leute aus dem vorausgegangenen Bericht. Offensichtlich haben diesen Anspruch nicht alle in der Praxis erfahren. Hier ist der Bericht einer Frau, die an der Besetzung teilgenommen hat und sich mit anderen Frauen zusammen für ein Frauenhaus einsetzte.

„Unser erstes Projekt war das Kinderhaus. Das wurde mit Begeisterung akzeptiert (es stand uns Frauen ja auch zu, so etwas zu

machen). Ich muß sagen, daß wir in den ersten Tagen in einer ziemlich euphorischen Stimmung waren. Wir dachten doch tatsächlich, daß die Situation der Frau hier etwas besser ist als „draußen" und daß die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht so groß seien. Nun, wir wurden bald eines Besseren belehrt.

Angefangen hat es damit, daß sich sehr bald herausstellte, daß das Kinderhaus als Projekt allein der Frauen betrachtet wurde. Ich habe jedenfalls nur Frauen gesehen, die die ganzen Putzarbeiten machten. Als wir das Kinderhaus halbwegs auf Zack hatten, machten wir uns auf die Suche nach einem Frauenhaus. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits alle erkannt, daß die Frauen hier genauso beschissen behandelt werden wie woanders.

Wir wollen also eine Art Informations- und Hilfsstelle machen. Ich hatte in der Früh bereits mit einem der Komiteemitglieder darüber gesprochen und ihm auch mitgeteilt, welches Haus wir dafür im Auge hätten. Nun, er hatte nichts dagegen einzuwenden. Angela, Shelly und ich schnappten uns also Pinsel und Farbe und machten uns ans Werk. Wir malten überall Frauenzeichen hin und fühlten uns dabei eigentlich sehr Klasse. Es dauerte allerdings keine Viertelstunde, als auch schon ein ganzer Stoß Typen anmarschiert kam. Sie schnauzten uns an undwollten wissen, was wir da machen. Wir versuchten also, ihnen zu erklären, daß wir ein Frauenhaus öffnen wollen, weil ... weiter kamen wir nicht in unserer Erklärung.

„Was soll denn der Scheiß? Das ist doch spalterisch. Wozu brauchts denn ihr ein Frauenhaus? Machts doch gleich ein Puff auf." Das waren noch die schwächeren Sachen, die wir zu hören bekamen. Geschlossen hat die Diskussion damit, daß wir gesagt haben, wir werden es dem Plenum vorbringen; als Abschiedsworte sagten die Männer Sachen wie „Ihr Weiber seids eh nur zum Ficken da — naja, zum Kochen auch noch."

Von diesem Zeitpunkt an wurde ich mit einer Frauenfeindlichkeit konfrontiert, wie ich sie seit Jahrennicht mehr erlebt habe. Natürlich auch in subtileren Formen — an die ich auch mehr gewöhnt bin — wie stundenlange Monologe von den „Progressiven" mit Erklärungen, warum ein Frauenhaus doch nicht so gut sei. An diesem Abend fand auch ein Plenum statt. Wir Frauen haben uns abgesprochen und beschlossen, daß wir das Projekt nicht an diesem Abend einbringen wollten, da wir noch keine konkreten Vorschläge hatten. Ich saß also ziemlich angefressen und deprimiert in der Halle und verfolgte die Diskussion. Da ich die Verantwortung fürs Kinderhaus übers Wochenende übernommen hatte, organisierte ich Leute, die den Dienst übernehmen sollten. Das hat mich weider etwas aufgebaut, da sich mehr Männer als Frauen meldeten.

Hier saß ich also und hörte mir an, wie Leute von neuen Lebensformen redeten und dabei auch begeistert beklatscht wurden. Als das Plenum vorbei war, trat einer der Musiker auf die Bühne und sagte — als besonderen Gag —: „Nun Freunde, wenn wir schon keinen Wein und keine Weiber haben, sollten wir wenigstens Musik machen."

Das war genau der Punkt für mich, wo ich meine Aggressionen einfach nicht mehr zurückhalten konnte und wollte. Ich stürzte also auf die Bühne und brüllte in die klatschende Menge. Ich fragte sie, die vor kurzer Zeit von neuen, alternativen Lebensformen gesprochen hatten, ob es das ist, was sie sich darunter vorstellen. Ich fragte sie, wie es möglich wäre, daß ein Typ auf die Bühne geht und derart frauenfeindliche Reden übers Mikro von sich gibt und auch noch beklatscht wird. Und ich fragte mich selbst, wie es wohl in der Arena weitergehen soll, wenn der Anfang bereits so arg ist.

Nun, es ging genauso weiter — wie zu erwarten. Frauen wurden angestänkert. Als einige Frauen es einmal wagten, sich auf der Wiese zusammenzusetzen, um miteinander zu reden, kamen sofort einige Typen und belästigten sie mit blödem Gequatsche. Einer setzte sich neben sie, und als er keine Beachtung fand, zog er seinen Schwanz heraus und fing an zu onanieren.

Am nächsten Plenum ging ein Mädchen auf die Bühne und sagte, daß sie sich von den Rockern bedroht fühle. Sie erzählte, daß diese in der vorhergehenden Nacht über die Wiese gegangen waren und davon sprachen, wie sie sich eine Frau zum Pudern suchen wollten. Dazu muß ich sagen, daß vorher ein Rocker ziemlich bejubelt worden war. Endlich der Proletarier, dem unsere Genossen ja immer theoretisieren. Welch Freude! Es war auch gar nicht so wichtig, was er sagte, es war auf alle Fälle Klasse.

Nun, selbiger Rocker ergriff wieder das Mikrofon und erklärte eine halbe Studne lang (mindestens), daß sie nie Frauen nicht vergewaltigen. Sie suchen sich ihre Weiber zum Pudern selbst aus. Die Weiber die sich vor ihnen fürchten, wollen sie eh nicht. Man braucht sie sich nur einmal anzusehen, die sind ja nicht mal einen Fick wert. — Seinem Einfallsreichtum auf diesem Gebiet waren keine Grenzen gesetzt. Die Hälfte der Leute, die anwesend waren, haben ihn zwar ausgebuht, aber es waren auch mehr als genug da, die völlig offen mit seinen Worten übereinstimmten. Ich will dabei gar nicht an die denken, die stillschweigend völlig seiner Meinung waren.

Ich habe selten so ein Gefühl von ohnmächtigemHaß verspürt, habe mich selten so ohnmächtig und hilflos gefühlt. Es hatte auch gar keinen Sinn,etwas zu erwidern.

Die nächste Sache war, daß bei der Garderobe ein Zettel hing: „Wir Männer vom Männer-Aktions-Komitee haben beschlossen, in der Arena ein Freudenhaus zum Nulltarif zu eröffnen. Aus technischen Gründen halten wir das Frauenhaus dafür am besten geeignet." Es stand da noch ein Treffpunkt, und die Herren haben sich auch getroffen. Was dabei herauskam, hab ich allerdins nie erfahren, denn wir haben einen Gegenzettel verfaßt: „Wir sind uns völlig darüber im klaren, daß ihr, um den Mut zu bekommen, eine Frau aufzureißen, euch vorher ziemlich ansaufen müßt. Seid ihr dann aber besoffen, bekommt ihr ohnedies keinen Steifen mehr. Da wir euch das nicht antun wollen, sind wir also gegen ein Freudenhaus. Wir sind ja schließlich nicht männerfeindlich."

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Binnen kürzester Zeit kamen Typen zu mir und erklärten mir allen Ernstes, daß es ihnen noch nie passiert sei, daß sie keinen Steifen bekamen, wenn sie angesoffen waren.

Die allergrößte Frustration für mich war jedoch das Projekt Frauenhaus. Leider schienen es nicht sehr viele Frauen in Wien für notwendig zu halten, daß es so etwas in der Arena geben sollte. Falls sie es aber für nötig gehalten haben, haben sie es jedenfalls in keiner Weise — außer in Worten — gezeigt. Für mich war die Arena eine Möglichkeit für uns, endlich politisch zu arbeiten und dabei eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Es war auch eindeutig Interesse da. Täglich kamen Frauen zu mir und fragten mich, wann denn das Frauenhaus zu beziehen sei. Frauen, die nicht organisiert waren. ... "

Aus: Neues Forum, Sept/Okt.1976

DIE KATASTROPHE WAR VORPROGRAMMIERT

SEVESO (ID)
12. Oktober

Von einem unerwarteten Ereignis kann bei der Giftkatastrophe von Seveso nicht die Rede sein. Dies ist die Schlußfolgerung eines Diplom-Chemikers in Westberlin. Denn das Ausströmen des Giftes in die Umwelt war technisch vorprogrammiert: Trichlorphenol wird in großen Kesseln hergestellt, deren Temperaturen genau eingehalten werden müssen. Gerät die Reaktion außer Kontrolle, steigen Druck und Temperatur schnell an. Unter diesen Bedingungen entsteht erst TCDD in großen Mengen. Um ein Bersten des Kessels in solchen Fällen zu verhindern, brachten die Icmesa-Konstrukteure ein „Sicherheitsventil" an, das den Überdruck ins Freie abließ. Logische Folge: immer, wenn sich das giftige TCDD in größeren Mengen bildet, öffnet sich das Ventil ins Freie. Ein Überdruckventil ins Freie ist somit immer eine vorprogrammierte Katastrophe.

NATIONALES FRAUENTREFFEN VERABSCHIEDET GESETZESVORSCHLAG ZUR LEGALISIERUNG DES SCHWANGERSCHAFTSABBRUCHES

PRATO (ID)
5. Oktober

Wie im ID 140 und 141 berichtet, hatten Mitte Juli 150 Frauen einen Gesetzesvorschlag zur Frage der Legalisierung der Abtreibung bzw. des

Schwangerschaftsabbruches erarbeitet. Dabei war nicht in allen Punkten Einigkeit möglich.

Anfang Oktober tagte die Versammlung (nationale Konsultation) der Konsultorien (Beratungsstellen) und der feministischen Kollektive in Prato. Abschließend wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Die anwesenden feministische Kollektive aus 26 italienischen Städten unterstützen und legen den Gesetzesvorschlag zur Abtreibung, der schon am 19. September in Mailand veröffentlicht wurde, vor. (Dieser Gesetzesentwurf ist das Ergebnis einer sehr breiten Diskussion in der Frauenbewegung und die Frucht von fünf Treffen der nationalen Koordination.).

Die unterzeichnenden Kollektive fodern alle Parteien der Linken auf, ihre Gesetzesentwürfe, die gegen die Frauen gerichtet sind, und die überhaupt nicht von dem Prinzip der freien Wahl der Abtreibung durch jede Frau ausgehen, zurückzuziehen. Sie fordern alle Parlamentabgeordneten der Linken auf, den Gesetzesentwurf der Kollektive vollständig im Parlament vorzulegen. Wenn kein Abgeordneter sich hinter diesen Entwurf stellen wird,wird es geeignete Möglichkeiten geben, Unterschriften für eine Gesetzesinitiative direkt von der Bevölkerung auszusammeln.

Jenseits der unterschiedlichen Einschätzungen über das Verhältnis der Frauenbewegung zu den Institutionen – und darüber gibt es keine Einigkeit innerhalb der Bewegung – stimmt die nationale Versammlung über die Inhalte, die dem Gesetztesentwurf zugrundeliegen, überein. Sie verpflichtet sich, auf allen Ebenen folgende Inhalte zu unterstützen:

1.
Freie Wahl der Abtreibung bzw. der Mutterschaft durch jede Frau, ohne Altersbegrenzung, ohne jede offizielle Begründung oder Kontrolle oder Einmischung von Ärzten oder Kommissionen, ohne Zeitbegrenzungen in der Schwangerschaft, die Abtreibung ist kostenlos und wird ärztlich unterstützt. Wir machen einen Unterschied zwischen einer Abtreibung (d.h. der Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb von 22 Wochen) und einer Schwangerschaftsunterbrechung (nach 22 Wochen), die aber auch in keinem Fall strafbar ist.

2.
Strafverfolgung aller Verantwortlichen für heimliche Abtreibungen, für Abtreibungen aus Gewinnzwecken, für physische und psychische Schäden einer Frau, für Verzögerungen oder Weigerungen, eine Abtreibung vorzunehmen, wenn eine Frau dies fordert, auch wenn für die Weigerung Gewissensgründe maßgeblich sein sollten.

3.
Entwicklung einer Empfängnisverhütung, die den Bedürfnissen der Frauen gerecht wird und von diesen bestimmt wird.

Alle anwesenden Genossinnen stimmten darin überein, daß die bisher bekanntgewordenen Gesetzesentwürfe der Parteien der Linken und im Besonderen der KPI offizielle Begründungen und Kontrollen gegen die autonome Wahl der Abtreibung durch die Frau wieder einführen.

Die Versammlung weiß, daß die parlamentarische Auseinandersetzung bseonders hart sein wird und alles auf dem Rücken der Frau ausgetragen wird; sie kritisiert grundsätzlich jene Teile der Democrazia Proletaria (Wahlbündnis der revolutionären Linken), die zunächst zugesagt haben, die Inhalte und den Gesetzesvorschlag der Frauenbewegung zu unterstützen, die jetzt aber parlamentarische Gleichgewichtsbedingungen dem, was aus der Frauenbewegung kommt, vorziehen und die einen Entwurf vorgelegt haben, der die freie Wahl der Abtreibung durch die Frau auf die ersten drei Monate beschränkt und der in der Tat dem Entwurf der KPI untergeordnet ist.

Zur Mobilisierung über alle hier angeschnittenen Inhalte ruft die Versammlung zu einer nationalen Demonstration am Samstag, dem 30. Oktober, in Rom auf.

Quelle: Lotta continua, 5 Oktober 1976

STREIKWELLE IN ITALIENISCHEN GEFÄNGNISSEN

BOLOGNA (ID) 5. Oktober

Gestern sind die Gefangenen des Knastes „San Giovanni in Monte" in Bologna in einen totalen Streik getreten. Alle Arbeiten und Dienstleistungen im Knast sind davon betroffen: Küche, Gesundheitsdienst, Reinigungsdienst Auch die Gefangenen, die für die Firma AVE gegen geringes Entgelt elektronische Teile zusammensetzen (innerhalb des Knastes), haben die Arbeit niedergelegt. Kein einziger Gefangener hat die Arbeit aufgenommen.

Die Forderungen der Gefangenen sind:
1. Durchführung der schon lange versprochenen Reformen,
2. als Sofortmaßnahme gegen die unerträgliche Überfüllung der Knäste: sofortige Entlassung aller Untersuchungsgefangenen, die wegen leichteter Straftaten auf ihren Prozeß warten.

Im Knast von Poggioreale werden ebenfalls alle Arbeiten bestreikt. Alle dreihundert zu Arbeiten eingeteilte Gefangenen haben die Arbeit niedergelegt. Die Forderungen sind die gleichen wie in Bologna. Die Knastleitung hat vergeblich versucht, eine private Firma mit den Küchenarbeiten zu beauftragen; die Arbeiter dieser Firma haben sich geweigert, als Streikbrecher gegen die Gefangenen eingesetzt zu werden.

Auf dem Dach des Knastes von Avezzano hat sich der 21jährige Savino Pittalis verschanzt. Er will ebenfalls dagegen protestieren, daß selbst die minimalen Reformen, die das Parlament in Rom schon vor langer Zeit beschlossen hat, überhaupt nicht in die Tat umgesetzt werden.

Als Beispiel zur Illustration mag folgendes Zahlenverhältnis dienen: in ganz Italien gibt es zur Zeit 25 Sozialarbeiter in Gefängnissen; weitere 180 werden in absehbarer Zeit eingestellt. Aber die Verwirklichung der beschlossenen Reform würde die Einstellung einiger tausend Sozialarbeiter bedeuten.

(nach einem Bericht in „il Manifesto" vom 5. Oktober 1976)

PROTESTE GEGEN KPI-STRIPTEASE

MESSINA (ID) 5. Oktober

Zum Abschluß des Provinzfestes der „L' Unita" (Tageszeitung der KPI) kam es am Sonntagabend (3.10.) zu tätlichen Auseinandersetzungen, als feministische Genossinnen gegen das im Programm groß angekündigte Striptease lautstark protestierten. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, das üble Spektakel zu unterbrechen, das eine große Zahl von Zuschauern angelockt hatte, wurden die Genossinnen von dem Provinzsekretär Goacchino Silvestri und anderen Ordnungskräften der KPI gewaltsam vom Festplatz entfernt. Das Programm konnte in Ruhe und Ordnung zu ende geführt werden.

(nach einem Bericht aus „il Manifesto" vom 5. Oktober 1976)

ZUR STRATEGIE DER KKW GEGNER IN MALVILLE MASSEN- UND SABOTAGEAKTIONEN IN DEN NÄCHSTEN FÜNF JAHREN

MALVILLE (LIBE/ID) 6. Oktober

in einem Gespräch mit der französichen Tageszeitung „Liberation hat der Genfer Ingenieur Chaim, einer der Organisatoren der KKW-Nein-Bewegung von Creys Malville eine Bilanz der Situation im Kampf gegen den Super-Phönix gezogen. Er erklärte: „Wir fordern, daß die Bevölkerung über ihre Leben selbst bestimmen kann. Falls die Regierung einen Volksentscheid zuläßt, würde das heißen, daß sie es akzeptiert, ihr Entscheidungsmonopol in Frage zu stellen.'

Chaim: „ Die Hauptwirkung der KKW-Nein-Bewegung hat sich erst später bei der einheimischen Bevölkerung bemerkbar gemacht. Am Anfang waren die Leute skeptisch. Sie betrachteten uns mit Mißtrauen Sie wurden aufgeklärt und informiert. Jetzt gibt es etwa 20 Komitees in der Gegend, von denen einige die gesamte erwachsene Bevölkerung der Dörfer umfassen: Lhuys, Poleyrieux, Bouvesse, Montalieu, Serrieres de-Briard. Vor dem 2. Juli existierten die Komitees nicht. Es gab lediglich ein paar Leute, die etwas auf eigene Faust machten.

Nach unserer Vorstellung sollte eine möglichst große Anzahl von Leuten auf dem Baugelände sein. Nach einer Woche stellten wir fest, daß wir mit maximal 1000 Leuten rechnen konnten. Auf der anderen Seite standen 600 Mann CRS: wir konnten den Platz nicht halten. Am 8 Juli sind wir dann auch tatsächlich vom Campingplatz, den wir neben dem Bauplatz aufgeschlagen hatten, vertrieben worden. Es bestand kein ausgewogenes Kräfteverhältnis. Bei Schlagstockeinsätzen gab es Verletzte.

Wir gingen nun zu einer Guerilla-Strategie über. Kleine Basis-Gruppen sollten in den Dörfern aktiv werden, indem sie Komitees gründeten, informierten und Sabotageaktionen vorbereiteten. Aber diese kleinen Gruppen mußten sich wirklich in den Dörfern integrieren. Es gab gewisse Leute, die nicht bereit waren, die Mentalität der Bauern zu verstehen, eine gewisse Anzahl von Platzverboten zu akzeptieren. Auch sahen die Landwirte ihre Kaninchen eins nach dem anderen verschwinden. Einige Besetzer meinten, in erobertes Gebiet zu kommen. Und das ist eine ziemlich hinterlistige Form des Kolonialismus. Für einige war das normal: ich sehe ein Kaninchen ich hole es mir. Kurzum, die Bauern hatten bald keine Kaninchen mehr. Die Koordinationsgruppe wünschte deshalb, daß die Gruppen ausreichend autonom würden, das hieß die Mittel zum arbeiten hätten, sei es an Ort und Stelle, bei einem Bauern, sei es anderswo, um anschließend zurückzukehren.

Libe: „ Diese Entscheidung wählte also die Leute aus, die bleiben konnten oder nicht? "

Chaim: „ Sicher, man wählte damit die Leute aus, die die Möglichkeit hatten, zu bleiben. Es mußte auch eine Informationskampagne in den Städten durchgeführt werden. Zu dieser Zeit konnten alle in der Gegend bleiben. Es genügte, etwas Mut aufzubringen, um sich wirklich in einem Dorf zu integrieren und bei einem Bauern oder anderswo zu arbeiten. Aber es gab auch Probleme, die einige Bauern mit Leuten hatten, die sich bei ihnen eingefunden hatten und helfen sollten und die schließlich überhaupt **nichts** machten. Anderswo lief das sehr gut. Einige Besetzer renovierten Häuser oder Backöfen. Sie erwarben sich die Sympathie der Bauern und bauten zuverlässige Komitees auf. Ferner wurde die Arbeit der Koordinationsgruppe (erstellen einer Liste der Bauern, die Arbei anboten und einer Liste der Leute, die welche suchten) nicht immer korrekt ausgeübt. Wir handelten zu überstürzt ... das führte ein wenig zu chaotischen ZUständen.

Einige Leute sind ein bißchen angewidert von Malville weggegangen, weil sie nicht angemessen aufgenommen wurden. Das ist zum Teil unser Fehler. Es ist klar, daß zehn Leute nicht alles zentralisieren können.

Libe: Ihr habt von der gewaltlosen Strategie gesprochen. Man müßte noch erfahren, was das heißen sollte und wie weit das gehen konnte?

Chaim: Für einige ist die Gewaltlosigkeit ein Dogma für andere ist sie eine Taktik, die man für einen Moment einschlägt. Für uns ist sie eher eine Taktik, mit der wir uns im Moment eine bessere Interventionsmöglichkeit bei der hiesigen Bevölkerung versprechen. Es gibt gewisse Ideen, die ich dufte finde und die ich in Malville entdeckt habe. Da ist zunächst die Achtung vor dem Individuum, dem Menschen, der mir gegenübersteht: der Präfekt, mit dem wir verhandeln werden, der Hauptmann der Gendarmerie. Ich kann versuchen, ihn zu verstehen oder nicht zu verstehen, doch es interessiert mich nicht, einen Menschen zu mißhandeln. Das führt zu nichts. Auf der anderen Seite mißfällt mir bei einigen Gewaltlosen ihr christlicher Masochismus. Sie empfinden ein gewisses Vergnügen, sich schlagen zu lassen.

Wir werden versuchen, über fünf Jahre hin aktiv zu sein, da die Bauarbeiten fünf Jahre dauern werden: Massen- und Sabotageaktionen. Keine der beiden wird ohne die andere möglich sein.

Es ist nötig, daß die Leute ausreichend über das Problem informiert sind, damit sie ihr Leben selbst bestimmen können. Information ist grundlegend, ebenso wie Sabotageaktionen, um die Bauarbeiten zu verhindern. Im Moment hat die Informierung wirklich Fortschritte gemacht. Aber man muß noch weiter gehen. Ich finde es bedauernswert, bei der extremen Linken, daß sie oft fähig ist zu diskutieren, aber weniger fähig, zur Tat zu schreiten. Es ist einfach, Demonstrationen zu organisieren, wo sich Leute zusammenfinden, um gegen etwas zu protestieren, aber es wird schon sehr viel schwieriger, Aktionen zu organisieren. Nach einer gewissen Zeit werden diese Leute zu ordentlichen Bürgern, weil ihnen der Durchbruch zur Aktion nicht gelingt. In Malville gab es eine Auseinandersetzung zwischen Vertretern der kurzfristigen und langfristigen Aktion.

Einige Aktionen hätten die längerfristige Aktion belasten können. Falls wir z.B. vom 3.Juli ab versucht hätten, die Sperren zu durchbrechen, um auf den Bauplatz zu gelangen, wären wir mit Schlagstöcken vertrieben worden und hätten am folgenden Tag nicht zurückkehren können. Heute gibt es viele LEute, die den Beginn der Bauarbeiten sehen. Denen sagen wir , organisiert euch in Dreier- oder Vierer-Gruppen und macht etwas . . .

BRETONISCHE BAUERN VERTEIDIGEN IHREN HOF

CHEIX-EN-RETZ (ID) 6. Oktober

Seit über 10 Jahren kämpfen die Pächter Henriette und Armand Mouillé um das Recht, auf dem Hof "Bois-aux-Moines" in der Gemeinde Cheix-en-Retz (ca. 20 km westlich von Nantes) zu arbeiten und zu leben. Ihr Kampf wird von den Bauern und Organisationen im Departement Loire-Atlantique unterstützt ebenso vom Lokalverband der Arbeitergewerkschaft CFDT, weil es ein Kampf um das Recht auf Arbeit ist.

Im April 1963 verpachtet der Samenhändler Eugene Rondineau den über 17 Hektar großen Hof " Bois-aux-Moines " an die Mouillés. Rondineau ist ein 73 Jahre alter pensionierter Landwirt. Zu der Pacht gehören 1,68 ha Rebland, für die die Mouilles nach dem Halbpachtsystem jährlich 250 Hektoliter Wein abgeben sollen.

Inzwischen will Rondineau das Land für seinen Sohn zurückhaben – die Bauern fürchten daß er mit dem Land spekulieren will. Er ist jedenfalls Geophysiker und kein Landwirt. Ein Gerichtsurteil soll die Vertreibung der Mouillés erwirken: sie hatten sich nämlich geweigert, für den Pachtherren eine verbotene Rebsorte anzubauen. In erster Instanz wurde zu ihren Gunsten entschieden; eines der reaktionärsten Appelationsgerichte gibt dann jedoch der Berufung Rondineaus statt, und entscheidet die Auflösung des Pachtvertrags – weil die Mouillés sich weigern, verbotene Rebsorten zu pflegen. Die Solidarität von verschiednen Gewerkschaften verhindert die Vollstreckung des Urteils, worauf Rondineau zu rabiaten Mitteln greift. Mit Mitgliedern des konservativen Bauernverbands FFA schlitzt er Düngersäcke auf, zerstört Zäune, wirft Waschmittel in den Brunnen, schneidet Strohballen auf und schmeißt Fensterscheiben ein. Im Juli 1975 gehen Rondineau und seine sauberen Kumpane soweit, einen Stall von Mouillés, in dem zu dem Zeitpunkt 6 Färsen stehen, mit dem Bulldozer einzureißen. Aber diese Sabotageakte bleiben erfolglos, weil die Mouillés von anderen Bauern unterstützt beharrlich wiederaufbauen, was die Rondineau-Clique zerstört.

In diesem Sommer hat die Konfrontation zwischen dem Recht des Privateigentums und dem Recht auf Arbeit, der Kleinkrieg zwischen der Rondineau-Bande und den solidarischen Bauern einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 6. Juli 1976 gegen Abend umstellen 25 Kleinbusse mit Gendarmerie und CRS den Hof. Unter ihrem Schutz zieht Rondineau ein und werden die Möbel der Mouillés ausgeräumt. Die alarmierten Bauern warten zunächst ab; als der erste Möbelwagen sich in Bewegung

setzen will, setzen sie sich auf die Straße. Die CRS greift in der üblichen Brutalität an: 4 verletzte Bauern bleiben zurück. Am anderen Morgen sind mehr als 1000 Bauern da und von nun an wird eine ständige Wache eingerichtet. Rondineau ist belagert. Mindestens 40 Bauern sind jeden Tag in zwei Schichten da (Schichtwechsel ist um 10 und 22 Uhr), jeden Abend findet eine Vollversammlung statt. Die Mouillés befinden sich in Sicherheit und die Bauern erledigen abwechselnd alle anstehenden Arbeiten – und das obwohl sie in dieser Zeit gerade genug selbst zu tun haben und noch zusätzlich von der anhaltenden Trockenheit bedrängt werden.

Die Gewerkschaften FDSEA Paysans-Travailleurs, die CFDT und die katholische Landjugendbewegung (MRCJ) organisieren die Solidarität im ganzen Departement Loire-Atlantique: Ende Juli schätzen die Bauern, daß mehr als 80 % von ihnen schon einmal "auf Wache" in Cheix-en-Retz waren. An den Sonntagen werden Picknicks organisiert, bei denen z.T. mehr als 1000 Leute teilnehmen.

Aber Rondineau und seine Helfershelfer lassen nicht locker. Am 23.Juli montieren sie unter dem Schutz der Polizei Mouilles Melkstand ab und vertreiben die Kühe. Eine Gruppe von Bauern holt die Tiere zurück. Auf dem Rückweg verstellen die Rondineau-Clique und einige Gendarmen ihnen den Weg. Nach einer kurzen, aber heftigen Auseinandersetzung werden die Kühe auf ihren legitimen Platz zurückgebracht. Die Polizei holt Verstärkung, aber in einer zweistündigen "Feldschlacht" gelingt es 150 Bauern und Bäuerinnen, die Stellung zu halten. Während die FFA-Reaktionäre versuchen, die sich ausweitende Solidarisierung zu stören indem sie Hinweisschilder nach Cheix-en-Retz abbauen und Jauche auf den Picknick-Platz schütten, bleiben die Bauern auch nicht untätig: mit ordentlichen Krähenfüßen verunsichern sie die polizeilichen Schutztruppen Rondineaus. Gleichzeitig geht der Kampf um die Existenz der Mouillés weiter: sie richten sich auf den ihnen verbliebenen 8 ha ein. Als der reaktionäre Präfekt dafür sorgt, daß die Mouillés auf diesem Land keinen Stromanschluß bekommen für Melkstand und Milchhaus, gehen die Bauern zum Gegenangriff über: am 5. August besetzen sie "Bois-aux-Moines", bauen das Milchhaus ab und transportieren es auf die 8 ha, wo bereits der Melkstand steht.

Die breite Mobilisierung zur Unterstützung der Mouillés unterstreicht die Bedeutung, die der Kampf um das Land als Arbeitsmittel nicht nur in der Diskussion der Paysans-Travailleurs, sondern auch in der praktischen Bauernbewegung angenommen hat. Neben der Unterstützung durch die lokale CFDT kam es in der Auseinandersetzung in Cheix-en-Retz auch wieder zu einer intensiven Begegnung zwischen Arbeitern, die unaufgefordert kommen, um sich zu informieren und zu diskutieren, und Bauern.

DER NATIONALE STREIKTAG IN FRANKREICH

FRANKREICH(ID, LIBE, PH)
14. Oktober

Am Donnerstag den 7. Oktober fanden in ganz Frankreich Streiks und in den größeren Städten Demonstrationen gegen den Sanierungsplan des neuen Premierministers Barre statt. Die Mobilisierung war die zahlenmäßig stärkste nach dem Generalstreik vom Mai/Juni 68 Überall im Land wurde nach dem Aufruf der großen Gewerkschaften CGT/CFDT die Arbeit nieder gelegt. Die sonst immer etwas zurückhaltenden Gewerkschaften FEN (Lehrer) und FO schlossen sich diesmal dem Aufruf an.

In Paris wälzte sich auf der traditionellen Demonstrationsstrecke vom Place de la Nation bis Place de la Republique die wohl größte Demonstration seit 1968 mit ungefähr 500 000 (Zahl der Veranstalter) Teilnehmern sechs Stunden lang über die breiten Boulevards. An der Spitze marschierten die Generalsekretäre der beiden großen Gewrekschaften CGT und CFDT, die FO (force ouvriere), die sonst eher für Sozialpartnerschaft eintritt reihte sich diesmal in die Demonstration ein. Zahlreiche Belegschaften, die ihre Betriebe besetzt halten, waren vertreten. Die Drucker des Parisien Libere die noch immer ihre Druckerei besetzt halten (s. ID 84), verteilten eine Sonderausgabe ihrer Zeitung. Das größte Aufsehen erreichte aber eine Gruppe von etwa 2000 Polizisten, die sich mit eigenen Transparenten in den Zug eingereiht hatte. Kommentar der erstaunten Arbeiter: „Ponia (Innenminister) jetzt bist am Arsch, deine Polizei ist auf der Strass."

Auch in anderen Großstädten überschritten die Demonstrationen das übliche Maß. Überall sprach man nur in der Superlative: In Metz, Lyon, Grenoble, Besancon, Avignon, Straßburg und Mühlhausen, wo die Streiks durch den Konflikt mit den Gebrüdern Schlumpf eine besondere Entschlossenheit erhielten.

Die größte Streikbeteiligung gab es im öffentlichen Dienst. In Paris fuhren nur noch 30% der Metros und Autobusse und 25% bis 50% der Züge. Es gab keine Post, keine Zeitungen, keinen Schulunterricht und in den Krankenhäusern wurden Schichten reduziert. Je nach den lokalen Gegebenheiten war die Beteiligung im privaten Sektor mehr oder weniger stark. Während in einigen Provinzstädten auch die privaten Betriebe lahmgelegt wurden war die Beteiligung in der Pariser Region nur um die 20%.

Offiziell richtete sich der Aktionstag gegen die Auswirkungen des Plans des neuen Premierministers, der von Präsident Giscard d'Estaing berufen wurde, um die Staatsfinanzen wieder zu sanieren. Der Plan sieht kräftige Steuer-, Sozialabgaben- und Benzinpreiserhöhungen vor, die nicht nur die Arbeiter sondern auch viele Angestellte hart treffen. Das erklärt zum Teil die breite Basis der Opposition gegen diesen Plan.

Auf der anderen Seite läßt sich die hohe Beteiligung aus einer allgemeinen „Schnauze-voll-Stimmung" erklären für die der Plan Barre nur der Aufhänger ist. Die Arbeiter haben es satt, immer weiter zur Kasse gebeten zu werden und wollen eine Änderung. Aus den Parolen –„vereinigt, aktiv, gemeinsames Programm" – geht hervor, daß sie diese in erster Linie aus einem Regierungswechsel erwarten. Darüberhinaus gibt es kaum konkrete Vorstellungen. Die Parolen wirken alle etwas abgestanden und nur wenige sind so wie diese: „Raymond (Barre), du hast so dicke Backen, komm und iß mal in unserer Mensa". Die Euphorie über die große Beteiligung wird durch die allgemeine Ratlosigkeit überschattet: Keiner weiß wies weiter gehen soll.

ARBEITER BESETZEN PRIVATGRUNDSTÜCK EINES UNTERNEHMERS

MALMERSPACH (LIBE/LE MONDE/ID)
5. Oktober

Beunruhigt über die Zukunft des wolleverarbeitenden Konzerns Schlumpf (vier Fabriken mit ca. 2 000 Angestellten) besetzten am 29.9. rund 500 Arbeiter der Spinnerei in Malmerspach (Elsaß) das Grundstück der Famile Schlumpf, das an die Fabrik grenzt. Die Arbeiter schlugen Zelte auf und erklärten: ‚Wir werden unsere Chefs erst dann wieder freilassen, wenn sie uns über ihre Machenschaften aufklären und sich bereitfinden, uns durch ihre private finanzielle Hilfe aus der Notlage, in die sie uns gebracht haben, herauszubringen."

Tag und Nacht lösten sich die Arbeiter bei der Aktion ab. Die einen führten die Belagerung fort, andere kümmerten sich um die Weiterführung der Produktion in der Fabrik.

Am Samstag, dem 2.10. vormittags, befreiten dann 150 Polizisten die Familie Schlumpf aus ihrer Villa. Die Polizei erklärte, daß ihr Einsatz auf ausdrücklichen Wunsch der Brüder Schlumpf erfolgte. Die anwesenden Arbeiter leisteten keinen Widerstand. Unter ihrem Hohngelächter verließen Hans und Fritz Schlumpf, ihre Koffer in der Hand, die Villa und verschwanden mit unbekanntem Ziel. Die Arbeiter und die Polizei verließen daraufhin das Grundstück.

Am Nachmittag fand eine Versammlung der Belegschaften der drei Fabriken statt, wo man beschloß, daß „diese Woche die Aktionen weitergehen werden, aber in anderen Formen."

Für die CFDT (einzig vertretene Gewerkschaft in der Spinnerei), die die Aktion der Arbeiter unterstützt hatte, ist es klar, daß die Belegschaft nur auf sich selbst zählen kann, um ihre Zukunft zu sichern und die Auflösung des Konzerns zu verhindern. Die Arbeiter sollten durch Aktionen die Beschlagnahmung des Eigentums der Brüder Schlumpf erreichen. Die Schlumpfs besitzen in Mühlhauses ein Privatmuseum mit etwa 500 Oldtimern, Güter, die „auf dem Rücken der Arbeiter erworben wurden" und die z.Zt. eine genügende Garantie für eine Sanierung des Konzerns sein könnten.

Über die ökonomischen Hintergründe berichtet Le Monde, daß die Forderung des Handelsgerichts, die Firma Deffrenne in Roubaix (eine Filiale des Konzerns Schlumpf und wichtigster Absatzmarkt der beiden oberrheinischen Spinnereien von Malmerspach und Mühlhausen) zu pfänden, den Konkurs der Firma nach sich ziehe. Hiermit würden die drei elsäßischen Tochterfirmen ebenfalls Konkurs anmelden müssen, was wiederum die Entlassung der 2.000 Arbeiter des Konzerns bedeutet. Es besteht jedoch noch Hoffnung für eine Teillösung. Diejenige, die zur Zeit diskutiert wird, sieht den Aufkauf der Mühlhausener Filiale und der Firma Deffrenne-Nord vor. Die Spinnerei Erstein, die vierte Tochterfirma des Schlumpf-Konzerns, könnte von einem deutschen Unternehmer übernommen werden. Die Spinnerei Malmerspach, in der vor allem Frauen arbeiten, soll eventuell in eine Elektronik oder Autofirma umgewandelt werden.

UNERWÜNSCHTER BESUCH: POLIZEI AUS DER BRD

LUND (ID)
14. Oktober

34 Schutz- und Kriminalpolizisten aus Krefeld kamen auf Einladung ihrer schwedischen Kollegen am 7. Oktober zu einem fünftägigen Besuch nach Lund und Südschweden. Organisiert wurde die Fahrt von der International Police Association, einer Organisation mit ca. 50 000 Mitgliedern die u.a. auch Austausch mit lateinamerikanischen und spanischen Berufskollegen betreibt. Bei Besuchen ausländischer Gruppen in der BRD bezahlt der westdeutsche Staat die gesamten Kosten; hier in Lund haben drei Banken ihr Interesse an einem solchen Austausch bekundet. Essen und Wohnraum stellte die Sozialverwaltung der Studentenschaft, an ihrer Spitze ein Gemeinderat der liberalen Partei, billig zur Verfügung! Anscheinend war die Sache aber doch zu heiß, als daß man es gewagt hätte den Besuch der Polizei werbewirksam in der Presse — wie das sonst üblich ist — zu nutzen.

Die „Aktionsgruppe gegen politische Repression", die hier in Lund schon früher deutsche Verhältnisse zur Sprache gebracht hat (u.a. mit einer Antirepressionsveranstaltung mit Peter Brückner und der Herausgabe einer schwedischen Entsprechung zum ID), hatte frühzeitig von dem Besuch erfahren und innerhalb von zwei Tagen eine breite Front von linken Parteien und Solidaritätsgruppen zu einem Protest mobilisieren zu können. Damit ist es zum ersten mal in Schweden gelungen, solch eine breite Zusammenarbeit in einer Aktion die auch den Ausbau des schwedischen staatlichen Gewaltapparates offen kritisierte, zu erreichen. Von der kommunistischen Partei über Kommunistischen Bund, Trotzkisten und eine china-orientierte Gruppe zu den Solidaritätsorganisationen u.a. mit Lateinamerika Portugal und Südwestasien unterschrieben alle erreichbaren Organisationen das in der ganzen Stadt verteilte Protestflugblatt. Mehr als eine Stunde hielten wir uns vor dem Polizeihauptquartier auf, dessen Eingang ebenfalls mit dem Flugblatt in deutscher und schwedischer Sprache versehen war, um den Polizistenbesuch zu empfangen. Restaurant und Übernachtungsstätte wurden mit Flugblättern tapeziert und auch die Bankangestellten und -kunden nicht vergessen.



„Bullen raus" — Flugblatt (auf deutsch und schwedisch) am Eingang des Polizeiquartiers in Lund

In der Stadt stiessen wir dann auf die deutschen Polizisten und ihre schwedischen Begleiter, die versuchten, den Besuch als ein Freizeitvergnügen herunterzuspielen. In der Diskussion mit ihnen machten wir klar, warum wir die Entwicklung in der BRD verurteilen und bekämpfen und die Zusammenarbeit mit der Polizei der anderen europäischen Länder einschließlich Schwedens verhindern wollen. Einzelne deutsche Polizisten gingen sogar so weit, privat anzudeuten daß sie die Entwicklung in der BRD nicht allzu gut heißen. Sie nahmen Flugblätter mit. Auch Vertreter des DDR-Kultusministeriums und der Botschaft der DDR in Schweden wurden bei der Eröffnung einer Kunstausstellung mit den Protesten konfrontiert und hatten Gelegenheit sie mit den kommunal Verantwortlichen anschließend zu diskutieren! Sie waren wohl froh, daß sie dismal nicht von den Protestaktionen direkt betroffen waren. Um die folgenden gemeinsamen Parolen zu untermauern, hatten wir in beiden Sprachen auf das Flugblatt geschrieben, daß die Aktionen auch in Deutschland bekannt gemacht werden: Stoppt die Aufrüstung und den Ausbau des Polizeistaates in der BRD und Schweden; Gegen Mobile Einsatzkommandos und Gesinnungsschnüffelei; Verurteilt Militarisierung und Todesschüsse der westdeutschen Polizei; Verhindert den Import des „Modell Deutschland" nach Schweden. Lasst uns die umgekehrte Situation schaffen — Austausch von Klassenkampferfahrungen.

IT INFORMATIONS TJÄNST

1 kr FÖR SPRIDANDE AV UNDERTRYCKTA NYHETER nr 2

FREDAGEN DEN 8 OKT 1976

UTGES AV: AKTIONSGRUPPEN MOT POLITISK REPRESSION — KONTAKT GENOM: BOKCAFÉT, ST PETRI KYRKOGATA 7, 222 21 LUND (tel 046/14 82 28)

Ty$ka $nutar stick! - Bullen raus!

ISRAELIS VERHAFTEN HOLLÄNDISCHEN GENOSSEN

NIJMEGEN (ID)
14. Oktober

Holländische Genossen haben folgenden Bericht durchgegeben:

„Ein Mitglied des holländischen Palästina-Komitees ist seit acht Tagen in israelischer Haft. Es handelt sich um Ger Dassen vom Palästinakomitee Nijmegen, der seit Ende August in Libanon war, um in Zusammenarbeit mit dem Palästinensischen „Roten Halbmond" für einen zweckmäßigen Transport medizinischer Güter aus Holland zu sorgen Dies war notwendig geworden, weil in der letzten Zeit durch den Bürgerkrieg in Libanon verschiedene Probleme des sicheren Transports entstanden waren.

So war zum Beispiel unklar, ob die zwei Krankenwagen, die Ger und andere im Frühjahr dieses Jahres für den Palästinensischen Roten Halbmond nach Syrien gefahren hatten, je im Libanon angekommen waren. Erfreulicherweise konnte er im September melden, daß dies gelungen war. Ger Dassen hatte auch die Aufgabe, eine Liste des notwendigsten medizinischen Bedarfs zu erstellen, weil das holländische Ministerium für Entwicklungsarbeit im August dieses Jahres hatte wissen lassen, daß man bereit sei, den Palästinensern und Linken in Libanon in größerem Umfang Lebensmittel und andere Hilfsgüter zu schicken; und es hatte das Palästinakomitee gefragt, was am dringensten benötigt wird.

Als Ger sich am Donnerstag, den 7.Oktober, auf dem Rückweg nach Zypern befand, wurde das Schiff mit 30 arabischen Passagieren von 2 israelischen Schiffen gekapert und nach Haifa gebracht.

Die Kaperung fand in libanesischen Gewässern statt. Am Samstag, den 9.Oktober, wurden die 30 arabischen Passagiere wieder freigelassen, aber Ger Dassen wurde von der israelischen Armee weiterhin festgehalten und verhört.

Am Sonntag Abend erfuhr die PLO in Zypern von den freigelassenen Passagieren die Inhaftierung Gers und informierte sofort das Palästinakomitee in Holland. Die israelischen Offiziellen, die bis zu diesem Zeitpunkt weder die holländische Regierung noch Gers Familie informiert hatten, wollten anscheinend diese Verhaftung so lange wie möglich geheimhalten.

Erst am Dienstag, den 12.Oktober, gaben die Israelis zögernd und unter Druck der inzwischen vom holländischen Palästinakomitee informierten Öffentlichkeit und auf Anfrage des Auswärtigen Amts zu, daß Ger Dassen festgenommen wurde. Aber man weigerte sich, mitzuteilen, wo er sich genau befand, und man wollte erst am Donnerstag, dem 14.Oktober, ein Mitglied der holländischen Botschaft in Israel zu ihm lasssen.

Auch ist bis jetzt jegliche Begründung für die Festnahme ausgeblieben. Es wurde nur gesagt, daß Ger Dassen unter Verdacht steht „ intime Kontakte zu einer terroristischen Organisation", gemeint ist die PLO, zu haben. Wir können dies nur so interpretieren, daß die israelische Regierung sich anmaßt, Menschen, die mit der PLO sympathisieren und sie politisch und mit medizinischer Hilfe unterstützen, auch wenn sie sich nicht auf israelischem Boden befinden, festzunehmen und in das Gefängnis zu werf en.

Das Palästinakomitee Holland hat scharf gegen die Verhaftung von Ger Dassen protestiert und von der holländischen Regierung gefordert, daß sie sich diesem Protest anschließt und die israelischen Stellen auf ihre völlig unzulässige Verhaltensweise hinweist.

Weiter fordert das Palästinakomitee — und inzwischen haben sich viele angeschlossen — die sofortige Freilassung von Ger Dassen und hat dazu in Holland eine Solidaritätskampagne gestartet. So wurde zum Beispiel am Mittwoch, dem 13. Oktober, eine Protestveranstaltung an der Universität Nijmegen organisiert, auf der 450 Anwesende die Forderung des Komitees unterstützt haben.

Palästinakomitee Nijmegen "

Anmerkung:
BBC-London berichtete am 13.Oktober, daß der israelische Militärsprecher die Verhaftung von Ger Dassen bestätigt habe. Ger Dassen werde verhört, weil er mit einer Organisation zusammenarbeite, die die Palästinenser unterstütze .

STREIK UND AUSSPERRUNG BEI FORD DAGENHAM BEENDET

LONDON(ID)
15. Oktober

Am vergangenen Wochenende wurde von einer Komminsion aus Vertretern der Werksleitung und der Gewerkschaften ein Einigungsvorschlag ausgehandelt. (Zu dem Konflikt ID Nr. 146)

— Im Fall des Streiks der Schweißer: Ihnen wird mehr Flexibilität zugestanden

— Im Fall des Streiks der Türeinhänger: Sie müssen zwar weiter an den neuen Maschinen arbeiten, es wurde ihnen aber zugesichert, die Arbeit zu erleichtern, das kann bedeuten, auf mehr Leute zu verteilen.

In der Frage der Aussperrung: Für die Nachtschicht

— Keine Aussperrung nach 23^{00},

— Vor 23^{00} werden zwei Stunden bezahlt (Die Nachtschicht beginnt um 21.45)

— In der Tagschicht keine Aussperrung nach Mittag

Am Montag Vormittag wurde auf einer Versammlung dieser Vorschlag angenommen. Der Streik der Türeinhänger und der Plasmaschweißer wird eingestellt. Für die Entscheidung ist wichtig zu wissen, daß die Nachtschicht seit zwei Wochen und die Tagschicht seit einer Woche keinen Lohn mehr gesehen hat. Ford rief nach dieser Entscheidung üb er die Massenmedien die 4000 Arbeiter in den Betrieb. Von Montag Nacht an wurde also wieder gearbeitet. Über die Disziplinarmaßnahmen gegen die 23 Arbeiter bestand noch keine Klarheit, ebensowenig über die Lohnverhandlungen

JAMAICA: EIN WEITERES CHILE?

KINGSTON (CHILENACHRICHTEN/ID)
11. Oktober

Im folgenden drucken wir einen Bericht von Saul Landau, dem Koordinator des US-Instituts für politische Studien ab, den er für die Wahington Post schrieb. Am 29. August 1976 erschien er in der International Herald Tribune:

„ Ich komme von einem fünfwöchigen Aufenthalt in Jamaika mit dem schlimmen Gefühl zurück, daß unsere Regierung oder ein Teil von ihr in jamaikanischen Angelegenheiten intervenieren könnte, ebenso wie sie es in Chile hat. Obwohl das State Department alle derartigen Behauptungen offiziell verneint hat, wie sie es im chilenischen Fall tat, fürchte ich, daß Agenturen der Vereinigten Staaten wieder einmal in Tätigkeiten verwickelt sind, die die „Entstabilisierung" (dies ist das Wort, das der CIA für seine Operationen in Chile benutzte) der gewählten Regierung von Jamaika zum Ziel haben.

In Jamaika las ich Publikationen der Vereinigten Staaten und Jamaikas, in denen die Anschuldigung erhoben wurde, daß aus Jamaika unter Premierminister Michael Manley ein unstabiles, schlecht geführtes Durcheinander geworden sein und daß es dabei sei, kommunistisch zu werden und sich zu einem kubanischen Satelliten zu entwickeln.

Meine eigenen Schlußfolgerungen sahen ganz anders aus. Die Manley-Regierung hatte trotz ungünstiger Bedingungen in der Welt in fünf Jahren weitaus mehr geschafft als die Oppositionsregierung in 10 Jahren. Manley steigerte Jamaikas Volkseinkommen beträchtlich und verringerte die Arbeitslosigkeit geringfügig.

Die physischen und kulturellen Bedingungen der Mehrheit der Jamaikaner sind denen der meisten Länder der Dritten Welt vergleichbar. Die große Ungleichheit der Eigentumsverteilung trennt eine kleine Elite von den armen Massen. Bauxit, Zucker und Tourismus stellen die drei grundlegenden Einkommensquellen dar.

Wie in den meisten armen Ländern ist Jamaikas Armut ein Resultat seiner Unfähigkeit, die Preise, die für die in den fortgeschritteneren Ländern produzierten Güter zu zahlen sind, den Preisen, die es für seine eigenen Rohstoffe erhält , anzupassen. So müssen die Jamaikaner 1976 doppelt so viel Zucker wie 1956 produzieren, um die gleiche Anzahl von Traktoren zu kaufen. Dieses Problem der sich verschlechternden Handlungsbedingungen spitzt sich mit steigenden Ölpreisen noch mehr zu.

Aber alle Schritte, die Manley seit seiner Regierungsübernahme 1972 unternahm, waren im Unterschied zu denen der Führer der meisten Entwicklungsländer darauf gerichtet, das Leiden der Armen durch demokratische parlamentarische Aktionen zu erleichtern, ohne die verfassungsmäßigen Rechte von irgendjemandem zu verletzen.

Manley und die Nationale Volkspartei haben ihre Verpflichtung gegenüber dem Sozialismus ebenso wie gegenüber der Demokratie und einer rechtmäßigen Regierung erklärt. Als diese Verpflichtung in eine bescheidene Landreform und erschwerte Bedingungen für den Erwerb von Bauxit für US-amerikanische und kanadische multi-

nationale Konzerne umgesetzt wurde, beschwörte sie in den Köpfen einiger Amerikaner und Jamaikaner die Gefahr herauf , daßJamaika „kommunistisch würde." Die Beziehungen der Manley-Regierung zu Kuba, dem nächstgelegenen Nachbarn Jamaikas, wurden zu einem zweiten Beweggrund für diese Anklage.

Ein großer Wirbel entstand, als James Reston von der New York Times unter anderem behauptete, daß Kuba jamaikanische Sicherheitskräfte ausbilde. Es stellte sich heraus, daß es sich lediglich um eine begrenzte Ausbildung für einige Leibwächter des Premierministers handelte. Wenig wurde über die kanadischen, englischen und US-amerikanischen Polizeiausbildungsprogramme für die jamaikanische Polizei gesagt, die zusammen fast das gesamte Programm ausmachen. In ähnlicher Weise betonte die Opposition Jamaikas Handels- und Kulturbeziehungen zu Kuba, während sie die viel umfangreicheren Beziehungen zu Mexiko, Venezuela, England und den USA ignoriert.

Das bedeutet nicht, daß die Beziehungen zwischen Kuba und Jamaika schwach oder unbedeutend sind. Es bedeutet jedoch, daß diese Beziehungen in einem angemessenen Kontext anzusiedeln sind und nicht hysterisch zu betrachten sind. Die Anklage, daß Jamaika ein Satellit Kubas sei, basiert auf keinerlei Tatsachen oder Logik.

DESTABILISIERUNG

Noch ernster war der Ausbruch von Polizeigewalt, der sich in den letzten vier Monaten sehr steigerte. Zielpunkt von Mord, Bombenattentaten und Brandstiftungen waren keine zufälligen Individuen oder Orte. Die Opfer waren vielmehr Anhänger der Nationalen Volkspartei und besonders häufig Jugendführer (youth organizers). Die Männer mit den Schußwaffen und die Bombenleger erscheinen selbst nicht in der Lage, so eine verheerende und genaue Gewalttätigkeit auszuüben, wie die, die auf der Kingston's Organge Straße stattfand. Viele Jamaikaner verdächtigten den CIA.

Am 19. Mai 1976, dem Morgen, nachdem die Zerstörung stattfand, besuchte ich die ausgebombte Häusergruppe. Von Augenzeugen erfuhr ich, daß fünfzig bewaffnete Männer vorgefahren waren, die beiden Straßenenden mit Autos blockierten und Feuerbomben in die Wohnungen schleuderten. Diejenigen, die zu entkommen versuchten, wurden in die Flammen zurückgestoßen, während einige bewaffnete Männer die Feuerwehr zurückhielten. Als die Polizei eintraf, eröffneten die bewaffneten Männer das Feuer gegen sie und zogen sich dann in geordneter, geübter militärischer Art zurück. Das Resultat dieses besonderen Gewaltaktes waren elf Tote, davon meistens Kinder, und Hunderte von Menschen, die ihre Wohnung verloren hatten

Die Anschuldigungen gegen Manley wegen wirtschaftlicher Mißwirtschaft sind oft ebenso schwer festzumachen wie die Anschuldigungen wegen Kommunismus. Er hat das Budget angewandt, um die Ärmsten zu unterstützen. Das Resultat der Investitionen in das Erziehungswesen ist, daß 150 000 erwachsene Jamaikaner seit 1972 lesen und schreiben können. Seine Investitionen in die Landreform haben bis jetzt etwa 20 Tausend Hektar für die Bebauung freigestellt und Kleinbauern Bewässerung, Kredite und Maschinen zur Verfügung gestellt.

Gemäß seiner Vorstellung von Regierung hat Manley die Beteiligung des Volkes und lokale Regierung besonders hervorgehoben. Er unterstützte die Herausbildung von Nachbarschaftsräten und förderte mehr Mitbestimmung der Arbeiter in der Industrie. Sein eigener Arbeitsstil bestand darin, Besuche zu machen und alle Teile des Landes kennenzulernen. Dies zeigt, daß er ein Politiker in der besten und ehrenwertesten demokratischen Tradition des britischen Amerika ist.

Aber es besteht kein Zweifel, daß die inneren Angriffe gegen die Manley- Regierung - eine Kampagne der Gewalt und der Lügen, verbunden mit Streiks - zusammen mit den äußeren Angriffen von seiten der US-Presse, einer Währungsschraube und dem, was Mr. Manley am 20. Juni mir gegenüber eine „ mysteriöse Klemme der US-Kredite" nannte, sich zu einer Entstabilisierungskampagne summieren, wie sie kein kleines armes Entwicklungsland aushalten sollte.

Mr. Manley verhängte den Ausnahmezustand, um die Gewalttätigkeiten zu stoppen. Sie hörten auf. Ein erfolgreiches karibisches Volkskunst-Festival, Carifesta, fand Anfang August zum Vergnügen von Tausenden von Touristen statt, ohne daß auch nur ein Handgemenge entstand.

Wenn wir Jamaika entstabilisieren, werden wir langfristig dafür bezahlen müssen. Wenn wir es nicht tun, sollten wir Schritte unternehmen, um diesem armen Land in seiner Entwicklung zu helfen und seine demokratischen Institutionen durch Kredite, Hilfe und faire Berichterstattung in unserer Presse unterstützen."

(aus: Chilenachrichten 41, 30.9.76)



BRASILIEN: VW DO BRASIL UND DIE MENINGITIS

BRASILIEN/WOLFSBURG (CHILENACHRICHTEN/ID) 12. Oktober

Der brasilianische Zweigbetrieb hat einen Anteil von 17,4% (1975) am Gesamtumsatz des Weltkonzerns, 25,8% der Gesamtproduktion und beschäftigt 21,9% aller VW-Arbeitnehmer. Seit dem Produktionsbeginn in den 50er Jahren kennt VW do Brasil nur Expansion. Aktuell hat es einen Marktanteil von 54% im Fahrzeugbau. Es stellte 1975 40,8% mehr Autos als ganz Mexiko her und 109,4% mehr als Argentinien. Nach den Angaben des Unternehmens hängen in Brasilien 700 000 Menschen direkt bzw. indirekt von ihm ab (vgl. Geschäftsbericht 1975)..

GESPALTENE PERSÖNLICHKEIT

VW do Brasil ist also wichtig, und sieht sich in seinem Herkunftsland unter besonderem Legitimationsdruck: der Bund ist hier beteiligt, ebenso das Land Niedersachsen, der Personalchef ist Sozialdemokrat im Aufsichtsrat sitzt die IG-Metall–Spitze. VW hat sich zu rechtfertigen, hinsichtlich seiner Aktivitäten in Süd-Afrika und Brasilien.

Die Öffentlichkeit stellt Fragen, und VW antwortet auf seine Weise: in Brasilien leiste man „ Entwicklungspolitik im besten Sinn" und „ das Engagement von VW auf dem lateinamerikanischen Kontinent ist in vielfältiger Beziehung beispielhaft für eine glückliche Symbiose zwischen Industrialisierung und Wahrung nationaler Belange" (vergl. Werbebroschüre „VW in Brasilien, 1972). In diesem bunten Land Brasilien, das keine Rassendiskriminierung kennt, da ist man in allem überdurchschnittlich, da bezahlt man die höchsten Löhne, hat man die größte Ausbildungsschule und weist die beste medizinische Versorgung auf. Die VW-Werker in Sao Bernardo bei Sao Paulo sind rundherum glücklich.

Gegenüber dem eigenen Betriebsrat argumentiert man etwas weniger überschwenglich und läßt auch schon mal ein kritisches Wort fallen. „ Wir würden ja gerne, wenn wir könnten, aber diese Regierung und die Gesetze . . . "

Was gegenüber den Gewerkschaftern mehr als Bedauern klingt, erfahren die Aktionäre als Loblied auf die Militärdiktatur: „ Diese positive Entwicklung ist nicht zuletzt das Ergebnis der langjährigen politischen Stabilität und Kontinuität der liberalen und pragmatischen brasilianischen Wirtschaftspolitik."

Welches ist nun das wahre Gesicht von VW do Brasil - Übeltäter, Wohltäter oder eben die Filiale wie eines jeden multinationalen Konzerns, die sich entsprechend den durch die Militärdiktatur gewährten „ günstigen Investitionsbedingungen" in einem peripher-kapitalistischen Land verhält, und das heißt Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte, Bereitstellung billiger Arbeitskräfte etc.?

DER WIRTSCHAFT GEHT ES GUT–UND DEM VOLK?

Diese Frage stellt sich die für VW do Brasil zuständige Gewerkschaft in Sao Bernardo, dem „Detroit" Brasiliens. Offensichtlich schätzen sie den Erfolg VWs zur „ Verbesserung der Sozial - und Wirtschaftsstruktur " des Landes (so ein Sprecher von VW auf dem Bundestag-Hearing zu den deutschen Investitionen im Ausland, 1974) anders ein.

Das gewerkschaftliche Forschungsinstitut DIEESE (Sao Paulo) kommt in einer im April veröffentlichten Untersuchung zur Reallohnentwicklung zu einigen interessanten Ergebnissen, die ein Schlaglicht auf die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung werfen....

DIEESE rechnet aus, daß für die notwendige Brotmenge 1965 7 3/4 Stunden gearbeitet werden mußte; 1976 aber waren es 18 Stunden. Der Kaffee, A und O eines Brasilianers, verteuerte sich noch stärker: für 0,6 kg arbeitete der Lohnabhängige 1965 eine 3/4 Stunde, 11 Jahre später aber 9.

Nimmt man den Preisanstieg aller Produkte, die den Warenkorb ausmachen, so zeigt sich, daß der Arbeitnehmer heute doppelt so lange für diesselbe Nahrungsmittelmenge aufwenden muß wie 1965. Nimmt man das Jahr 1959 zur Basis, so läßt sich ein Reallohnverfall um das 3,1fache feststellen

DIE REALLÖHNE SINKEN , DIE PRODUKTIVITÄT WÄCHST

Nun steht die aufgezeigte Lohnentwicklung in krassem Widerspruch zur Produktivitätskurve, mit der von Regierungsseite so gerne gegen Lohnerhöhungen argumentiert wird. Nimmt man für 1964 das Verhältnis von Lohn- und Produktivitätsniveau mit je 100 an, so wäre allein,um dieses Verhältnis wieder zu gewinnen, heute eine Lohnerhöhung von 312% notwendig.

EINKOMMENSUMVERTEILUNG – ZUUNGUNSTEN DER ARMEN

Die arbeiterfeindliche Politik der Militärs, der ständige Lohnraub und die Knebelung der Gewerkschaften haben den gewünschten Effekt erzielt. Verfügten 1960 die reichsten 5% der Bevölkerung über „nur" 27,4% des Nationaleinkommens, so waren es 1970 schon 36,3%. Die ärmsten 70% dagegen kamen 1970 nur noch auf 36,8%, während diese 1960 noch einen Anteil von 45 5% hatten. Diese Tendenz zur Einkommenskonzentration hat sich in den letzten Jahren verstärkt.

Wie die Metaller von Sao Bernardo feststellten, werden die Reichen in Brasilien immer reicher und die Armeneben entsprechend ärmer.

In ihrer Zeitung „ Tribuna Metalurgica" stellen sie folgende Rechenaufgabe, die nur Scherz scheint, aber in Wirklichkeit bitterer Ernst ist:

„Gustavo verdient einen Monatslohn von 532,80 Cr., mit dem er seine sechsköpfige Familie zu unterhalten hat. Wenn jedes Familienmitglied pro Tag drei kleine Kaffee trinkt zu einem Preis von je 1 Cr. - wieviel Geld bleibt ihm dann nach 30 Tagen noch übrig? ' '

(Antwort: er hat noch 7,20 Cr. Schulden)

WIE ÜBERDURCHSCHNITTLICH IST VW DO BRASIL?

Nun ist es richtig, daß es den Arbeitenden besser als der großen Masse an Arbeitslosen geht und daß von den ersteren wiederum jene der Großbetriebe (insbesondere der Metallbranche) am besten gestellt sind. Doch ist diese Besserstellung, was die Produktionsarbeiter anbelangt, relativ. Eine Arbeiteraristokratie bilden sie aber auf keinen Fall. Dazu sind einmal ihre Löhne im Vergleich zu ihren Kollegen in den Mutterhäusern der Zentralländer um das 3- bis 5-fache geringer, dazu hat sich ihre Situation in den letzten 12 Jahren zu sehr verschlechtert. Da sie aufgrund ihrer höheren Konzentration auf wenige Großbetriebe bessere Organisationsbedingungen haben, gehören sie zu den politisch bewußteren Arbeitern - auch in Brasilien.

Nach den Angaben von VW do Brasil verdienen seine Arbeitnehmer das fünffache des Mindestlohns. Information hierzu ist nur schwer zu erhalten. Die Gewerkschaft allerdings geht eher von 3 Mindestlöhnen aus, und zudem würde VW weniger als Ford und Saab Scania bezahlen (um ca. 20 - 25%).

Wie lohnenswert es für VW ist, in Brasilien zu produzieren, zeigt ein Indikator, der die Lohnkosten auf den Gesamtumsatz bezieht. In der BRD wendet VW für Löhne und Gehälter 31,6% des Umsatzes auf, im Weltdurchschnitt sind es 29,4%; doch in Brasilien nur 13,8 % (einschließlich Sozialleistungen). Die „Überdurchschnittlichkeit" VW do Brasils wird weiter relativiert, bezieht man sein Niveau auf den Branchendurchschnitt. Ohne die Sozialkosten betrug bei der Automobilindustrie Brasiliens der Lohnanteil 11,9%, VW aber lag noch unter diesem Prozentsatz (mit 10,3%). (Zahlen für 1975)

MULTINATIONALE UND DIE MENINGITIS

Wichtig ist nicht nur, wieviel die Leute verdienen, sondern auch, was sie mit demerworbenen Geld machen. Kann ein Durchschnittsarbeiter bei VW sich ein Auto leisten? Nach VW sogar zwei, wie dies in einer Broschüre herausgestellt wird. 7 000 VW-Werker hätten ein Fahrzeug. Und vielleicht hat das Unternehmen nicht einmal ganz so unrecht, wie es auf den ersten Blick scheint.

Sicherlich ist die Hauptverkaufsstrategie bei den Auto-Multis auf die kaufstärkste Schicht ausgerichtet; man wirbt für den Kauf eines Zweit- und Drittwagens (der Preis des PKW liegt in Brasilien höher als in der BRD), man produziert einen Sportwagen bei VW und richtet sich „nach dem Geschmack des Käuferpublikums".

Doch versucht man auch mit allen Mitteln, in die weniger finanzkräftigen Schichten einzudringen. Dies geschieht z.B. durch Finanzierungsangebote und eine umfangreiche Werbearbeit. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern hat sich gerade in Brasilien ein auf den Absatz der Multis ausgerichtetes Konsumenten- und Statusdenken verbreitet, von dem auch die unteren Schichten nicht ausgeschlossen bleiben. Gerade für sie jedoch zeitigt dieses unmittelbare Konsequenzen.

Für den unbedarften Europäer mit bestimmten Vorstellungen über ein unterentwickeltes Land ist es verblüffend, feststellen zu müssen, daß in Brasilien oder sonst einem lateinamerikansichen Land über den Elendsvierteln der Metropolen ein Heer von Fernsehantennen steht, ja zwischen den Buden aus Karton und gebrannter Erde oftmals sogar große Straßenkreuzer rumstehen. Bei der Verbreitung der Waren kommt dem Fernsehen größte Bedeutung zu. Die vermittelten Inhalte - eine Mischung aus Fußball, Nestle-Trockenmilch, Karneval und nationalem Pathos - zielen auch auf den ärmsten Brasileiro ab , dem klargemacht wird, daß er nur wer ist, wenn er z.B. einen Volkswagen besitzt.

Wie DIEESE feststellt, wird heute weniger von dem ohnehin schon knappen Geld für die notwendigen Grundnahrungsmittel ausgegeben, mehr dagegen für elektrische Geräte, Luxusgegenstände etc. Von 1.062 untersuchten Bewohnern Sao Paulos zeigten die große Mehrzahl Anzeichen von Mangel- und Fehlernährung. Von daher auch das Anwachsen von Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose in Sao Paulo, meint das Forschungsinstitut (1972).

An dem Auftauchen der Meningitis (Hirnhautentzündung, meist tödlich) zeigte sich die Problematik noch dramatischer. In einem Jahr starben an dieser Krankheit in Brasilien mehr Menschen als der Vietnam-Krieg im selben Zeitraum Opfer kostete. In 9 Monaten zählte man 20 000 Meningitisopfer, davon waren 14 000 tödlich; allein im September des Jahres 1974 starben in Sao Paulo 455 Menschen.

DIEESE macht die multinationalen Konzerne hierfür verantwortlich. Sie hätten ein Kreditsystem hervorgebracht (und ein Konsumentenverhalten erzeugt), mit dem es heute leichter sei, ein Auto als ein Paar Schuhe zu kaufen. Konsequenz von diesem, gepaart mit der Lohnniedrighaltungspolitik der Regierung, ist Unterernährung, Basis für die Verbreitung der Meningitis. . .

Für VW do Brasil aber sind die „ Rahmenbedingungen günstig" (Geschäftsbericht 75, S.9) und das Blatt der US-Konzerne kann frohlocken, daß das, was mit Brasilien 1964 begann, sich heute schon in fast ganz Lateinamerika durchgesetzt hat (Business Week, August 1976):

„Es kommt frohe Nachricht aus Lateinamerika für hunderte US-Amerikanische und andere ausländische Firmen: in einer

spektakulären Kehrtwendung öffnen die großen Länder Lateinamerikas ihre Tore weit den Privatunternehmen . . .”

(aus: Chilenachrichten 41, 30.9.76)

ÜBER DIE WIRKLICHKEIT DES WIDERSTANDES IN CHILE

TONBANDINTERVIEW AUS CHILE MIT EINEM GENOSSEN DES WIDERSTANDES (in Auszügen)

SANTIAGO (CHILENACHRICHTEN/ID) 12. Oktober

Frage: Was für eine Beziehung besteht zwischen den Parteien und der Massenbewegung?

Antwort: Wenn man sich heute in Chile der Arbeiterklasse als Führer einer politischen Partei zu erkennen gibt und sagt: „Man muß hier etwas machen”, wird man nicht viel Resonanz finden. Die Antwort, auf die man trifft, ist: „Ja, Genosse, es stimmt, man muß was machen , aber macht ihr das.” Wenn Du dich dagegen so verhältst wie sie, so lebst wie sie, das heißt , wenn Du die Ebene des „reinen politischen Militanten” verläßt und so lebst wie sie, wirst Du - nach einem langen Prozeß - ihr Vertrauen gewinnen....

Eine der grundlegenden Fehler, den die Linke begangen hat ,war zu glauben, daß die Massenbewegung als Resultat der extremen Pauperisierung schnell reagieren und so fähig sein würde, in verschiedenn Formen auf die Diktatur Druck auszuüben . Aber die Realität hat etwas ganz anderes gezeigt. Die Arbeit der Linken hatte in dieser Hinsicht einen etwas kurzschlüssigen und voluntaristischen Charakter. Dies war zum Beispiel der Fall bei der bewaffneten Propaganda. Die Linke begriff in vielen Fällen nicht die Notwendigkeit einer geduldigen und langfristigen Arbeit ,einer Arbeit, die dem Rhythmus der Massenbewegung entsprach.

Und hierher gehören viele Formen von Arbeit, die auf den ersten Blick gesehen gar keinen Sinn haben Die Arbeit mit der Familie zum Beispiel. Ich sag es Dir, wenn die Linke einen Fehler gemacht hat, war es der, nicht mit der Familie zu arbeiten. Hier gibt es gute Möglichkeiten, von der Tarnung über die Sensibilisierung von Familienmitgliedern bis zu ihrem Gewinn für den Widerstand. Wir haben Erfahrungen mit Genossen, die kaum verfolgt wurden. Wenn diese Genossen nun in den „totalen” Untergrund gegangen wären, dann hätten sie sehr viel weniger Arbeitsmöglichkeiten gehabt. Wir haben erreicht, daß sogar Leute ohne politische Vergangenheit zumindest eine Anti-Junta-Haltung eingenommen haben, was in diesem Fall eine ganze Menge ist. Und die Arbeit mit der Familie entwickelt sich nicht nur so, wie ich es Dir beschrieben habe, sondern es gibt auch noch viele andere Formen und Möglichkeiten.

Die Arbeit in den Armenvierteln zum Beispiel. Dort hast Du die Straßenverkäufer, und die sind im heutigen Chile eine sehr verbreitete Erscheinung. Sie sind in ständiger und sehr naher Verbindung mit der Bevölkerung, und sie haben die gleichen Probleme wie sie: Lebenshaltungskosten etc. . Wir haben versucht, mit ihnen in einem Armenviertel eine Arbeit zu entwickeln, und so konnten wir auf eine sehr indirekte Art und Weise systematische Prpaganda in den Vierteln machen. Klar, Du wirst sagen: „ Aber habt Ihr nicht versucht, Widerstandskomitees zu bilden? ” In der Tat, wir haben kein einziges Widerstandskomitee geschaffen, aber wir haben erreicht zu wissen - und dies ist die erste Phase der Arbeit - wieviel Personen gegen die Junta sind, und dies halten wir für sehr positiv, sehr sicher und sehr wirkungsvoll . . .

Frage: . . . Welches wären nun die Organisationsformen und die erreichbaren Ziele, die man den Leuten heute in Chile setzen könnte, bzw. welches wäre die Verbindung zwischen dem, was Du abstrakt sagst, mit den realen Möglichkeiten?

Antwort:

. . . Die Atomisierung ist so stark, daß auch die Monövrierfähigkeit der Junta ziemlich groß ist. Und in diesem Sinne sind einige Konflikte schnell befriedbar gewesen, und in der Mehrzahl der Fälle hat die Junta demagogisch die Kräftezersplitterung der Arbeiter erreicht.

Jetzt diskutiert man auf der Ebene viel über die drückende Situation, in der man lebt, über die verlorenen gewerkschaftlichen Freiheiten, und dieses ist etwas sehr Spürbares. Man diskutiert über Petitionen, aber nicht über welche, die man machen will , sondern über die Möglichkeit, Petitionen zu machen. Klar, denn die Leute erinnern sich und sagen: vorher hätten wir streiken können, hätten wir eine Petition vortragen können, jetzt können wir nicht, sind wir am Arsch, man muß etwas tun. Und die Rebellion zeigt sich in anderen Formen, wie zum Beispiel beim Klauen von Sachen in den Fabriken, der Verringerung der Arbeitsproduktivität. Spontan bummeln die Leute, man will nicht effektiv arbeiten, man hat nicht das minimalste Interesse, dies zu machen. Und genau hier zeigt sich und reift ein Klassenbewußtsein. Zum Beispiel, ich bin Arbeiter, ich weiß, daß sie mich ausbeuten, ich bin am Arsch, ich kann nichts machen, also klaue ich, verringere ich die Arbeitsgeschwindigkeit usw.. Genau hier liegt das Hauptproblem meiner Meinung nach, nämlich wie zu vermeiden ist, daß der Arbeiter verroht, denn parallel zu diesen Formen muß man auch sehen, daß es andere gibt, wie den Alkoholismus, der sich heute in Chile ziemlich ausbreitet.

Den Arbeiter aus dieser Art von Untätigkeit und Angst zu holen, ist das zentrale Problem, das es anzugehen gilt. Außerdem existiert das Problem des Verrats, wenn es auch weniger geworden ist, als in den ersten Tagen nach dem Putsch. Aber dies heißt nicht, daß es es nicht mehr gibt. Es gibt viele gelbe Gewerkschafter, Spitzel usw. und dies wissen die Arbeiter sehr gut. Und wir müssen berücksichtigen, daß heute jede Arbeit in Chile wertvoll ist. Eine Arbeit zu verlieren, heißt zu verhungern, weshalb die Arbeiterklasse auch so extrem vorsichtig ist Die Arbeit zu verlieren, heißt ein oder zwei Jahre eine andere zu suchen, oder wenn die Frau anfängt, mehr Wäsche zu waschen, kommt der Moment, wo sie nicht mehr waschen kann, weil es keine Kunden gibt, ganz einfach. Also muß man all dies sehr gut begriffen haben, all diese Begrenzungen . . .

Also gut, als ich von den Manövrierfähigkeiten der Junta und von den Unternehmern gesprochen habe, um die geringsten Konflikte unter Kontrolle zu halten, habe ich meiner Meinung nach von einer sehr realen Sache gesprochen. Ich habe mich zum Beispiel auf einen Konflikt bezogen in einer großen Fabrik, wo die Arbeiter begannen, sich über die schlechten sanitären Bedingungen der Arbeit zu beschweren, und andere Dinge, wie schlechtes Essen usw.; gut, die Unternehmer reagierten schnell, indem sie einige Forderungen erfüllten und es passierte weiter nichts, obwohl alle Arbeiter täglich die Junta weiter kritisierten, Witze machten, usw.. Aber trotzdem, die Leute leckten sich die Finger danach, die Arbeit zu behalten. Für die Angestellten ist es das Wichtigste, Karriere zu machen, sich die Arbeit um jeden Preis zu sichern. Hier besteht eine absolute Indifferenz. Als zum Beispiel die Junta die Diskussion über die Arbeitsgesetzgebung entfalten wollte und versuchte, ein oder zwei Kommissionen einzurichten, war die Beteiligung in diesem Sektor gleich Null. Die Leute interessierten sich wenig und die, die teilnahmen, taten dies aus opportunistischen Gründen, um einen Titel zu erlangen oder das Vertrauen des Chefs zu gewinnen. Aber in keinem Fall gab es ein politisches Interesse; und dieses Beispiel bezieht sich auf eine große Fabrik. . .

Frage: Welche Rolle schreibst Du den Untergrundzeitungen des Widerstands zu ?

Antwort: Ich glaube, sie sind sehr wichtig, aber nur, wenn sie eine elementare Vorraussetzung erfüllen - die leider nicht immer berücksichtigt wird - sie müssen lesbar sein für die Leute, an die sie sich wenden. Damit will ich sagen, daß man sehr auf die Art des Themas und auch auf den Stil achten muß. Ich denke - und dies zeigen die Fakten -, daß die Mehrheit des chilenischen Volkes die Diskussion und , noch einfacher, selbst die Lektüre von ideologischen Themen isoliert wenig interessiert. Wenn sich praktisch alles ums schlichte Überleben dreht, haben diese Probleme einen sekundären Stellenwert. Ich glaube zwar, daß eine gewisse ideologische Auseinandersetzung nötig ist, aber konzentriert auf zwei oder drei zentrale Themen.

Frage: Aber wäre es nicht notwendig eine unterschiedliche Form der Propaganda für die weiter fortgeschrittenen Sektoren zu entwickeln?

<u>Antwort:</u> Zweifelsohne, aber wie kannst du heute diese Sektoren klassifizieren? Wenn in Zahlen ausgedrückt mehr als 2000 Gewerkschafter gefangen sind, praktisch alle übrigen entlassen wurden, einige weiter in den Gefängnissen sitzen, andere tot sind und einer bedeutenden Zahl von Arbeitern das Gleiche passiert ist. All dies hat in der Arbeiterklasse eine große Demobilisierung hinterlassen, was es im Konkreten sehr schwierig macht, unter diesen Sektoren zu unterscheiden.

Ein anderer Aspekt ist sehr wichtig. Daß nämlich die Untergrundzeitungen sehr realistisch sein müssen. Viele Genossen haben den Fehler begangen, eine falsche triumphalistische Vision der Situation zu geben. Das gibt den Massen durchaus keinen Impuls, dies bewirkt eine Ablehnung. Du kannst sie nicht über das belügen, was sie täglich kennen, sehen und wissen, vielleicht besser als wir. Deshalb beginnt das Bild der Linken auch manchmal schlecht zu werden. Die Massen beginnen mißtrauisch zu werden und damit guten Gründen .

<u>Frage:</u> Wie ist die Situation der Jugend?

<u>Antwort:</u> Sie lebt in einer sehr schlechten Zeit. Die ökonomische Situation drückt die Jugend, ein großer Teil ist verzweifelt. Es ist manchmal nicht mehr möglich, Hippie zu sein, weil du einfach vor Hunger stibst. Die Mehrheit der proletarischen Jugend ist fast verroht, es gibt Tendenzen einer sehr verallgemeinerten Kriminalität.

Die bürgerliche Jugend ist offensichtlich in einer Traumwelt, auf Bällen, Festen usw.,aber für den Rest gibt es nichts, weder Arbeit noch Erholung. Es gibt Tendenzen einer Rebellion in Aktionen, die fast „lumpenhaft" sind, indem Fenster und Türen in den Schulen kaputtgemacht werden, also Sachen, die es eigentlich vorher nicht gab. Das Schwänzen der Schule ist sehr verbreitet. In einigen Fällen sind die Kurse auf 50% geschrumpft. Die Teilnahme ist sehr unregelmäßig .. Das hat viele Gründe: manchmal essen sie nicht, sie haben kein Geld, um zur Schule zu fahren usw.

Der Anteil der Prostitution ist alarmierend und betrifft vor allem Jugendliche des Proletariats. Es gibt solche beängstigenden Fälle, daß junge Mädchen auf die Straße gehen müssen, um das Geld zu bekommen, das sie brauchen, um ihre Familienangehörigen in den Gefängnissen weit von Santiago entfernt, besuchen zu können.

Die proletarische Jugend sieht - trotz allem - die Möglichkeit, ins Heer einzutreten, um Arbeit zu bekommen. Was sie im allgemeinen wollen, ist von Zuhause wegzukommen wegen des Drucks, dem sie ständig unterworfen sind, wegen der bedrückenden Verhältnisse. Das einzige, was sie wollen, ist eine Art des Überlebens zu finden, etwas wovon sie leben, sich ernähren können. Der Straßenverkauf mit den verschiedensten Produkten ist enorm gestiegen. Es ist nicht selten, in einem Straßenzug sechs, acht oder zehn Verkäufer zu finden. Die Bettler kommen drei- oder viermal am Tag an die Türen.

Die Rachitis hat sich unglaublich vermehrt, es gibt viel Unterernährung und viele Krankheiten.

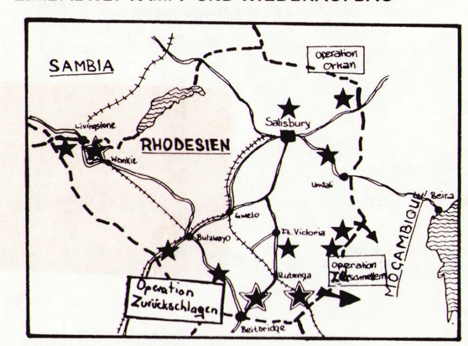
An den Schulen ist die relative Autonomie der Schüler verloren: z.B. erinnere ich mich daß der Schüler einen Lehrer ohne Probleme infrage stellen konnte. Heute passiert nichts von dem. Man hat praktisch ein tyrannisches und autoritäres System institutionalisiert. Man hat vom Verhalten bis zum Aussehen alles reglementiert. Du mußt kurze Haare, eine Krawatte dieser Farbe tragen usw. Und da alles zur Norm wurde, wird es heute auch nicht mehr infragegestellt wie in den ersten Tagen nach dem Putsch, wo - als sie versuchten, die Fahne zu hissen und die Nationalhymne zu singen - es bestimmte Demonstrationen der Ablehnung gab, die wir alle kennen. Aber jetzt passiert hiervon nichts mehr.

<u>Frage:</u> Wie ist die Erinnerung an die Jahre der UP bei den Volksmassen?

<u>Antwort:</u> Die Volksmeinung, die existiert,ist , daß es eine gute Zeit war, die Zeit der fetten Kühe, die besser war. Niemand setzt sich hin und überlegt, weshalb die UP scheiterte. Die Leute denken nicht an die Vergangenheit in dieser Hinsicht, aber sie erinnern sich daran als etwas viel, viel Besseres - auch Sektoren der Christdemokraten.

(aus: Chilenachrichten 41, 30 9.76)

ZIMBABWE: KAMPF UND WIEDERAUFBAU



☐ Hauptangriffspunkte der rhod. Armee
★ Angriffe der Freiheitskämpfer

ZIMBABWE (ID)
14. Oktober

Die Bevölkerung von Zimbabwe führt seit einigen Jahren einen bewaffneten Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedler-Regime. Gerade in der letzten Zeit hat dieser Kampf einen ungeheuren Aufschwung genommen. Aus ganz Zimbabwe strömen Tausende von jungen Leuten in die Ausbildungslager der nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe, die sich im Nachbarland Moçambique befinden.

Doch bis vor kurzem waren die verschiedenen Organisationen über das Vorgehen zur Erlangung einer Mehrheitsregierung und eines menschlichen Landes nicht einig. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die sich der Idee eines friedlichen Wechsels durch eine konstitutionelle Regelung verschrieben hatten wie Joshua Nkomo. Auf der anderen Seite gab es diejenigen, die im bewaffneten Kampf das einzige Mittel sahen, das Minderheitsregime zu stürzen.

Im Rahmen der Entspannungspolitik Vorsters sah sich Smith im letzten Jahr gezwungen, mit den verschiedenen Organisationen Verhandlungen aufzunehmen. Doch Smith wollte nicht ehrlich verhandeln. Er wollte keine Lösungen für die Probleme der Schwarzen finden. Für ihn galt es vor allem Zeit zu gewinnen, den Befreiungskampf möglichst lange einzudämmen (Bedingung für die Verhandlungen war die totale Einstellung aller kämpferischen Aktionen). Auch wollte Smith versuchen, die Organisationen noch weiter zu spalten.

Über sechs Monate lang bemühte sich der ANC ergebnislos um diese Gespräche. Die Mißstimmung gegen diese Gespräche mit dem Rassisten-Regime stieg immer mehr. Der Mißerfolg der Viktoriafall-Gespräche im August des letzten Jahres, bestärkte weiter die Tendenz für den bewaffneten Kampf als einzige Lösung. Doch Nkomo hoffte immer noch auf den guten Willen des Rassistenregimes. Bischof Muzorewa hingegen, sowie Pfarrer Sithole riefen alle jungen Leute auf, sich im bewaffneten Befreiungskampf zu organisieren.

16 000 Freiwillige strömten in Moçambique zusammen, um sich politisch und militärisch ausbilden zu lassen. Doch nicht nur zur Grenze zu Moçambique organisierte sich die Bevölkerung. Es gibt heute in Zimbabwe kaum mehr eine Familie, die nicht einen Sohn oder sonst einen Verwandten bei den Kämpfern hat. Die sogenannte „Dritte Kraft", die Guerilleros, bestimmen heute die Politik...Sie bewirkten die Einigung der Organisationen.

Es besteht heute die Bestrebung, eine politisch und militärisch einheitliche Führung aufzubauen Selbst Joshua Nkomo, der Führer des gemäßigten Flügels, wurde unter dem Druck seiner Gefolgsleute, die von den Bemühungen um eine friedliche Lösung enttäuscht worden waren, dazu bewogen, sich am 19. März dieses Jahres für den bewaffneten Kampf zu entscheiden.

Die Hilfe aus Moçambique für die Freiheitskämpfer ist für die momentane Ausbreitung der Kampfaktionen entscheidend. Es ist deshalb nicht erstaunlich, wenn neben der allgemein steigenden Repression gegen die schwarze Bevölkerung sich vor allem auch die militärischen

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer (Stand 6.10.)	Exemplare
903R	158	1

(Nr. 147)

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Angriffe der rhodesischen Armee gegen die Ausbildungslager in Moçambique richten.

Am 2. März 1976 bombardiert die rhodesische Siedlerarmee das moçambiquanische Dorf Pafuri und Mavue mit Napalm. Artillerie-Einheiten stossen in die Dörfer vor. Auf diese Ereignisse hin sieht sich Samora Machel, Präsident von Moçambique, gezwungen, die Grenzen zu Rhodesien zu schließen und die Sanktionen der vereinten Nationen anzuwenden. 35 Commonwealth-Länder unterstützen diese Maßnahme und sichern materielle Hilfe für die wirtschaftlichen Einbussen zu.

Samora Machel meint dazu in einem Interview aus dem Observer: „Hauptsächlich ist dieser Schritt auf die Zerstörung der Wirtschaft Jan Smith' gerichtet. Wir haben die Strassen und Eisenbahnlinien geschlossen, die Rhodensiens Wirtschaft stützen. Aber für diejenigen, die für die Freiheit eintreten, sind die Grenzen mit Rhodesien nicht geschlossen.

Wir taten dies genau zu dem Zeitpunkt, weil die Freiheitskämpfer und das Volk von Zimbabwe organisiert sind, um das Smith-Regime zu bekämpfen, und so die Bedingungen für die Anwendung der Sanktionen gegeben waren. Wir geben zu, daß es in Moçambique eine Wirtschaftskrise gibt, doch wir setzen die Sanktionen neun Monate nach der Unabhängigkeit in Kraft, nachdem wir die Wirtschaft Moçambiques studiert haben, und da diese Aktionen jetzt mehr die Aufmerksamkeit vom Kampf in Angola ablenken wird.

Als wir die Grenzen schlossen, waren wir uns sehr wohl der wirtschaftlichen Konsequenzen bewußt Aber für Moçambique ist dies nur ein zeitweiser Rückschlag, selbst wenn es fünf Jahre dauert. Was wir aus Rhodesien importieren, können wir von woanders einführen. Aber Rhodesien kann diese Route nicht ersetzen. Letztlich wird es am meisten darunter leiden."

Rhodesien versucht mit allen Mitteln, aber bereits vergebens, dem wachsenden Widerstand entgegen zu wirken Es wird massiv aufgerüstet, und es werden überall Soldaten rekrutiert. Selbst 16-jährige und Inder werden gezwungen, gegen die Guerilleros zu ziehen. Siedler und Siedlerfrauen werden von der Polizei im Schießen ausgebildet , und jede Farm wird militärisch bewacht.

Die schwarze Bevölkerung aus den umkämpften Gebieten wird terrorisiert und in sogenannte Wehrdörfer bzw. Konzentrationslager zwangsumgesiedelt, damit man sie besser kontrollieren kann und jeder Kontakt zu den Freiheitskämpfern unmöglich wird. Hierzu ein Zitat des Arztes Dr. Hill: „Die Bedingungen im Wehrdorf Nyacchuru, wo 300 Menschen hinter Stacheldrahtverhau leben müssen, sind verheerend. Es gibt weder Gesundheitspflege noch fließendes Wasser. Die Menschen leben ohne Dach über dem Kopf. Sie sind inmitten eines Maisfeldes abgeladen worden. Es ist, als ob man eine Tierherde von einer Gegend in die andere getrieben hätte..."

Schwarze Arbeiter auf weißen Farmen werden erschossen, hegt nur jemand den leisensten Verdacht, er könne Anhänger der Freiheitskämpfer sein. Kürzlich wurden andere zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil sie den weißen Behörden nicht die Präsenz von schwarzen Guerilleros gemeldet hatten.

Doch die Angst mit der Verschärfung der Situation steigt vor allem auf Seiten der Weißen. In den letzten Monaten haben Tausende von weißen Siedlern das Land verlassen. Auch wenn Smith bemüht ist, mit allen Mitteln Weiße ins Land zu holen, um die Zahl der Weißen zu erhöhen, so sind eben diese Zahlen rückläufig.

Hingegen treffen immer mehr Leute in den Lagern von Moçambique ein, die auch den Kampf aufnehmen wollen. Von diesen in den letzten Monaten in Moçambique eingetroffenen Menschen (20 000 junge Männer und Frauen) sind viele im Alter von sieben bis sechzehn Jahren. Diese können nicht dem harten Training der ZANLA (Befreiungsarmee der Zanu) unterzogen werden. Doch auch sie können sich aktiv am „Kampf" beteiligen.

Der revolutionäre bewaffnete Kampf hat immer zwei Seiten: Zerstörung und Wiederaufbau. Die Übernahme des Landes und der Produktion muss schon jetzt geplant und vorbereitet werden, will man kein Chaos am Tage der nationalen Unabhängigkeit. Darum muß der Wiederaufbau Hand in Hand mit der Intensivierung des bewaffneten Kampfes gehen. Hauptpunkt des Wiederaufbaus soll die Landwirtschaft bilden.

Die ZANU hat deshalb das Projekt einer Musterlandwirtschaftskooperative ins Auge gefasst. Auf dieser Kooperative, die in Moçambique stehen wird, sollen die jungen Leute ausgebildet werden und mit den Problemen der Landwirtschaft und der Selbstversorgung vertraut gemacht werden. Diese Schulen werden es ermöglichen, daß in den befreiten Gebieten, die von den weissen Siedlern verlassenen Farmen sofort übernommen werden können.Somit soll die genügende Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln garantiert werden.

Dieses und ähnliche Projekte sind von großer Wichtigkeit. Sie werden das Rückgrat der zukünftigen Volksrepublik von Zimbabwe sein.

Doch damit das Projekt entstehen und bestehen kann werden noch viele Gegenstände wie Traktoren, Hackgeräte, Wasserpumpen, Lastwagen, Spaten, Schaufeln etc. gebraucht. In Deutschland ist eine Unterstützungskampagne angelaufen.

(aus: Afrika-Heft, 16. September 76)